

Vierteljahresschrift  
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,  
Denkmalpflege und Stadtentwicklung



Forum Stadt



45. Jahrgang  
1|2018

Harald Bodenschatz /Johann Jessen (Hrsg.)



1968

Stadt – Wohnen – Politik

mit Beiträgen von Heidede Becker, Harald Bodenschatz  
Kerstin Dörhöfer, Werner Durth, Tilman Harlander,  
Thomas Krämer-Badoni, Arno Lederer, Florian Maus-  
bach, Michael Müller und Marianne Rodenstein

Forum Stadt  
Verlag



## Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben vom »Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V.« in  
Verbindung mit Harald Bodenschatz, Tilman Harlander, Johann Jessen,  
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel (†) und Jürgen Zieger

### **Redaktionskollegium:**

*Hans Schultheiß* (Chefredakteur)

Simone Cutui (Lektorat)

*Prof. Dr. Dietrich Denecke*, Universität Göttingen,  
Geographisches Institut

*Prof. Dr. Andreas Gestrich*, London,  
Deutsches Historisches Institut

*Dr. Theresia Gürtler Berger*, Luzern,  
Ressort Denkmalpflege und Kulturgüterschutz

*Dr. Robert Kaltenbrunner*, Bonn und Berlin,  
Bundesinst. für Bau-, Stadt- und Raumforschung

*Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier*, Bauhaus-Universität  
Weimar, Denkmalpflege und Baugeschichte

*Prof. Dr. Klaus Jan Philipp*, Universität Stuttgart,  
Institut für Architekturgeschichte

*Dr. habil. Olaf Schnur*, Berlin, vhw Bundesverband  
für Wohnen und Stadtentwicklung

*Prof. Dr.-Ing. Barbara Schöning*, Bauhaus-Universität  
Weimar, Fakultät Architektur und Urbanistik

*Prof. Dr. Dieter Schott*, TU Darmstadt,  
Institut für Geschichte

*Prof. Dr.-Ing. Christina Simon-Philipp*, Hochschule  
für Technik Stuttgart, Fakultät Architektur

### **Redaktionelle Zuschriften**

und Besprechungsexemplare werden an die  
Redaktionsadresse erbeten:

Forum Stadt  
Postfach 100355  
73728 Esslingen  
Email: [hans.schultheiss@email.de](mailto:hans.schultheiss@email.de)  
Website: [www.forum-stadt.eu](http://www.forum-stadt.eu)

Die Zeitschrift Forum Stadt ist zugleich Mitglieder-  
zeitschrift des ca. 110 Städte umfassenden  
»Forum Stadt – Netzwerk historische Städte e.V.«

### **Erscheinungsweise:**

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

### **Bezugsbedingungen:**

Jahresabonnement EUR 92,- Einzelheft EUR 25,-  
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,-  
jeweils zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,  
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen  
des Abonnements können nur zum Ablauf eines  
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November  
des laufenden Jahres beim Vertrieb, Verlag oder  
der Redaktion eingegangen sein.

### **Vertrieb:**

Südost Service GmbH  
Am Steinfeld 4, D - 94065 Waldkirchen  
Fax +49(0)8581-9605-754  
E-mail: [info@suedost-service.de](mailto:info@suedost-service.de)

### **Verlag:**

Forum Stadt Verlag (FSStV)  
Ecklenstraße 32, 70184 Stuttgart  
E-mail: [forumstadtverlag@email.de](mailto:forumstadtverlag@email.de)

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbeding-  
t die Meinung der Redaktion wieder. Redaktion und  
Verlag haften nicht für unverlangt eingesandte Manu-  
skripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge  
dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröf-  
fentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung  
überträgt der Autor dem »Forum Stadt – Netzwerk histo-  
rischer Städte« e.V. und dem Verlag das ausschließliche  
Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-  
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht  
zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Ein-  
speicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren  
Vervielfältigung online und offline. Alle in dieser Zeit-  
schrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich ge-  
schützt. Kein Teil der Zeitschrift darf außerhalb der engen  
Grenzen des Urheberrechts ohne schriftliche Genehmi-  
gung in irgendeiner Form reproduziert oder in eine von  
Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanla-  
gen verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck: Griebisch & Rochol Druck, Hamm

© 2018 Forum Stadt e.V., Esslingen  
Printed in Germany / ISSN 2192 - 8924



Bis zum 37. Jahrgang 2010 erschien die »Viertel-  
jahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,  
Denkmalpflege und Stadtentwicklung« unter  
dem Obertitel »Die alte Stadt« (ISSN 0170-9364).

# 1968

## Stadt – Wohnen – Politik

Herausgegeben von  
Harald Bodenschatz und Johann Jessen

### Editorial

Harald Bodenschatz / Johann Jessen

1968: Stadt – Wohnen – Politik ..... 3

### Abhandlungen

Thomas Krämer-Badoni

Zur Neugründung der kritischen Stadtsoziologie ..... 9

Michael Müller

Wissenschaft der Kunst: unterwegs in eigener Sache ..... 17

Kerstin Dörhöfer

Feministischer Aufbruch in Architektur und Städtebau ..... 25

Tilman Harlander

„Weiter Wohnen wie gewohnt?“ ..... 33

Harald Bodenschatz

Gegen den Kahlschlag – Kampf um Stadterneuerung ..... 43

Marianne Rodenstein

Das Auto, der ADAC und die Politik ..... 53

Werner Durth

Rebellion & Reflexion. Baukultur 1967 ff. .... 61

Heidede Becker

Unbedingt modern – Glücksversprechen Großsiedlungsbau ..... 71

Arno Lederer

„Da ging's aus wie's Schießen zu Hornberg“. Entwurfslehre à la 68 ..... 79

Florian Mausbach

Von Sturm und Drang zu Amt und Rang ..... 83

**Autorinnen / Autoren** ..... 90

### Forum

Nina Gribat / Philipp Misselwitz

Vergessene Schulen der Architektur- und Stadtplanungslehre ..... 92

---

Umschlag:

**Demonstration in Frankfurt am Main, Mai 1968**

Foto: Abisag Tüllmann

© bpk/ Abisag Tüllmann; Inventar-Nr.: Tü 68/058-14

---

# 1968: Stadt – Wohnen – Politik

## Editorial

1968 – eine magische Jahreszahl, die auch 50 Jahre später Reflexe und Reflexionen auslöst. Was die



Reflexe betrifft: Als wenn es hierfür noch eines Beweises bedurft hätte, hielt es zu Beginn des neuen Jahres der derzeit amtierende Verkehrsminister in seiner Rolle als Parteifunktionär für angeraten, nach fünfzehn Jahren Kanzlerschaft Kohl und nach zwölf Jahren in der Regierungsverantwortung ausgerechnet eine „konservative Revolution“ gegen den immer noch unheilvollen Einfluss der 1968er zu propagieren. Ganz offensichtlich zu viel der Ehre für die Ruheständler, aber die alten Reflexe greifen noch und versprechen offensichtlich die gewünschten Wirkungen.<sup>1</sup>

Was die Reflexionen betrifft: Kaum ein politisches Ereignis ist schon so früh von Politik-, Sozial-, Kultur- und Geschichtswissenschaftlern hinterfragt und historisiert worden – in breit angelegten Monographien ebenso wie in zahlreichen Einzelstudien zu ausgewählten Themen, von denen der RAF-Terror nur eines, wenn auch ein sehr prominentes ist. In schöner Regelmäßigkeit werden die Standardwerke alle zehn Jahre aktualisiert und deren Autoren um Radio- und Fernsehinterviews gebeten. „No stone unturned.“<sup>2</sup> In Rückblicken haben einige frühere Protagonisten auch biographisch Bilanz gezogen.<sup>3</sup>

1 A. Dobrindt, Wir brauchen eine bürgerlich-konservative Wende, in: Die WELT, 04.01.2018.

2 Neben vielen anderen: N. Frei, 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2017 (2007); W. Kraushaar, Achtundsechzig. Eine Bilanz, Berlin 2008, ders., 1968, Leipzig 2018 (im Erscheinen).

3 Unter zahlreichen anderen: P. Schneider, Rebellion und Wahn. Mein '68, Köln 2008.

Für die einen hat 1968 die Bundesrepublik von der bleiernen Schwere der Nachkriegszeit befreit und erst der wahren Demokratisierung den Weg bereitet, für andere hat sie Grundwerte der deutschen Gesellschaft zersetzt. Der Kampf um die Deutung dieses denkwürdigen Jahres – gut oder schlecht für Deutschland, für Europa, für die Welt – ist ein Dauerbrenner. So unterschiedlich die Bewertungen der 1968er Bewegung immer noch ausfallen, es gibt einige Gewissheiten, die kaum strittig sind:

- ▷ 1968 ist nur eine Zahl. Das Jahr wurde durch die Pariser Studentenrevolte im Mai zum Signet einer politischen Bewegung, die früher begann und bis in 1970er Jahre hineinreichte.
- ▷ Es war eine Jugendbewegung, getragen in Deutschland von denen, die in den 1960er Jahren ihr Studium absolvierten oder begannen und die Kinder vor allem derjenigen waren, die während des „Wirtschaftswunders“ in die Mittelschichten aufgestiegen sind.
- ▷ Es war eine internationale Bewegung in Europa und Nordamerika, die sich – vor allem im Protest gegen internationale Ereignisse wie den Vietnamkrieg – wechselseitig beflügelte, aber auch jeweils besondere nationale Prägungen erfuhr, in der Bundesrepublik vor allem durch die drängenden Fragen der jüngeren Generation an die Eltern zu der bis dahin beschwiegenen Rolle und Verantwortung in der Zeit des Nationalsozialismus.
- ▷ Es war eine kulturelle Bewegung, die nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche erfasste und erfassen wollte, entsprechend dem selbstgewählten Motto „Alles ist politisch“: die Familie und die Kindererziehung, das Verhältnis der Geschlechter zueinander, das Wohnen, das Zusammenleben in Stadt und Quartier, die Schule, die Ausbildung, das Studium, die Wissenschaften, die Kunst in all ihren Spielarten und vieles andere mehr.

Von Beginn gehörten auch die Themen dazu, mit denen sich unsere Zeitschrift seit ihrem ersten Erscheinen im Jahre 1974 beschäftigte, damals noch unter dem Titel „Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege“, später ergänzt um den Namen „Die alte Stadt“. Die Zeitschrift ist zwar selbst kein Kind der „1968er Bewegung“, ihre Wurzeln gehen weiter zurück.<sup>4</sup> Ihre Gründung Anfang

4 E. Spiegel, „Die alte Stadt“: Eine Zeitschrift im Schnittpunkt von Vergangenheit, Zukunft und den Anforderungen des Tages, in: Forum Stadt 38 (1/2011), S. 39-50.

der 1970er Jahre und ihr späterer Erfolg stehen aber im engen Zusammenhang mit den damaligen Konflikten und Problemen in den Städten und den politischen und auch wissenschaftlichen Auseinandersetzungen über deren Zukunft. Dieser gemeinsame Gegenstand, trotz aller Unterschiede in Selbstverständnis, Radikalität, Ausdrucksformen und Tonlage, verband die Zeitschrift mit vielen Initiativen und Aktionen der Generation Studentenbewegung, soweit sie sich dem Städtischen zuwandte, die in Hausbesetzungen, Wohnungskämpfen, Bürger- und Mieterinitiativen und anderen Formen, sich die Stadt anzueignen, zum Ausdruck kam. Der Paradigmenwechsel in der Stadtpolitik, im Städtebau und in der Stadterneuerung, für den in der jüngeren Stadtgeschichtsschreibung das Europäische Denkmalschutzjahr 1975 steht, verdankt sich vielen Strömungen.

Die Absage an eine ausschließlich parlamentarisch verstandene Parteiendemokratie und die Betonung des Rechts, auf der Straße seine Sicht der Dinge lautstark kundzutun, bereicherten nicht nur die Demokratie, sondern bedrohten sie auch – bis hin zur Gewalt, nicht nur gegen „Sachen“, sondern auch gegen Personen. Im Vordergrund der folgenden Beiträge stehen freilich weniger die Formen des Protestes, sondern die Konstruktionen neuer Denkräume, die eine Sicht auf Gewinner und Verlierer städtischer Entwicklungen erlauben, auf die Grenzen fachlicher Konventionen, die aber auch die Grenzen der Zerstörung solcher Konventionen verdeutlichen.

Wir, selbst der 1968er Generation zugehörig, haben diesem Heft ein sehr einfaches Konzept zugrunde gelegt und ohne Ausnahme gezielt nur Persönlichkeiten um Beiträge gebeten, die damals dabei und uns als im Spektrum der Disziplinen aktive Protagonisten bekannt waren, das unsere Zeitschrift abdeckt: Denkmalpflege, Stadt- und Wohnsoziologie, Architektur, Städtebau, Stadtplanung, Wohnungswesen, Stadt-, Planungs-, Bau- und Kunstgeschichte. Sie alle sind in den 1940er Jahren geboren, haben in den 1960er Jahren studiert bzw. das Studium begonnen und inzwischen den „Marsch durch die Institutionen“ hinter sich. Wir haben sie alle gleichlautend um Einschätzungen zu folgenden Fragen gebeten: Wie haben welche damaligen Sicht- und Handlungsweisen bis heute nachgewirkt (oder auch nicht)? Wie sind diese Wirkungen aus heutiger Sicht zu bewerten? Inwieweit haben sich die damaligen persönlichen Erfahrungen dieser Epoche auf die spätere berufliche Tätigkeit und auf das eigene Fachverständnis ausgewirkt? Wissenschaftliche Beiträge im engeren Sinne wie sonst in unserer Zeitschrift wurden nicht erwartet. Es wurde um ein knappes Statement gebeten, ansonsten aber den Autorinnen und Autoren die Form völlig überlassen. Entsprechend breit ist das Spektrum der Beiträge in Inhalt und Duktus, das von sehr persönlichen Erfahrungsberichten, biographischen Reflexionen bis hin zu kritischen Ausführungen über die Nachwirkungen des damals Propagierten reicht, meist aber deren Verschränkung zeigt.

Die Grenzen eines solchen Konzepts liegen auf der Hand: Hier äußern sich Zeitzeugen ohne Korrektiv und Kontrolle, aus der Sicht von heute. Erinnerungen dieser Art trügen bekanntlich gern, oder – mit Jean Paul – viel schöner formuliert: „Erinnerungen sind das einzige Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können.“ Es wird aber sofort klar: Die Generation Studentenbewegung war und ist alles andere als homogen. Das betrifft nicht nur die Orientierung im Denken und Handeln. Es betrifft sogar das Geburtsjahr. Die vor 1945 Geborenen haben tendenziell andere Erfahrungen als die später Geborenen. Im Heft klingen alle diese Schattierungen an.

Die Beiträge stehen für sich. Es gibt keinen Anspruch, verlässlich verallgemeinernde Schlussfolgerungen darüber zu ziehen, wie 1968 – in aller Widersprüchlichkeit – dazu beigetragen hat, Denk- und Handlungsräume in den Städten zu verändern. Einige Grundlinien lassen sich in der Gesamtschau der Beiträge allerdings doch erkennen:

- ▷ die in der Regel bereichernde und anhaltende Wirkung, die der Generationswechsel, oft verbunden mit dem Einbringen marxistischer Perspektiven, auf die raum-, stadt- und baubezogenen *Wissenschaftsdisziplinen* hatte. *Thomas Krämer-Badoni* spricht in seinem selbstkritischen Rückblick von der „*Neugründung der Stadtsoziologie*“. Dem Bedeutungsschub der Disziplin half, dass in den planenden Verwaltungen mit der Hinwendung der Stadtplanung vom Neubau zur Modernisierung des Bestands die Nachfrage an sozialwissenschaftlich gewonnenen Informationen stark anstieg. Der Beitrag von *Michael Müller* zeigt für die *Kunstgeschichte*, mit welcher heftigen Konflikten und Abwehrstrategien das Einbringen neuer Perspektiven und Bemühungen um Anschluss an internationale Diskurse verbunden sein konnte – Konflikte, die sich über Jahrzehnte hinzogen. Die Neubegründung einer *historisch und zugleich auch an den Entwicklungen im Ausland orientierten Planungsforschung* am Lehrstuhl für Planungstheorie an der RTWH Aachen, auf die *Harald Bodenschatz* und *Tilman Harlander* Bezug nehmen, aber auch die Forschungen von *Werner Durth* zu den biographischen Verflechtungen Deutscher Architekten zwischen 1900 und 1970 sowie zum Wiederaufbau gemeinsam mit Niels Gutschow trugen zur „Blüte“ der Stadt- und Planungsgeschichte in den 1980er und 1990er Jahren bei;
- ▷ die damit oft verknüpfte Öffnung der raum-, stadt- und baubezogenen *Wissenschaftsdisziplinen* für neue Themen sowie methodische und konzeptionelle Zugänge, die Disziplingrenzen dadurch überwinden, dass sie sich vertrauten Gegenständen mit einem erweiterten gesellschafts-kritischen Erkenntnisanspruch nähern und sie sozio-ökonomisch kontextualisieren. Dafür stehen etwa

die frühen Studien zum Automobil sowie zu den Machtstrukturen und Politikverflechtungen in der Automobilindustrie (Beitrag *Marianne Rodenstein*), die mikrosoziologischen Studien zur Bedeutung „der Kneipe“ im städtischen Kontext (Beitrag *Thomas Krämer-Badoni*) oder die kritische Analyse der Stadtgestaltung als „*Inszenierung der Alltagswelt*“ von *Werner Durth*;

- ▷ das grundsätzliche Verständnis von Stadt, Infrastruktur und Wohnung als „soziale Dienstleistung“, deren Bereitstellung nicht allein oder vor allem dem Markt überlassen werden darf (Beiträge von *Heidede Becker*, *Harald Bodenschatz* und *Tilman Harlander*). Dem atemberaubenden Siegeszug einer Haltung, die heute gerne als „neoliberal“ bezeichnet wird, haben die 1968er allerdings wenig entgegenzusetzen können. Heute, angesichts einer neuen Wohnungsfrage sowie der großen Probleme des Klimawandels und den Notwendigkeiten einer Energie- wie Verkehrswende stellt sich die 1968 aufgeworfene Frage erneut, wenngleich in einem radikal veränderten Rahmen und Akteursspektrum;
- ▷ die perspektivischen Erweiterungen in Praxis und Forschung durch die Frauenbewegung, die *Kerstin Dörhöfer* in ihrem Beitrag am Beispiel von Architektur, Wohnungsbau und Stadtplanung behandelt. Vielen gilt die Frauenbewegung unter den mit 1968 verknüpften politischen Strömungen als diejenige, die in den Folgejahrzehnten in fast allen gesellschaftlichen Bereichen die größte Wirkung entfaltet hat und deren Ziele der Gleichstellung der Geschlechter inzwischen unstrittig, wenn auch keineswegs überall tatsächlich durchgesetzt sind;
- ▷ die ambivalenten und auch sehr unterschiedlich bewerteten Folgen, die die Studentenrevolte für die Lehre an den Architektur- und Stadtplanungsfakultäten hatte. Vorderhand wird deutlich, dass es hier sehr große regionale Unterschiede gab, die schon bald danach wieder nivelliert wurden: am heftigsten die Konflikte und am radikalsten die temporäre Aussetzung der klassischen Entwurfslehre an den Architekturfakultäten zugunsten selbstorganisierter Seminare und Projekte an der TH Stuttgart (Beitrag *Arno Lederer*) und TU Berlin (Beiträge *Heidede Becker* und *Florian Mausbach*), die *Nina Gribat* und *Philipp Misselwitz* in ihrer Arbeit zu „Vergessenen Schulen“ aufgearbeitet haben; sehr viel moderater an der RWTH Aachen (Beitrag *Harald Bodenschatz*) und an der TH Darmstadt (Beitrag *Werner Durth*), wo sogar Teile der Professorenschaft sich mit dem studentischen Protest verbanden;
- ▷ der politische Anspruch der revoltierenden Studenten, mit ihren selbstorganisierten Projekten die Praxis selbst zu verändern und so, um im damaligen

Jargon zu sprechen, Theorie und Praxis zu verknüpfen. Das studentische Engagement in den Berliner Großsiedlungen (Beitrag *Heidede Becker*) und Sanierungsgebieten (Beitrag *Florian Mausbach*) oder auch die Demonstrationen gegen die Bodenspekulation im Frankfurter Westend oder den Kaufhausbau in der Darmstädter City (*Darmstadt statt Karstadt*, Abb. 2, S. 65), die im Wesentlichen studentischer Protest waren, lassen sich, bei aller Naivität und selbstgerechter Anmaßung, die im Spiel gewesen sein mögen, als prototypische Frühformen des zivilgesellschaftlichen Engagements sehen, das inzwischen als eine zentrale Ressource gesehen wird, ohne die heute kein größeres urbanes Projekt mehr erfolgreich auf den Weg gebracht werden könnte.<sup>5</sup>

Die Herausgeber danken allen Autorinnen und Autoren für ihre Beiträge. Fast alle, die wir im Vorfeld ansprachen, waren zunächst überrascht, haben dann zugesagt, manche spontan, manche nach einiger Überlegung, manche auch durchaus dankbar für die Gelegenheit, mit anderen, aber unabhängig voneinander zurückzublicken.

Berlin / Esslingen / Stuttgart, Februar 2018

*Harald Bodenschatz, Johann Jessen*

5 Vgl. zum Zusammenhang von Bürgerbeteiligung und 1968er Bewegung den demnächst in Forum Stadt erscheinenden Beitrag von Dirk Schubert „Die langen 1960er Jahre oder Umbruchjahr 1968? Partizipative Planungsprozesse zwischen Pragmatismus und Weltverbesserung.“

## Zur Neugründung der kritischen Stadtsoziologie

1967 begann ich nach einem 7-semesterigen Jurastudium in Frankfurt und Heidelberg das Studium der Theaterwissenschaft und der Germanistik an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Die Rechtswissenschaft hielt ich damals offen gestanden für ein Handwerk, nicht für eine Wissenschaft. Dies und andere persönliche Gründe bewogen mich dann, meine Zelte bei den Juristen abzubrechen und mich in den Geisteswissenschaften auszuprobieren, von wo aus ich dann nach Straßentheater und Theaterbesetzungen sehr schnell in das Studium der Sozialwissenschaft wechselte.

Am 2. Juni 1967 erschoss der Polizist Karl-Heinz Kurras den Studenten Benno Ohnesorg mit einem gezielten Schuss aus seiner Dienstpistole. Für uns war das Mord, und es war die Initialzündung für die explosionsartige Entfaltung einer Bewegung, die dann den Namen der „68er“ erhalten sollte. Wir wollten eine sozial gerechte und nicht-kapitalistische Gesellschaft. Als angehende Akademiker wollten wir die Welt zwar verändern, aber mit den Mitteln der Wissenschaft und der wissenschaftlich angeleiteten gesellschaftlichen Praxis.



**Abb. 1:** 1967, Beginn einer Revolte an der Universität Hamburg: Hinter dem Protestbanner betreten Asta-Chef Norbert Jankowski und die beiden Rektoren das Audimax; Quelle: *Staatsarchiv Hamburg*; vgl. [www.zeit.de/2017/45/studentenbewegung-universitaet-hamburg-audimax-1967](http://www.zeit.de/2017/45/studentenbewegung-universitaet-hamburg-audimax-1967) [10.01.2018].

Mein Einstieg in die Stadtsoziologie war die Publikation des Buches „Zur sozio-ökonomischen Bedeutung des Automobils“ im Suhrkamp Verlag, das Marianne Rodenstein, Herbert Grymer und ich geschrieben hatten<sup>1</sup> und das zur Buchmesse 1971 erschien. Wir haben gezeigt, mit welchen Strategien die Automobilindustrie zur dominierenden deutschen Industrie werden konnte, welche Rolle der ADAC als Bindeglied zwischen Wirtschaft und Politik spielte<sup>2</sup> und wie sich die Planung der Städte für den motorisierten Individualverkehr negativ auf die Städte auswirkte.

Damit wurden wir bekannt genug, um mit stadtsoziologischen und regionalökonomischen Auftragsstudien unseren Lebensunterhalt zu verdienen. Unsere wissenschaftliche Heimat wurden die von einer Arbeitsgruppe um Manfred Teschner, Professor an der TH Darmstadt, ins Leben gerufene Sektion Stadtsoziologie in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie sowie die Arbeitsgruppe „Lokale Politikforschung“, die von dem Politikwissenschaftler Rolf Richard Grauhan aufgebaut worden war. 1977 erhielt ich einen Ruf auf eine Professur für Stadtsoziologie an der Universität Bremen.

Ich bezweifle, dass ich je wirklich Marxist war, und das mag auch für viele Kolleginnen und Kollegen gelten, mit denen ich gearbeitet habe. Aber eines war uns gemeinsam: die Kapitalismuskritik. Das galt auch für uns als Stadtsoziologen. Wir nutzten zwar das marx'sche Begriffsinstrumentarium für unsere Untersuchungen, aber für mich war inzwischen ein Satz zur Leitlinie meiner stadtsoziologischen und politischen Einstellung geworden, den ich von Elmar Koenen, einem Mitstreiter in der Studentenbewegung, gehört und übernommen habe: „Sozialismus ist, wenn es den Leuten gut geht“. Immer drängender wurde daher die Frage: Was kann man tun, um die Lebens- und Wohnverhältnisse zu verbessern, Armut und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen? Die theoretische Ausrichtung unserer Stadtsoziologie blieb einer kritischen Gesellschaftstheorie verbunden, wir argumentierten gegen die in unseren Augen positivistischen Empiriker, die gesellschaftliche Zusammenhänge bis zur Unkenntlichkeit und Bedeutungslosigkeit in eine Vielzahl von Variablen auflösten.<sup>3</sup>

Das Interesse am Leben von Menschen habe ich – gesellschaftstheoretisch eingebettet – auch in der Forschung beibehalten. So erschien 1987 das Buch „Die Kneipe“,<sup>4</sup> eine gemeinsam mit Franz Dröge erstellte Untersuchung, bei der es so-

1 Siehe hierzu den Text von Marianne Rodenstein in dieser Zeitschrift.

2 Teil B des Buches „Zur zentralen Verwaltung der mobilisierten Massen – paradigmatische Analyse einer Kraftfahrervereinigung“ war zugleich meine Magisterarbeit.

3 Vgl. zum Beispiel *H. Häußermann/T. Krämer-Badoni*, Stadtsoziologie mit der Maßlatte? Ein Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Sozialökologie, in: *Soziale Welt*, Jg. 31, Heft 2/1980, S. 140 ff.

4 *F. Dröge/T. Krämer-Badoni*, Die Kneipe. Zur Soziologie einer Kulturform oder „Zwei Halbe auf mich“, Frankfurt 1987.

wohl um die sozialhistorische Bedeutung der Kneipe als Institution als auch um die in ihr gelebten Kultur- und Kommunikationsformen ging. Die Untersuchungen zur Mobilität, die ich mit Hiltrud Burwitz und Henning Koch<sup>5</sup> ab Ende der 1980er Jahre gemacht habe, führten letztlich zu dem Versuch, zusammen mit der Bremer Wohnungsbaugesellschaft Gewoba ein Stadtquartier für Menschen durchzusetzen, die ohne Auto leben wollten. Auch wenn dieses Projekt an einer heftigen Immobilienkrise scheiterte: Es war ein an den Menschen und ihrem Leben, ihren Träumen und Wünschen orientiertes Projekt.

Im Verlauf der 1980er Jahre wurden aber auch unsere wissenschaftlichen Positionen profilierter und intensiver ausgearbeitet. Gegen Ende der 1980er Jahre gründeten wir unsere Buchreihe „Stadt, Raum und Gesellschaft“, die zunächst im Centaurus-Verlag, dann bei Leske und Budrich und schließlich im VS Verlag für Sozialwissenschaften erschien (und noch erscheint). Wir, das waren für mich vor allem (aber nicht nur) die Herausgeber unserer Reihe: Hartmut Häußermann, Detlev Ipsen, Dieter Läßle, Marianne Rodenstein und Walter Siebel. Wir eröffneten die Reihe 1991 mit einem programmatischen Band *Stadt und Raum. Soziologische Analysen*, der nur Texte der Herausgeber enthielt.<sup>6</sup> In gewisser Weise wollten wir damit eine Richtung vorgeben: eine gesellschaftstheoretisch begründete kritische Analyse gesellschaftlicher Prozesse, die in den Städten konkret und sichtbar wurden. Wir bildeten keine Schule, aber wir hatten ungefähr die gleiche Ausrichtung.

In meinem Beitrag<sup>7</sup> zu unserem programmatischen Buch hatte ich an Arbeiten von sozialwissenschaftlichen Klassikern wie Friedrich Engels, Karl Marx, Max Weber, Georg Simmel, die Chicagoer Schule und Louis Wirth, die üblicherweise zu den Vätern der Stadtforschung gezählt werden, zu zeigen versucht, dass es ihnen nicht um die Stadt als solche, sondern um eine Analyse der modernen kapitalistischen Gesellschaft ging. In deren Augen waren die Städte kein Gegenstand *sui generis*, sondern Manifestation der modernen kapitalistischen Gesellschaft. In einer kapitalistischen Gesellschaft gelten überall die gleichen Regeln, aber die Auswirkungen können von Stadt zu Stadt unterschiedlich sein, und von Thema zu Thema. Die Thesen des Textes von 1991 habe ich im Jahr 2011<sup>8</sup> wieder aufgenommen und erweitert.

5 H. Burwitz/H. Koch/T. Krämer-Badoni, *Leben ohne Auto. Neue Perspektiven für eine menschliche Stadt*, Reinbek bei Hamburg 1992.

6 H. Häußermann u.a., (Hrsg.), *Stadt und Raum. Soziologische Analysen*, Pfaffenweiler 1991.

7 T. Krämer-Badoni, *Die Stadt als sozialwissenschaftlicher Gegenstand*, in: H. Häußermann (s. A 6), S. 1 ff.

8 T. Krämer-Badoni, *Die Klassiker der Soziologie und die Besonderheit des Städtischen*, in: H. Herrmann u.a., *Die Besonderheit des Städtischen – Entwicklungslinien der Stadt(soziologie)*, Wiesbaden 2011, S. 69 ff.

Auf einer materiellen Ebene ist eine Stadt – ist sie erst mal entstanden – einfach da. Man kann dort leben, wohnen und arbeiten. Aber niemand wird bestreiten, dass alle diese einzelnen Funktionen kategorial nicht von Stadt zu Stadt variieren, sondern nach historischen Epochen und geographischen Besonderheiten. Ohne ins Detail gehen zu müssen: Arbeit in einer antiken Stadt, in einer Renaissancestadt, einer Stadt im Frühkapitalismus oder im entwickelten Kapitalismus ist jeweils etwas anderes, hängt von der Sozialstruktur der jeweiligen Gesellschaft (und Stadtgesellschaft, die es in vorkapitalistischen Phasen ja gab), von der Entwicklung der Produktivität, von den Arbeits- und Lebensverhältnissen ab. Je weiter fortgeschritten die gesellschaftliche Entwicklung,<sup>9</sup> desto weniger unterscheiden sich die grundlegenden Verhältnisse in den Städten voneinander. Genau das lässt sich an den genannten Klassikern der Stadtsoziologie beschreiben. Dass die Urbanisierung auch die Stadt-Land-Differenz im Sinne unterschiedlicher Vergesellschaftungsformen eingeebnet hat, ist kaum zu bestreiten.

Sind deswegen die Verhältnisse in allen Städten gleich? Ja, sie sind gleich im Hinblick auf den grundlegenden Typus der Vergesellschaftung. Nein, sie sind nicht gleich im Hinblick auf die quantitativen und die daraus resultierenden qualitativen Auswirkungen für Personen und Personengruppen, die in verschiedenen Städten wohnen. So konnte zum Beispiel schon im Rahmen von Studien zum sogenannten Süd-Nord-Gefälle<sup>10</sup> in der Bundesrepublik der 1980er Jahre gezeigt werden, dass sich die Lebensverhältnisse in Städten gleicher Größe tatsächlich unterschieden, und zwar anders, als die Wahrnehmung von Prosperität und Armut es vermuten ließ.

Zwar trifft durchaus zu, dass Stuttgart eine reiche und Bremen eine eher ärmere Stadt ist. Auch übersteigen gewöhnlich die Löhne der Stuttgarter Industriearbeiter die ihrer Bremer Kollegen. Aber dafür fallen auch deren Lebenshaltungskosten (von der Miete bis zu den generellen Verbraucherkosten) höher aus. So können dann solche Untersuchungen doch überraschende Ergebnisse liefern: Niedrigere Löhne und niedrigere Kosten können – wie in unserem Beispiel aus den 1980er Jahren – bedeuten, dass am Ende für die Bremer Arbeiter mehr frei verfügbares Einkommen übrig blieb als für ihre Stuttgarter Kollegen. Deren im Vergleich höhere Einkommen konnten die höheren Lebenshaltungskosten nicht ausgleichen.

9 Im Terminus der Weltgesellschaft hat die soziologische Systemtheorie hier den vorläufigen Schlusspunkt gesetzt.

10 T. Krämer-Badoni/E. U. Ruhstrat, Soziale Folgen des Süd-Nord-Gefälles. Ein Vergleich zwischen Bremen und Stuttgart, in: J. Friedrichs u. a. (Hrsg.), Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik?, Opladen 1986, S. 262 ff.

Für solche Berechnungen braucht man zwar kommunal ausgewiesene Datensätze, aber keine Stadtsoziologie, eher eine Regionalökonomie. Will man wirklich wissen, ob solche Ergebnisse dazu führen, dass es bestimmten Gruppen in der einen Stadt besser als in einer anderen Stadt geht, müssen noch ganz andere Elemente hinsichtlich ihres Einflusses auf das Befinden bestimmter Bevölkerungsgruppen hin erforscht werden. So müsste man zum Beispiel wissen, welche Auswirkungen die Zukunftserwartungen in bestimmten Städten auf die Lebensqualität verschiedener Bevölkerungsgruppen haben. Die Erwartung ökonomischer Prosperität dürfte sich auf die Arbeitnehmer durchaus anders auswirken als die Erwartung wirtschaftlichen Niedergangs. Wenn in einer Stadt die dort dominanten Unternehmen in einer Krise sind, die Erwartung sinkender Einkommen dominant wird und Arbeitsplätze prekär werden, dann könnten die Berufstätigen sich im Konsum zurückhalten, obwohl ihre Einkommen hoch sind. Sie entwickeln einen Pessimismus, der schon als solcher ihre Lebensqualität erheblich einschränkt, und zwar nicht nur die Lebensqualität der unmittelbar gefährdeten Arbeitnehmer, sondern auch der übrigen, zunächst nur mittelbar betroffenen Stadtbürger. Das gleiche Argument gilt mit veränderten Vorzeichen für die umgekehrte Situation, in der unter Umständen zwar die Einkommenssituation nicht besonders gut sein mag, aber alle Bewohner in Erwartung eines Aufschwungs der ansässigen Unternehmen Optimismus und Lebensfreude ausstrahlen. Es ist davon auszugehen, dass auch solch unterschiedliche Wahrnehmungen soziologisch und sozio-ökonomisch relevante Folgen haben.

Oder allgemeiner gefasst: Wie wird aufgrund welcher Kombination zugrundeliegender gesellschaftlicher Strukturausprägungen die jeweils eigene Lebenswirklichkeit wahrgenommen? Vor diesem Hintergrund wird eine Fragestellung immer wichtiger: Was bestimmt die Wahrnehmung der städtischen Lebenswirklichkeit? Welche Interpretation der konkreten Lebenssituation setzt sich durch? Welche Gruppen verfügen jeweils über die Interpretationshoheit? Welcher Diskurs über die städtische Lebensqualität setzt sich mit Hilfe welcher Akteure durch? Solche Fragen sind keineswegs einfach zu beantworten. Und es handelt sich nicht um ein einfaches Machtspiel nach dem Motto „Wem gehört die Stadt?“, sondern um einen höchst komplexen Prozess der Bildung und Entfaltung realitätsmächtiger Interpretationen. Innerhalb dieses komplexen Prozesses ist auch die Wissenschaft und hier speziell die (Stadt-)Soziologie verortet. Sie agiert dort nicht anders als andere Akteure. Auch sie trägt dazu bei, die Wahrnehmung dessen, was Stadt ist, was Stadt sein soll und was städtische Probleme sind, mitzubestimmen.<sup>11</sup> Damit aber dürfte

11 Dominante Realitätsinterpretationen sind nicht deckungsgleich mit „Realität“. Die Wirklichkeit ist ja bekanntlich selbst eine interpretierte und interpretierende Konstruktion. Aber wenn solche Rea-

auch deutlich geworden sein, dass die Marx'sche Analyse für solche Untersuchungen keinen geeigneten Rahmen mehr bietet.

In meinem Text von 1991 dachte ich gezeigt zu haben, dass die Frage nach der Spezifik von Städten beantwortet ist: Sie sind Ausprägungen der jeweiligen Entwicklungsstufe der kapitalistischen Gesellschaft, mithin kein eigenständiger soziologischer Gegenstand. Tatsächlich ist aber die Bemühung um einen neuen Begriff der Stadt erneut aufgebrochen, und sie hat einen neuen Namen bekommen: die „Eigenlogik der Städte“.<sup>12</sup> Diese erneute Suche nach der Stadt richtete sich in meiner Wahrnehmung gegen unsere, an der Erforschung sozialer Ungleichheit und deren Veränderung im Zuge der Weiterentwicklung des Kapitalismus zu einem globalisierten Kapitalismus orientierten Strategien stadtbezogener soziologischer Forschung. Die Auseinandersetzung wirkte wie eine Revolte gegen das Interpretationsmonopol dieses Typus von Stadtsoziologie, eine Revolte gegen die 68er. Das war sie sicher auch: eine Revolte gegen eine stadtbezogene Soziologie, die sich auf eine marxismusnahe Gesellschaftstheorie beruft und von der Richtigkeit und Relevanz dieser Stadtsoziologie überzeugt ist.

Aber man kann diese Suche nach „Besonderheiten“ des Städtischen auch ganz anders verstehen. Entfernt man sich etwas von diesem Streit und blickt auf die Entwicklung der Soziologie, wird man feststellen, dass die Soziologie immer stärker von der vorgeblich ideologiefreien und gesellschaftstheoriefreien quantitativen empirischen Sozialforschung dominiert wird. Auch die kritische Stadtsoziologie, sofern sie sich mit der Analyse stadtteilbezogener Daten zum Beispiel für das Monitoring sozialräumlicher Ungleichheiten beschäftigt, hat sich weitgehend diesem Empirietypus angenähert. Die kritische Stadtsoziologie, so könnte man es vorsichtig formulieren, hat es auch nicht sehr viel weiter gebracht als dahin, sich einen Teil der quantitativen Empirie mit einem gesellschaftstheoretischen Begriffsinstrumentarium anzueignen. Aber werden damit hinreichend triftige Interpretationen gesellschaftlicher Zusammenhänge formuliert? Entsteht damit nicht die grundsätzlich gleiche Form der „Stadtplanungssoziologie“, die Hartmut Häußermann und Walter Siebel<sup>13</sup> bereits 1978 scharfsinnig diagnostiziert hatten, einer Soziologie, die der Planung empirisch erhobene Daten zur Verfügung stellt, nur diesmal mit anderen ideologischen Vorzeichen? Der Bedeutungsverlust der Soziologie als der Wissenschaft für die Interpretation gesellschaftlicher Zusammenhänge dürfte

litätsinterpretationen sich durchsetzen, spricht Vieles dafür, dass sie zumindest für einen gewissen Zeitraum zur dominierenden Realitätskonstruktion werden. Das bedeutet aber nicht, dass es keine konkurrierenden Konstruktionen gäbe.

12 H. Berking/M. Löw, Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung, Frankfurt a. M. 2008; vgl. auch die Auseinandersetzung im *Leviathan*, 41. Jg., 2/2013.

13 H. Häußermann/W. Siebel, Thesen zur Soziologie der Stadt, in: *Leviathan* 4, 1978, S. 484 ff.

mit dieser Hinwendung zur Empirie und Planungspraxis zusammenhängen. Es ist der quantitativen empirischen Soziologie nicht gelungen, Erkenntnisse über gesellschaftliche Zusammenhänge zu erzielen, was aber auch nicht ihr Anspruch war. Aber auch uns ist es nicht gelungen, mit unserem Typus von Wissenschaft hinreichend triftige gesellschaftstheoretisch begründete Erkenntnisse zu erzielen. Wir haben mit unserer Wissenschaft in der Gesellschaft insgesamt weniger bewegt, als wir gehofft hatten.

So gesehen könnte die erneut formulierte Frage nach der Besonderheit, nach der „Eigenlogik“ der Städte, auch die Chance enthalten, sich sowohl aus der theoriefreien Empirie zu lösen als auch einen gesellschaftstheoretisch begründeten Stadtbegriff zu entwickeln, der sich nicht nur auf soziale Ungleichheit beschränkt. Ob das gelingen kann, ist in meinen Augen offen. Es kann weder zurück zum Marxismus gehen, noch hilft die Vielfalt beliebiger (soziologisch bedeutungsloser) Meinungen und vereinzelter Ideen weiter. Die Suche nach der Besonderheit des Städtischen kann nur dann Erfolg haben, wenn sie die anstrengende gesellschaftstheoretische Begriffsarbeit nicht scheut. Es könnte gut sein, dass die Systemtheorie für die Analyse des globalisierten Kapitalismus und der Weltgesellschaft ein angemesseneres Instrumentarium bereit hält als der Marxismus. Immerhin hat die Systemtheorie die begrifflichen Möglichkeiten entwickelt, die Integration des Individuums in die Gesellschaft nicht primär vom Arbeits- und/oder dem Wohnungsmarkt her zu begreifen, sondern sie von der jeweils partiellen Integration in die verschiedenen gesellschaftlichen Teilsysteme her zu denken.<sup>14</sup> Dies könnte auch in der Stadtsoziologie zu einem neuen Blick auf die Gesellschaft und auf die grundlegenden Fragen von Integrations- und Desintegrationsmechanismen führen.<sup>15</sup>

14 Vgl. hierzu A. Nassehi, *Differenzierungsfolgen. Beiträge zur Soziologie der Moderne*, Wiesbaden 1999.

15 Vgl. T. Krämer-Badoni, *Urbanität, Migration und gesellschaftliche Integration*, in: M. Löw (Hrsg.), *Differenzierungen des Städtischen*, Opladen 2002, S. 69 ff.



## **Wissenschaft der Kunst: unterwegs in eigener Sache**

Zugegeben: Ich habe mich lange gefragt, wie ich als emeritierter Hochschullehrer nach nunmehr fünfzig Jahren die mit „1968“ verbundenen Sicht- und Handlungsweisen eines schon zu Schulzeiten durch den ersten Frankfurter Auschwitzprozess, Ostermarsch, Club Voltaire, Kriegsdienstverweigerung und Vietnamkrieg politisierten und protestierenden Studenten beschreiben sollte. Wie sie in einen allgemeinen Geschichtsverlauf einbetten, ohne der Hybris zu erliegen, sie seien stellvertretend für das Ganze? Geholfen hat mir dabei ein mich schon etwas länger begleitendes Unbehagen einem Urteil gegenüber, das die damaligen und nachfolgenden Ereignisse, Gedanken, Hoffnungen und Illusionen, Enttäuschungen und Erfolge pauschal in den Horizont der Generation der „68er“ rückt. Als zu divergent habe ich diese Jahre in Erinnerung, zu unterschiedlich die politischen Ausrichtungen, ja überhaupt das Verständnis von einer sich politisch begreifenden, gesellschaftskritisch verfahrenen Wissenschaft, um mich mit dem Versuch der Selbstreflexion der Gefahr willfähriger Verallgemeinerung auszusetzen.

Sonderlich geübt im Schreiben über mich selbst bin ich nicht, schon gar nicht als Rückbesinnung, bei der mir allerdings deutlich geworden ist, wie sehr mich die Jahre um 1968 in meiner Haltung gegenüber Gesellschaft und Wissenschaft und in meinem Rollenverständnis als Intellektueller und Hochschullehrer geprägt haben. Wobei ich mich bei der Recherche in eigener Sache irgendwann auch gefragt habe, was mich eigentlich dazu gebracht hat, einem tradierten Fach- und Wissenschaftsverständnis den Rücken zu kehren und billigend die Rolle des Außenseiters in Kauf zu nehmen. Eine Entscheidung im Sinne eines abwägenden Urteilens war es ganz gewiss nicht. In der frühen Phase der Auseinandersetzung mit den etablierten Fachkollegen spielte die berufliche Zukunft ohnehin keine Rolle. Doch zwanzig Jahre nach dem denkwürdigen Kunsthistorikerkongress 1970 in Köln wird Martin Warnke mit Bitternis die „lebenslängliche plakative Abstempelung“ als eine „der wesentlichen Folgewirkungen“ seines und des Engagements Anderer in der von ihm verantworteten Sektion „Das Kunstwerk zwischen Wissenschaft und



**Abb. 1:** Andrea Palladio, Villa Emo (Fanzolo, um 1564); Foto: M. Müller.



**Abb. 2:** Warburg Institute London; Foto: M. Müller.

Weltanschauung<sup>1</sup> benennen. Sie habe „einen jeden, der sich exponiert hat, total und für den Rest des Lebens persönlich, ideologisch, politisch und wissenschaftlich stigmatisiert“.<sup>2</sup>

Als Mitautor der 1970 im Suhrkamp Verlag erschienenen „Villa als Herrschaftsarchitektur“ vermag ich Warnkes Klage sehr gut nachvollziehen. Eine Anstellung an einer der konservativ ausgerichteten kunsthistorischen Institutionen, ob Universität, Museum oder Denkmalpflege, kam für mich nicht in Frage. Was ich aber nicht bereuen musste, da mir drei Jahre nach der Promotion die 1977 aufgenommene Arbeit an der Bremer Reformuniversität die Möglichkeit bot, in dieser Außenseiterrolle mein kritisches Fachverständnis ungestört über enge Fachgrenzen hinweg in Forschung und Lehre fortzusetzen.

### **London: Kunstgeschichte als Sozialgeschichte**

Es war kein Zufall, dass ich mich 1968 in London aufhielt, um dort am Courtauld Institute und am Warburg Institute Kunst- und Kulturgeschichte zu studieren. Begonnen hatte ich mein Studium der Kunstgeschichte, Archäologie, Philosophie, Soziologie und Psychologie 1965 an der Goethe-Universität in Frankfurt a. M. Hier waren es das Institut für Sozialforschung und die Seminare und Vorlesungen Adornos, die mich schon in den ersten Semestern mit dem Schicksal jüdischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, ihrer Verfolgung und Emigration und ihrer

1 M. Warnke (Hrsg.), *Das Kunstwerk zwischen Wissenschaft und Weltanschauung*, Gütersloh 1970.

2 M. Warnke, *Bittere Felder*, in: *Zwanzig Jahre danach. Kritische Kunstwissenschaft heute. Kritische Berichte*, 3/1990, Jg. 18, Marburg, S. 76-78, hier S. 77.



**Abb. 3:** Soziologie-Professor Theodor Adorno zwischen Schriftsteller Heinrich Böll (links) und Suhrkamp-Verleger Siegfried Unseld (rechts) 1968 bei einer Veranstaltung gegen die Notstandsgesetzgebung; Bild: DPA, Quelle: SPIEGEL ONLINE; <http://www.spiegel.de/fotostrecke/philipp-felsch-lange-sommer-der-theorie-adorno-foucault-fotostrecke-124566.html> [11.03.2015].

nur vereinzelt Rückkehr nach Deutschland konfrontierten. Wobei sich der Eindruck verfestigte, dass mit ihnen den deutschen Universitäten ein Bildungs- und Wissenschaftsverständnis verloren gegangen war, dessen Liberalität, intellektuelle Brisanz und Offenheit zutiefst beeindruckten. Emigranten wie Adorno und Horkheimer waren zurückgekehrt, während gerade für die Kunstgeschichte so wichtige jüdische Gelehrte wie etwa Erwin Panofsky es vorgezogen hatten, Deutschland den Rücken zu kehren, wohl auch in der Gewissheit, nicht willkommen zu sein.

Die Kritik an traditionellen Methoden der Kunstgeschichte und ihrem autonomen, das Zeitgenössische ignorierenden Kunstverständnis sah trotz ihrer unterschiedlichen politischen Grundhaltungen in den nach London emigrierten Kunstwissenschaftlern geistesverwandte Zeitgenossen.<sup>3</sup> Dazu zählten neben Ar-

3 London hatte sich in den 1930er Jahren zum bedeutendsten Zentrum einer sozialgeschichtlichen Kunstgeschichte entwickelt. Hier konnte z. B. der 1933 von Budapest nach London emigrierte Fredrik Antal sein Hauptwerk über die florentinische Malerei vollenden. Von der traditionellen Kunstgeschichte als marxistisch abgelehnt, wurde Antals Arbeit von den Direktoren des Courtauld Institute und des Warburg Institute, Kenneth Clark und Fritz Saxl, „als wichtiger Beitrag zur Profilierung der Kunstgeschichte als Disziplin“ finanziell unterstützt. Siehe näher R. Born, Budapest und die Entwicklung des sozialgeschichtlichen Ansatzes in der Kunstgeschichte, in: D. Hüchtker/A.

nold Hauser<sup>4</sup> und dem am Birbeck College lehrenden Nikolaus Pevsner<sup>5</sup> auch Leopold Ettliger, Georg Zarnecki und Ernst Gombrich,<sup>6</sup> damals Direktor des Warburg Instituts. Gegründet hatte dieses Institut als Bibliothek der bereits 1929 verstorbene Aby Warburg, dessen Verständnis von Kunstgeschichte als Kulturwissenschaft mich interessierte. Über die von ihm aufgebaute Bibliothek wusste man als einem eindrucksvollen Zeugnis eines Fachgrenzen überschreitenden kunst- und kulturwissenschaftlichen Denkraums zu berichten. Diese Bibliothek hatte am 12. Dezember 1933 auf Druck der Nationalsozialisten Hamburg verlassen und ihren neuen Platz in London gefunden. Und vor allem ihretwegen waren wir, mit mir ein Studienfreund und meine spätere Frau Birgit, 1968 in London.

In der Sache war das Arbeiten am Warburg Institute in seinem literarischen Labyrinth disziplinärer Vielstimmigkeit eine endgültige Bestätigung dafür, dass die Analyse künstlerischer und kultureller Symbolproduktionen nur aus der subtilen Kenntnis der entsprechenden Kontexte heraus erfolgen kann. Und dass das Fach methodisch durch Grenzerweiterung auf die Entgrenzung in der alle Bildmedien nutzenden Gegenwartskunst würde angemessen reagieren können. Gleichzeitig erinnerte das Studium am Courtauld Institute mit seiner großartigen Kunstsammlung auch daran, dass jede kontextgebundene Analyse ohne die erlernte Befähigung zur Aussage über das ästhetische Potenzial eines Werks als eigenständiges Erkenntnis- und Reflexionsmedium unvollständig bleiben muss. Seitdem beschäftigt mich diese Gratwanderung zwischen der Bestimmung eines Werks als Beleg seines Kontextes und dem Wissen um den selbstbestimmten Ausdruck einer dem Werk im-

*Kliems* (Hrsg.), Überbringen – Überformen – Überblenden. Theorietransfer im 20. Jahrhundert, Köln/Weimar/Wien 2011, S. 119; *F. Antal*, Die florentinische Malerei und ihr sozialer Hintergrund, Berlin 1958. In London erschien Antals Studie 1948 unter dem weitaus prägnanteren Titel „Florentine painting and its Social Background; the bourgeois Republic before Cosimo de' Medici's advent to Power: XIV and early XV centuries“.

- 4 1951 war Hausers Studie „The Social History of Art and Literature“ erschienen, der nach einer „Philosophie der Kunstgeschichte“ 1964 die große Untersuchung über den „Manierismus“ folgte.
- 5 In lebhafter Erinnerung ist mir: *N. Pevsner*, „Pioneers of Modern Design. From William Morris to Walter Gropius“. Museum of Modern Art, New York 1949. In deutscher Sprache: „Wegbereiter moderner Formgebung. Von Morris bis Gropius“, Köln 2002. Pevsner war der Herausgeber der zwischen 1951 und 1974 edierten 46 Bände „Buildings of England“, Penguin Books, Harmondsworth 1951-1974.
- 6 Gombrich war 1936 vor dem Austrofaschismus nach London emigriert und leitete später von 1959 bis 1976 das Warburg Institute. Er hatte bei Julius von Schlosser studiert und 1933 über Giulio Romanos Palazzo del Te promoviert. Gombrich war ein unkonventioneller Kunsthistoriker, interessiert an naturwissenschaftlichen Phänomenen der Wahrnehmungspsychologie und befreundet mit Karl Popper, der, ebenfalls Emigrant, bis zu seiner Emeritierung 1969 an der London School of Economics lehrte. 1938 hatte Gombrich zusammen mit Ernst Kris eine Studie über Karikatur publiziert. Siehe dazu *E. H. Gombrich/E. Kris*, The Principles of Caricature, in: *British Journal of Medical Psychology*, Vol. 17, 1938, S. 319-42.

manenten ästhetischen Erfahrung. Wobei ich schon wenig später in Frankfurt zusammen mit Reinhard Bentmann die Dialektik der „Villa“ als „ein Kräfteparallelogramm von Ästhetik, Ökonomie, Politik und Philosophie“ zu fassen versuchte. Damals sprachen wir von der Villa als einer „ästhetischen Erscheinung ummantelt von Ökonomie“ und einer „ökonomischen Erscheinung ummantelt von Ästhetik“.<sup>7</sup> Mit einem dogmatischen Marxismus, der einem einfach gestrickten Basis-Überbau-Schema folgt, konnte man unseren methodischen Ansatz einer sozialgeschichtlich grundierten Kunstgeschichte kaum in Verbindung bringen. Dazu standen wir zu sehr unter dem Eindruck der Kritischen Theorie und ihrer sozial- und kulturanalytischen Begrifflichkeit.

Die Frage, inwieweit sich – von den Inhalten einmal abgesehen – die persönlichen Erfahrungen, die ich in dieser Phase meines Studiums machte, auf meine spätere berufliche Tätigkeit ausgewirkt haben, kann ich uneingeschränkt bejahen. Lebhaft erinnere ich den offenen und toleranten Umgang der Londoner Lehrer mit uns Studenten. Noch so kontrovers geführten Diskussionen fehlte jene Unversöhnlichkeit, wie ich sie von den Debatten in Frankfurt kannte. Einem guten Argument zollte man Respekt und Aufmerksamkeit, egal, ob man selbst eine davon abweichende Auffassung vertrat. Dazu passt, dass Nikolaus Pevsner und der damalige Direktor des Courtauld Institute, Anthony Blunt, aber auch Michelangelo Muraro aus Venedig und James Ackerman von der Harvard University das Erscheinen der „Villa“ ausdrücklich begrüßten. Wohingegen die Repräsentanten der deutschen Kunstgeschichte auf unsere Veröffentlichung mit eisigem Schweigen reagierten. Es waren für mich in jeder Hinsicht Lehrstunden im kollegialen Umgang miteinander. Und ich begriff sehr früh die Bedeutung eines grundsätzlich plural begriffenen Wissenschaftsdiskurses.

### ***Was war, was bleibt?***

Die Phase des Protestes, des Aufbruchs und der Neuerungen habe ich während meines Studiums, das ich 1974 in Frankfurt mit einer Arbeit über die „Verdrängung des Ornaments“ abschloss, als außergewöhnlich anspruchsvoll und produktiv in Erinnerung. Anspruchsvoll waren diese Jahre allein schon deshalb, weil man neben allen politischen Aktivitäten und Tagesereignissen ein Doppelstudium absolvierte. Ob man wollte oder nicht: Man musste sich auf den tradierten Fundus an Gegenständen und Methoden einlassen. So aber lernte man die Regeln kennen, bevor man sie brach, um etwas Neues daraus hervorgehen zu lassen. Das mag mit ein

7 R. Bentmann/M. Müller, Die Villa als Herrschaftsarchitektur, Frankfurt a. M. 1970, S. 13.

Grund dafür gewesen sein, weshalb wir damals unsere Vorstellung einer kritischen Kunstwissenschaft nicht an einem vordergründig politischen Material, sondern an einem unverdächtig klassischen Gegenstand kunsthistorischer Forschung erprobten: der Villenarchitektur Andrea Palladios. Umso ermutigender war es, dass diese Studie weit über die Kunstgeschichte hinaus von unterschiedlichen Disziplinen nicht nur als ein Beispiel kritischer Architekturanalyse, sondern auch als Ausweis gesellschaftlich relevanter kunsthistorischer Forschung sehr positiv wahrgenommen wurde. Es hatte sich gezeigt, dass der kritische Bezug der Kunstgeschichte zur Gegenwart nicht auf die flüchtige und technisch avancierte Modernität der von ihr bearbeiteten Gegenstände angewiesen ist. Dieser Umstand hat mir später vor allem auch in der Lehre geholfen, die handwerklichen Fähigkeiten und die Gegenstandskennntnisse der Fachwissenschaft nicht zugunsten der Interdisziplinarität oder der Implantierung der Neuen Medien einzuschränken.

Verschiedentlich bin ich gefragt worden, woher ich damals gegen nicht geringe Widerstände die Chuzpe<sup>8</sup> genommen habe, derart unbekümmert die Reform des Faches voranzutreiben. Ich denke, es hatte damit zu tun, dass wir die Grenze zwischen Politik und Gesellschaft und der Universität auflösten. Damit eigneten wir uns den universitären Raum, den wir zunächst als autoritär und fremdbestimmt erlebt hatten, nicht nur durch Institutsbesetzungen und Sit-ins an, sondern, was viel wichtiger war: auch im Kopf. Universität war jetzt ein gesellschaftlich aktueller Lebens- und Denkraum des nicht mehr Vor-, sondern des Noch-Nicht-Gedachten. Das beförderte enorm unsere Selbständigkeit in Studiengängen, deren Studienordnungen noch mit vier Seiten auskamen, uns also ohnehin schon sehr viel Freiheit ließen. Die Reglementierungen gingen nicht von den Strukturen aus, sondern von den Methoden und Inhalten; während wir heute wohl allererst die curricularen Ordnungsparameter abschaffen müssten, damit überhaupt wieder ein Streit um Inhalte beginnen kann.

### ***Kunstgeschichte, Universität und Politik***

Politik spielt im akademisch-universitären Diskurs schon länger keine Rolle mehr. Das gilt auch für die Kunstgeschichte, von deren Lust am Streit wir bereits 1978 im Nachwort zur 3. Auflage der „Villa“<sup>9</sup> schrieben, dass sich das Fach inzwischen zur Zweisprachigkeit, ja Sprachlosigkeit polarisiert habe und ein Gedankenaustausch, geschweige denn eine Auseinandersetzung kaum mehr stattfände. Folgt man den

8 Dem Wortsinn nach handelt es sich dabei ja um nichts Geringeres als „zielgerichtete, intelligente Unverschämtheit, charmante Penetranz und unwiderstehliche Dreistigkeit“.

9 R. Bentmann/M. Müller (s. A 7), Nachwort zur Dritten Auflage 1982, S. 210.

Beobachtungen Martin Warnkes, so wurde auch innerhalb des linksliberalen Reformlagers Ulmer Verein das Spektrum an methodischen und theoretischen Positionen nie wirklich debattiert.<sup>10</sup> Geändert hat sich daran bis heute kaum etwas, wohl auch aus Sorge, man könne damit dem Fach schaden. Davon erzählt in gewisser Weise auch der wissenschaftlich imperiale Gestus, mit dem seit Ende der 1990er Jahre eine Umetikettierung der Kunstwissenschaft in eine globale Bildwissenschaft vorgenommen wurde. Durchaus verständlich reagierte man auf die wenig überzeugenden Versuche der Medien- und Kommunikationswissenschaften, angesichts der mittlerweile in alle Poren unserer Gesellschaft eingedrungenen Allgegenwart des Bildes der Kunstgeschichte das Primat der Formanalyse streitig zu machen. War die Kunstgeschichte „1968“ ein Fach, das sowohl nach innen als auch nach außen als introvertiert beschrieben werden konnte, so zeichnet es sich heute, flankiert von numerisch digitalen Verfahren und einer fundamentalen Kulturalisierung unserer Gesellschaft, durch ein dokumentarisch expansives Verhalten aus. Gegenüber dieser sehr stark verwertungsorientierten und weitgehend affirmativen Praxis erinnert das Fach in seiner methodisch introspektiven Orientierung sehr an die Situation vor „1968“. Wieder werden Studierende entlang eines Kanons, der sich einfalllos an Epochen orientiert, auf den Studienabschluss vorbereitet. Konnte man dem Studium damals wenigstens noch zugute halten, dass es seine bildungsbürgerliche Herkunft nicht verleugnete, so schlagen wir uns heute mit den Ergebnissen einer Kapitulation vor dem Kontrollzwang bundesweit im Auftrag der Bologna-Reform operierender Akkreditierungskommissionen herum.

Ein Fach wie die Kunstgeschichte, das ja allein schon mit Blick auf die Entwicklung der Museen im Vergleich zu anderen Geisteswissenschaften das Potential besitzt, den akademischen Diskursgewinn in die Gesellschaft zu tragen, muss sich mit dieser Gesellschaft befassen, um Entscheidungen darüber zu treffen, wie sie sich ihr gegenüber positionieren will. Kunstgeschichte und die von ihr verhandelten Gegenstände sind gerade heute mehr denn je Teil des allgemeinen Vergesellschaftungsprozesses. Dem Zwang zur systemkonformen Optimierung des Individuums sollte sich das Fach programmatisch entgegenstellen.

Deshalb ist eine offen geführte, kritisch diskursive Selbstreflexion, gerade auch mit Blick auf die Interessensverknüpfungen mit den kulturellen, kulturpolitischen und sozialen Feldern der unterschiedlichen Kapitalfraktionen, heute nicht weniger unverzichtbar als es seinerzeit, „1968“, der Fall war.<sup>11</sup> Damals war es in einer werte-

10 M. Warnke (s. A 2), S. 78.

11 Dazu u. a. J. Held, Von der Ideologiekritik zur Akklamation der freien Marktwirtschaft, in: Kritische Berichte Jg. 18, 3/1990, S. 21-26; dies., Gegenfeuer entfachen, in: Kritische Berichte, Jg. 34, 2006, S. 31-33.

konservativen Gesellschaft der Protest gegen die Politik des Kriegs, des Rassismus, der sozialen Unterdrückung und der verdrängten NS-Zeit, der die Universitäten politisierte und mit Auswirkungen auf die Gesellschaft auch zu einer grundlegenden Reform ihrer Fächer führte. Während sich die weltpolitischen Problemlagen seitdem in erschreckendem Maße verschärfen, zeigt sich das akademische Leben davon auffallend unberührt. Ja, es scheint, als sei für einen Diskurs des Politischen in den allzu selbstbezogenen, um Reputation bemühten akademischen Diskursen in Forschung und Lehre, ihren Inhalten und Organisationsformen kein Platz. Nur: Von wem sollte der Impuls ausgehen? Von imagefixierten Universitätsleitungen, die im Ranking ihre Drittmittelanteile wachsen sehen und unbedingt exzellent werden wollen? Oder von Professoren, deren Fähigkeiten beim Verfassen und unternehmerischen Verwalten wissenschaftlicher Großprogramme im Clusterformat auf der Strecke bleiben und nicht selten auch korrumpiert werden? Oder gar von Studierenden, die sehr früh lernen, dass Motivation und Interesse an Inhalten den zeitlich vorgegebenen Ablauf des Studiums nur unnötig verzögern?

Mit „1968“ verbinde ich eine Bewegung, der es in allen gesellschaftlichen Bereichen, und so auch in den Universitäten, wesentlich um die Durchsetzung solidarischen Handelns ging. Universität könnte hier ein Zeichen setzen, indem sie damit beginnt, die wohlfeile Anpassung an die gesellschaftlich sanktionierte Entsolidarisierung zu verweigern und zu Formen der Gemeinsamkeit zurückkehrt. Es wäre auch ein Weg zur Wiederherstellung ihrer Autonomie.

## **Feministischer Aufbruch in Architektur und Städtebau**

Dass die neue Frauenbewegung in Deutschland aus der 68er-Studentenbewegung hervorging, ist allgemein bekannt. Aber wann, wie und warum hielt sie Einzug in Architektur und Städtebau, die doch als neutrale Disziplinen galten, befasst mit sächlichen Funktionen, Dimensionen, Proportionen, Maßen und Materialien, weit entfernt von geschlechtsspezifischen Fragestellungen. Wie kam der Feminismus zur räumlichen Planung?

Ein wesentlicher Grund lag im Siedlungs- und Wohnungsbau der drei Nachkriegsjahrzehnte.<sup>1</sup> Der Wohnungsbau jener Jahre, insbesondere der soziale Wohnungsbau für die breiten Schichten der Bevölkerung, entstand in den 1950er Jahren vorwiegend in zwei- bis viergeschossiger Zeilenbauweise auf „grünen Lungen“ und in Wohnsiedlungen nach dem Leitbild der gegliederten und aufgelockerten Stadt; in den 1960er und 1970er Jahren folgten die peripheren Großsiedlungen mit ihren horizontal und vertikal gestaffelten Wohnkomplexen, die Flächensanierungen in den Innenstädten und in zunehmender Ausdehnung die suburbanen Einfamilienhausgebiete. Alle diese Wohnprojekte unterlagen einem androzentrischen Lebensmuster.

In der Adenauer-Ära mit ihrer restaurativen Politik wurde das Familienleitbild des 19. Jahrhunderts wieder etabliert, um – nach einem kurzen Aufbruch in den 1920er Jahren, in denen das Modell der „Neuen Frau“ geschaffen wurde, und nach nationalsozialistischer Diktatur, Krieg und Zerstörungen – die bürgerliche Ordnung der Gesellschaft zu re-installieren. In diesem Familienleitbild wurde Frauen das Leben in einer „weiblichen Normalbiographie“ zugewiesen, das für sie die Rolle als Gattin, Hausfrau und Mutter vorsah.<sup>2</sup>

1 Vgl. K. Dörhöfer, Ein Dach über dem Kopf? Oder „Was ist das Wohnen?“, in: D. Reuschke (Hrsg.), Wohnen und Gender. Theoretische, politische, soziale und räumliche Aspekte, Wiesbaden 2010, S. 31 ff.

2 U. Prokop, Weiblicher Lebenszusammenhang. Von der Beschränktheit der Strategien und der Unangemessenheit der Wünsche, Frankfurt a. M. 1976.

Was darunter zu verstehen war, hatten Wissenschaftlerinnen in den 1970er Jahren in mehreren Studien analysiert und vorgestellt. Allen voran öffnete ein Vortrag mit dem Titel „Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus“ zur 1. Sommeruniversität für Frauen im Juli 1976 in West-Berlin vielen Zuhörerinnen und späteren Leserinnen des Aufsatzes die Augen für eine bis dahin in der Wissenschaft ignorierte, ihnen aber aus eigener Erfahrung vertraute Geschichte.<sup>3</sup>

Diese Studie belegte, dass Hausarbeit keine Wertschätzung erfuhr, weil sie nicht entlohnt wurde, und doch unverzichtbare Voraussetzung jeder Produktion – nicht nur im Kapitalismus – war, und dass Staat und Privatwirtschaft, Kapitalisten wie Linke im gemeinsamen patriarchalischen Interesse diverse Strategien entwickelten, um Frauen „als Hausarbeiterinnen, als Produzentinnen der Arbeitskraft“ zu verpflichten.<sup>4</sup>

Ein Zitat des US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers John Kenneth Galbraith zeigt das Erstaunen darüber: „Die Umwandlung der Frauen in eine auf unsichtbare Weise dienende Klasse war eine ökonomische Leistung ersten Ranges. Dienstboten für gesellschaftlich unterbewertete Arbeiten standen einst nur einer Minderheit der vorindustriellen Bevölkerung zur Verfügung; die dienstbare Hausfrau steht jedoch heute auf ganz demokratische Weise fast der gesamten männlichen Bevölkerung zur Verfügung.“<sup>5</sup>

Andere Studien jener Jahre untersuchten die konkrete Alltagsrealität von Hausfrauen und Hausarbeit. „Die Wirklichkeit der Hausfrau“ hieß eine Untersuchung, die 1975 erschien. Darin wurde das standardisierte Leben der „weiblichen Normalbiographie“ auf der Basis einer repräsentativen Untersuchung über nicht erwerbstätige Frauen beschrieben: „Die deutsche Hausfrau [...] versorgt zwei Kinder, die beide noch zur Schule gehen. [...] Ihr Tag dauert von 6 Uhr 30 bis 22 Uhr 30. In dieser Zeit räumt sie die vier Zimmer, das Bad und die Küche auf, kocht, kauft ein, kümmert sich um die Hausaufgaben der Kinder. [...] Die zeitlichen Marksteine des Alltags werden durch außerhäusliche Instanzen gesetzt: durch den Arbeitsbeginn des Mannes und durch den Schulbeginn. [...] In der Bundesrepublik, so können wir verallgemeinern, herrschen, was die alltäglichen Zeiteinteilungen anlangt, Einheit und Ordnung. [...] Das Bild ist fast makaber: Abermillionen Menschen, Männer und Frauen und Kinder, erheben sich am Morgen zur gleichen Zeit wie auf ein nationales Signal, Abermillionen legen sich am Abend zur gleichen Zeit ins Bett.

3 G. Bock/B. Duden, Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit, in: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen Juli 1976, Berlin 1977, S. 118 ff.

4 Ebda., S. 173.

5 K. Galbraith, 1973, zit. ebda, S. 177

Abermillionen unterbrechen ihre Tätigkeit am Mittag zur gleichen Zeit, Abermillionen füllen früh am Tag und später am Nachmittag die Straßen zwischen Arbeitsstätte und Wohnung, Abermillionen lassen sich ungefähr zur gleichen Stunde vor den Fernsehapparaten nieder – Abermillionen in den gleichen zeitlichen Rahmen gespannt. Die Hausfrauen fallen aus ihm grundsätzlich nicht heraus.“<sup>6</sup>

Die Vier-Zimmer-Wohnung am Stadtrand, der Fernsehfeierabend im Wohnzimmer und die Erledigung der Hausarbeit in Küche und Kinderzimmer waren Indikatoren für die geschlechtsspezifische Verteilung von Berufs- und Hausarbeit, ihre räumliche Segregation in Stadt und Wohnung und die hierarchisierte Bewertung der Arbeitsbereiche von Männern und Frauen, die sich nicht nur in der Entlohnung, sondern auch in der Verortung und räumlichen Verfügung niederschlug. Diesem Familienmodell entsprachen die Normen des öffentlich geförderten, sozialen Wohnungsbaus, die bald für den gesamten Wohnungsneubau verbindlich wurden.<sup>7</sup> Der Zuschnitt der Wohnungen orientierte sich an der männlichen Lebenswelt und privilegierte sie, obwohl der Mann außerhalb des Hauses tätig und viele Stunden nicht anwesend war. Das Leitbild der bürgerlichen Kleinfamilie, in der der Vater als Ernährer der Familie galt und die Mutter als zuständig für Heim und Kinder, wurde in den Nachkriegsjahrzehnten im wörtlichen Sinne versteinert, zementiert oder in Beton gegossen. Die räumlichen Strukturen spiegelten die gesellschaftlichen Zuordnungen der Geschlechter: die dreifache Verbannung der Frauen in die Wohnsiedlungen am Stadtrand, darin in die abgeschlossene Wohneinheit und darin in die Küche. Anfang der 1970er Jahre entstanden jährlich Hunderttausende so genormter Wohnungen.

Diese Entwicklung bildete den Hintergrund für die feministische Kritik,<sup>8</sup> die sich zuerst in drei Publikationen niederschlug: 1978 in der Dokumentation „Frauen formen ihre Stadt“ des gleichnamigen Vereins in Bonn, 1979 in dem Bauwelt-Heft 31/32 mit dem Titel „Frauen in der Architektur: Frauenarchitektur?“ und 1980 in Band 4 der „Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis“ mit dem Titel „Frauen Räume Architektur Umwelt“, die der Verein „Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.“ herausgab. Die beiden ersten Publikationen legten

6 H. Pross, Die Wirklichkeit der Hausfrau, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 107 und S. 79.

7 Seine schärfste Ausprägung fand dies in der „Nasszelle“, Küche und Bad, die auf immer kleinerer Fläche geplant und ohne natürlichen Licht-, Luft- und Sonneneinfall und ohne Sichtbeziehungen oft innen liegend gebaut wurde. Die Normen sahen für die Arbeitsküche nicht mehr als sechs beziehungsweise acht Quadratmeter vor, und damalige Untersuchungen ergaben, dass die Hausfrauen darin täglich fünf bis sechs Stunden verbrachten, ein Drittel ihres Lebens; H. G. Carina, Von Beruf: Hausfrau. Die Sonderschau „Rationelle Hauswirtschaft“ in Berlin, Bauwelt 7/1953, S. 126 ff.

8 Vgl. K. Dörhöfer/U. Terlinden, Feministische Stadtforschung und Planung. Rückblick und Perspektiven, in: dies., Verortungen. Geschlechterverhältnisse und Raumstrukturen, Basel, Boston, Berlin 1998, S. 9 ff.

**Abb. 1:** Nr. 5 der Zeitschrift „frauen formen ihre stadt“; Katalog einer Ausstellung mit Entwürfen, Fotos, Collagen, Diavorführungen, Filmen und Diskussionen vom 1. bis 23. Februar 1980.



ihren Schwerpunkt auf formal-ästhetische Aspekte der Architektur und des Städtebaus. Die künstlerisch orientierte Gruppe „frauen formen ihre stadt“ setzte den normierten und gerasterten Gebäuden der Großsiedlungen der 1960er/70er-Jahre organische Formengebilde entgegen, die sie als spezifisch weiblich ansah.<sup>9</sup> Auch die Beiträge im Bauwelt-Heft gingen von weiblichen Prinzipien des Entwerfens (nutzungsorientiert, ergonomisch, organisch, veränderbar etc.) aus, die den herrschenden männlichen (entwurfsdominant, monumental, abstrakt, profitorientiert etc.) entgegengesetzt wurden.<sup>10</sup> Die dritte Publikation legte ihren Analysen die historisch gewordene Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zugrunde und kritisierte die gebaute Umwelt als ein Produkt patriarchaler Herrschaft, die nicht biologisch bedingt, somit veränderbar sei. Sie verlangte nicht nach anderen Formen, sondern anderen Funktionen und Nutzungen, anderer Raumaufteilung und -verfügung. Eingebunden in die „women’s lib“-Bewegung der USA und Westeuropas waren alle drei Positionen.

1981 fanden zu den Planungsvorstellungen der IBA ’84/’87, der Internationalen Bauausstellung in West-Berlin, erste öffentliche Präsentationen statt. Die IBA war

<sup>9</sup> *frauen formen ihre stadt*, Heft 1 und 2, Bonn 1978.

<sup>10</sup> M. Kennedy, Zur Wiederentdeckung weiblicher Prinzipien in der Architektur, in: *Bauwelt* 32/33, Berlin 1979, S. 1280.

1979 gegründet worden, um neue, zukunftsorientierte und international wirksame Modelle für das Wohnen in der Innenstadt zu entwickeln und sowohl dem randstädtischen Siedlungsbau als auch der innerstädtischen Flächensanierung Alternativen entgegenzusetzen. Zu den Präsentationen waren viele Experten und Vertreter von Interessenverbänden, aber keine Frauen geladen. So griff eine kleine Gruppe von Architektinnen, Stadtplanerinnen, Soziologinnen und Kunsthistorikerinnen zu der in der Studentenbewegung bewährten Maßnahme eines Go-in, bei dem vor dem überraschten männlichen Fachpublikum sieben kurze, aber deutliche Reden gehalten wurden.<sup>11</sup> Diese Reden enthielten Forderungen zur stärkeren Beteiligung von Frauen sowohl als Professionelle als auch als Expertinnen des Alltags an den Planungen der IBA. Eingebettet in die feministische Diskussion der 1970er Jahre, in der es um die Anerkennung der von Frauen geleisteten Arbeit im Reproduktionsbereich und unter anderem um „Lohn für Hausarbeit“ ging, wurde außerdem die Forderung nach Raum für Hausarbeit erhoben – in der Wohnung, im Wohngebäude, im Wohnumfeld und in der Stadt. Wohnen wurde aufgrund der Analysen der Tätigkeiten und des täglichen Stundenaufwands als Arbeiten und der Privathaushalt als wirtschaftlicher Kleinstbetrieb definiert.

Die Zuspitzung der Definition „Wohnen ist Arbeiten“ war eine gewollte Provokation gegenüber der dominanten Definition „Wohnen ist Freizeit und Erholung“, die aus der Sicht der männlichen Lebenswelt getroffen worden war und sich in der Gestaltung von Wohnungen und Wohnumfeld, in Lage und Ausstattung der Wohnsiedlungen und in deren Bezeichnung als „Schlafstädte“ niederschlug. Die erforderliche Regeneration von Hausarbeit und Kindererziehung, die Frauen benötigten und mangels infrastruktureller Angebote am Ort ihrer Arbeit suchen mussten, sowie die zunehmende und meist zusätzliche Erwerbstätigkeit, die den Regenerationswert der Wohnungen auch für Frauen steigerte, blieben in diesen frühen Analysen und Forderungen deshalb nicht außer Acht. So wurde die Planung sowohl von Räumen für die wohnungsnaher Aus- und Weiterbildung als auch von Arbeitsstätten in erreichbarer Nähe gefordert, zudem eine Infrastruktur, die Frauen Flucht, Freizeit und Erholung ermöglichte. Für die Wohnung war eine der grundlegenden Forderungen mit Bezug auf Virginia Woolf „ein Zimmer für sich allein“.<sup>12</sup>

Selbstironisch nannten die feministischen Akteurinnen das Go-in einen Fauxpas und gründeten 1981 FOPA e.V., die Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen, in der trügerischen Hoffnung, damit als „Träger

11 *Der Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz Berlin*, Stellungnahmen zum IBA-Neubaubiet. Dokumentation des Experten-Verfahrens von Oktober bis Dezember 1981, Band 2, S. 47-50, 71 f., 76 f.

12 V. Woolf, *Ein Zimmer für sich allein*, Frankfurt a. M. 1981.

öffentlicher Belange“ zu solchen Stadtplanungsforen eingeladen zu werden. FOPA e. V., in West-Berlin ins Leben gerufen, erhielt weitere Zusammenschlüsse in anderen Bundesländern und gab die Zeitschrift „Frei-Räume“ heraus, die 2004 ihre elfte und letzte Ausgabe hatte.<sup>13</sup>

Während FOPA e. V. Wert auf seine Autonomie legte (eine in den ersten Jahren der neuen deutschen Frauenbewegung gewichtige Diskussion), gründeten sich andere Arbeitsgruppen von Frauen in verschiedenen bestehenden Institutionen wie der Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplaner, der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der Architektenkammer oder der Union Internationale des Femmes Architectes. Sie alle verfolgten mehr oder weniger die zwei Ziele, die seit Beginn der feministischen Kritik in Architektur und Städtebau formuliert worden waren:

- ▷ die gleichberechtigte Beteiligung von Architektinnen und Planerinnen sowie Expertinnen des Alltags in Planungsprozesse und Entwurfsvorhaben (Gutachten, Wettbewerbe, Preisgerichte etc.),
- ▷ die Berücksichtigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen insbesondere bei der Planung von Wohnungen und Wohngebieten (flexible Raumaufteilungen, variable Nutzungsmöglichkeiten, Enthierarchisierung der Räume, Funktionsdurchmischung der Wohngebiete und kurze Wege).

Schließlich wurde 1990 bei der Berliner Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen ein „Beirat für frauenspezifische Belange“ einberufen. Die Stadtentwicklungsbehörde Hamburg folgte diesem Beispiel und berief 1995 einen Frauenbeirat, Frankfurt am Main stellte eine Planungsexpertin im Frauenreferat ein. Es folgte das „Gender Mainstreaming“ als Top-down-Strategie – vorgegeben von der EU durch den Amsterdamer Vertrag von 1999 – in fast allen Planungsbehörden, um Maßnahmen aus einer geschlechterdifferenten Perspektive zu betrachten und eventuell zu korrigieren.

Zwei direkte Folgen der Konfrontation der IBA GmbH mit den feministischen Forderungen waren der „Frauenblock“ und das Gutachten „Frauenspezifische Belange in Architektur und Stadtplanung“. Der „Frauenblock“ entstand auf einem der letzten IBA-Areale an der Stresemannstraße unter dem Titel „Emanzipatorisches Wohnen“. Daran beteiligt waren die Architektinnen Zaha Hadid, Myra Warhaftig, Christine Jachmann und die Gartenarchitektin Hannelore Kossel. Der Block war 1994 fertiggestellt. Das Gutachten „Frauenspezifische Belange in Architektur

13 Die erste Ausgabe erschien 1983 als „Streitschrift der Feministischen Organisation von Planerinnen und Architektinnen – FOPA e. V.“; hrsg. von K. Dörhöfer und U. Terlinden, Berlin 1983.



**Abb. 2:** Heft 1/1983 der Zeitschrift „Frei.Räume“, hrsg. von FOPA – Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen, u.a. mit den Themen „Utopische Feministinnen“, „Frauenspezifische Probleme im Wohnumfeld“, „Historische Entwicklung von Wohnen“.

und Stadtplanung“<sup>14</sup> mit dem die IBA drei Architektinnen und eine Soziologin beauftragte, stellte nach einer gründlichen Untersuchung eines IBA-Neubauvorhabens in der Südlichen Friedrichstadt allgemeine Forderungen und konzeptionelle Vorschläge für den Wohnungsneubau auf. Diese wurden zu Grundlagen und Entwurfskriterien der Architektinnen-Wettbewerbe, die in den 1990er-Jahren in 16 deutschen Städten sowie in Wien durchgeführt wurden.<sup>15</sup> Die Architektinnen-Wettbewerbe wurden zumeist von den kommunalen Frauenbeauftragten oder lokalen Frauengruppen initiiert und dienten dazu, Architektinnen und Planerinnen zu ermuntern, eigene Büros zu gründen, sowie neue kommunikative Wohnformen zu entwickeln.

Das soziale Miteinander war ein wesentliches Entwurfskriterium auch der vielen Frauenwohnprojekte, die überall in Deutschland entstanden und entstehen.<sup>16</sup>

14 K. Dörhöfer/V. Keckstein/A. Rabenschlag/U. Terlinden, Frauenspezifische Belange in Architektur und Stadtplanung am Beispiel Südliche Friedrichstadt – Berlin. Gutachten im Auftrag der Bauausstellung Berlin GmbH, Berlin 1984.

15 A. Schröder/B. Zibell, Auf den zweiten Blick. Städtebauliche Frauenprojekte im Vergleich, Frankfurt a.M. 2004.

16 R. Becker hat eine Zusammenstellung vorgenommen, die unter [www.frauenwohnprojekte.de](http://www.frauenwohnprojekte.de) einsehbar ist.

Sie sind nicht zuletzt eine Reaktion auf den demografischen Wandel und damit einhergehend den Wandel der Haushaltsformen. 41 Prozent der Deutschen wohnen unterdessen allein, das Familienwohnen als Norm hat sich aufgelöst, damit entfällt auch weitgehend die Forderung nach dem „Zimmer für sich allein“. Neben dem demografischen Wandel, der Diversifizierung der Haushalts- und Lebensformen sowie der zunehmenden Berufstätigkeit von Frauen löste auch die Eingliederung der frauenspezifischen Forderungen in die Sektoralbereiche der räumlichen Planung die komplexe feministische Sichtweise der 1970er-Jahre auf. Die ehemals unerhörten Forderungen wurden instrumentalisiert in Kriterienkatalogen. Das handlungsorientierte Gender Mainstreaming trennte sich von den Gender Studies, die sich als Wissenschaft nicht mehr wie die frühe Frauenforschung zugleich feministischer Politik verpflichtet sahen.

Die hohe Welle der Frauenbewegung in Architektur, Städtebau und Stadtplanung flachte ab. Dass sie Erfolge erzielt hat (zum Beispiel in der Wohnarchitektur, die offener und wahlfreier geworden ist, oder in der stärkeren Beteiligung von Architektinnen und Planerinnen), steht außer Frage. Doch es gibt neue Herausforderungen, zu denen neben dem Wohnen für Singles das der zugezogenen Migranten und Migrantinnen mit anderen wohnkulturellen Traditionen und Vorstellungen gehört, oder die immer mehr Raum greifenden Monolithen der Shopping Malls, die das emanzipationsfördernde urbane Leben aus dem öffentlichen Raum verdrängen und im Innenraum die Konsumentinnen manipulieren. Die gleichberechtigte Verfügung über den Raum und dessen gleichberechtigte Gestaltung durch Frauen sind noch längst nicht erreicht. Und so ist mit einer nächsten hohen Welle zu rechnen.

## „Weiter Wohnen wie gewohnt?“<sup>1</sup>

Wohnen, das war für uns 68er zunächst einmal die Erfahrung eines ganz neuen Wohnens in den nach 1966/67 überall in westdeutschen Universitätsstädten aus dem Boden sprießenden studentischen Wohngemeinschaften (WGs). Es war ein Wohnen jenseits der bisher gekannten möblierten Zimmer zur Untermiete bei den Kriegerwitwen oder auch der spießigen Häuslichkeit der Elternwohnzimmer, in denen in den 1960er Jahren jene Büffets und „kolossalen Schrankwände“ dominierten, die der Architekturkritiker Manfred Sack 1980 in seinem Bildband „Das deutsche Wohnzimmer“ so treffend als „aufgetürmte Barrikaden gegen Gemütlichkeit und Individualität“ bezeichnete.<sup>2</sup> Große, mietpreisgünstige Altbauwohnungen gab es in den meisten Großstädten noch zuhauf – die Suburbanisierungsphase der bundesdeutschen Nachkriegsstadtentwicklung befand sich auf ihrem Höhepunkt: Wer immer es sich leisten konnte, zog in die suburbanen Bungalows, in den „Wirtschaftswunderjahren“ die wichtigsten Symbole für Lebenserfolg und sozialen Aufstieg. Die vielfach etwas heruntergekommenen Gründerzeitwohnungen hingegen mit ihren flexiblen Grundrissen und hohen Decken, in die sich so bequem Hochbetten einbauen ließen, eigneten sich in idealer Weise für den Aufbruch in neue, selbstbestimmte Lebensformen und „Wahlverwandtschaften“.

Der viel gelesene Buchautor Peter Schneider, damals im Kreis der Berliner Studentenführer, hat es in seiner Autobiographie so „etwas wie ein nonverbales weltweit kommuniziertes Signal zum Aufbruch“ genannt, das in der Mitte der 1960er Jahre die jungen Leute über alle unterschiedlichen Gesellschaftsstrukturen und Problemlagen hinweg ergriff.<sup>3</sup> Mit dem Einzug in die WGs konnte sofort gehandelt und ein Stück „konkreter Utopie“ (Ernst Bloch), gleichsam eine „Revolutionierung des Alltagslebens“<sup>4</sup> eingeleitet werden. So entstand ein höchst variantenreiches Experimentierfeld unterschiedlichster Formen des Zusammenlebens, -wohnens und

1 Titel einer Ausstellung des Deutschen Werkbunds und des Begleitkatalogs, Hamburg 1979.

2 H. Koelbl/M. Sack, Das deutsche Wohnzimmer, München 1980, S. 9.

3 P. Schneider, Rebellion und Wahn. Mein 68, Köln 2008, S. 106.

4 A. Holmig, Zäune anrempeln, die den Alltag begrenzen! Von Kommunen und Wohngemeinschaften, in: A. Schwab/B. Schappach/M. Gogos (Hrsg.), Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung, Ausstellung Historisches Museum Frankfurt am Main 2008, S. 52-59, hier S. 55.



**Abb. 1:** Wohngemeinschaft Mommsenstraße Berlin, 1970; Foto: T. Harlander.

-arbeitens, in dem die Ansprüche auf eine Neugestaltung der Geschlechterbeziehungen und einen repressionsfreien Umgang miteinander hoch waren, von der Realität allerdings oft nur allzu rasch eingeholt wurden.<sup>5</sup> Die West-Berliner Kommune I (K I) und ihr Scheitern 1969 waren in den Medien lustvoll aufgegriffenes Dauerthema, in der Alltagspraxis der WGs spielte sie als Bezugspunkt freilich kaum eine Rolle, auch wenn sich ihre anfänglichen Provokationen und Tabubrüche (etwa das geplante „Puddingattentat“ auf den US-Vizepräsident Humphrey oder die berühmte Rückenansicht der nackten Kommune I) ikonografisch in die Geschichte der antiautoritären Bewegung eingeschrieben haben.

Kommune I und Kommune 2 verschwanden rasch wieder, aber die im Zuge der zunehmenden Politisierung und des Entstehens der so genannten „neuen sozialen Bewegungen“ (Frauenbewegung, Ökologiebewegung etc.) ideologisch ganz unterschiedlich aufgeladenen „Wohngemeinschaften“ blieben ein Erfolgsmodell und expandierten unter Einbezug breiterer Bevölkerungskreise – weiter. Seit den

5 Vgl. M. Andritzky, Balance zwischen Heim und Welt. Wohnweisen und Lebensstile von 1945 bis heute, in: I. Flaggge (Hrsg.), Geschichte des Wohnens, Bd. 5, 1945 bis heute. Aufbau, Neubau, Umbau, Stuttgart 1999, S. 615-686.

1980er Jahren trat dann deren kommerzialisierte, „marktgängige“ Variante hinzu – hippes (und teures) Loftwohnen auf der Fabriketage für eine betuchte, „kreative“ Großstadtklientel.

Standen anfänglich andere Themen im Vordergrund des Interesses und Engagements der 68er (Vietnamkrieg, Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, die NS-Vergangenheit der Vätergeneration, Notstandsgesetze, Springerpresse u.a.), so gewann ab 1969/70 die Auseinandersetzung mit den sozialen, wohnungspolitischen und städtebaulichen Konsequenzen des während der 1960er Jahre allgegenwärtigen, späterhin vielfach als „Zweite Zerstörung Deutschlands“<sup>6</sup> bezeichneten Modernisierungs- bzw. Tertiärisierungsschubs in den Ballungsräumen immer mehr an Bedeutung. Der hierfür vorangebrachte „Stadtumbau“ schlug breite Verkehrsschneisen durch die noch vorhandenen historischen Stadtstrukturen, und flächenhafte Abrissanierungen (euphemistisch „Funktionsschwächenanierungen“ genannt) schufen Platz für den rasant gewachsenen Flächenbedarf von Kommerz, Banken und Versicherungen.<sup>7</sup> Kaum eine WG, in der nicht der aufrüttelnde Bilderzyklus von Jörg Müller hing, der die damit einhergehende Stadtveränderung so eindrucksvoll dokumentierte: „Hier fällt ein Haus, dort steht ein Kran und ewig droht der Baggerzahn oder Die Veränderung der Stadt“.<sup>8</sup>

Gegen diese Sanierungspolitik und die Vertreibung der Mieter aus ihren „Kiezen“ und ihre „Umsetzung“ in die rasch hochgezogenen neuen Großwohnsiedlungen am Stadtrand formierte sich in vielen Städten immer deutlicher ein Widerstand von Mietern, Sozialarbeitern, Stadtteilgruppen, kirchlichen Arbeitsgruppen etc., die diese Art von „Sanierungs“-Politik nicht mehr hinzunehmen bereit waren.<sup>9</sup> Vor allem für kapitalismuskritische Proteste aus dem Umfeld der Studentenbewegung – wie etwa in einer Ausstellung 1968 in Berlin – schien die Frage nach den Ursachen dieser Entwicklung beantwortet: Spekulanten, Bauwirtschaft und lokaler Staat beherrschten in einer Art Kartell die Stadt. Ihr Interesse bestimmte den Städtebau, die Interessen der Bewohner blieben dabei auf der Strecke.<sup>10</sup>

Es blieb nicht bei verbalen Protesten. Frankfurt war die erste bundesdeutsche Stadt, in der es angesichts skandalöser Entmietungs-, Abriss- und Umwandlungs-

6 Redaktionskollektiv „Autonomie“, Die Zweite Zerstörung Deutschlands. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft Nr. 3, Tübingen 1980.

7 Vgl. hierzu T. Harlander, Die „Modernität“ der Boomjahre. Flächensanierung und Großsiedlungsbau, in: *Arch+*, H. 203 (2011), S. 14-24.

8 J. Müller, Die Veränderung der Stadt, Aarau 1976.

9 Vgl. die von einer „Basisgruppe Sanierungsgebiet Kreuzberg“ 1970 in 1. Auflage herausgegebene Textsammlung „Sanierung für wen?“, Berlin 1970.

10 So lautete die Losung einer Protestausstellung „Diagnose zum Bauen in West-Berlin“ im Jahr 1968: „Architekten / Spekulanten / Baugesellschaften / Senat – Hand in Hand gegen die Bürger der Stadt“.



**Abb. 2:** Aus dem Bilderzyklus „Die Veränderung der Stadt“ (Blatt 5) von Jörg Müller (s. A 8).

praktiken der Spekulanten auch zu militanten Hausbesetzungen kam. Nirgends schien gegen Ende der 1960er Jahre der spekulative Umgang mit städtischem Boden ungehemmter zu eskalieren als im ehemals großbürgerlichen Frankfurter Westend mit seinen attraktiven Villenbauten, das aufgrund seiner günstigen Lage als City-Erweiterungsgebiet für Banken und Bürogebäude dienen sollte.<sup>11</sup>

Der durch ein breites Bündnis der Spontiszene (zu der auch einige der späteren führenden Grünen-Politiker wie Daniel Cohn-Bendit oder Joschka Fischer rechnet), von Betroffenen, Studenten, Obdachlosen und Familien der damals so titulierten „Gastarbeiter“ getragene Frankfurter „Häuserkampf“ schlug hohe Wellen,

<sup>11</sup> Vgl. H.-R. Müller-Raemisch, Frankfurt am Main. Stadtentwicklung und Planungsgeschichte seit 1945, Frankfurt/New York 2001.

fand aber immer wieder auch in den Medien, bei Intellektuellen, in bürgerlichen Kreisen und bis hinein in die regierende SPD breite Unterstützung. Die erste Hausbesetzung fand 1970 in der Eppsteinerstraße 47<sup>12</sup> statt, zahlreiche weitere folgten – anlässlich der früher oder später folgenden Zwangsräumungen oft von heftigen Straßenschlachten begleitet.<sup>13</sup>

Die unmittelbaren Ergebnisse des „Frankfurter Häuserkampfes“ blieben ambivalent: Es gelang zwar, einen Teil der klassizistischen und gründerzeitlichen Bebauung vor dem Abriss zu bewahren, aber die Vertreibung der einkommensschwächeren Mieter setzte sich gleichwohl fort. Doch die langfristige Bedeutung der Welle dieses Aufbegehrens reichte weit darüber hinaus. Der Widerstand war nicht allein in Frankfurt, sondern – zusammen mit vielen weiteren ähnlichen Widerstandsaktionen, Proklamationen und Streitschriften in anderen Städten – bundesweit ein wichtiger Schrittmacher auf dem Weg zu „behutsameren“ Sanierungsformen<sup>14</sup> und auch zu einer bürger näheren, partizipativeren Planungskultur in den Städten. Nach harten politischen und juristischen Auseinandersetzungen konnte es sich die Frankfurter „Aktionsgemeinschaft Westend“ als eine der ersten erfolgreichen Bürgerinitiativen anrechnen lassen, im Westend letztendlich eine wirkliche Wende zugunsten einer Stärkung der Wohnfunktion und einer Beschränkung der Ausnutzung von Grundstücken auch in Kerngebieten eingeleitet und erzwungen zu haben. Damit wurde sie zugleich zu einem Modell für weitere Bürgerinitiativen und hatte darüber hinaus auch Anteil an einer Novellierung des Bundesbaugesetzes, das die vorgezogene Bürgerbeteiligung zu einer bindenden Auflage machte.



**Abb. 3:** Demonstration „Gegen Westendzerstörung“ in Frankfurt a.M. 1970; Foto: Sammlung T. Harlander.

12 Vgl. die Chronik eines der Beteiligten, der sich auch an das schwierige Miteinander des „bunten Gemischs“ von Hippies, Studenten und sonstigen Besetzern und den beteiligten italienischen und türkischen „Gastarbeiter“-Familien erinnert, in dem die weitergehenden Ansätze der politischen Aktivistinnen zur Bildung von „gesellschaftsumwälzenden Hauskollektiven“ rasch auf der Strecke blieben: T. Schulz, Zum Beispiel Eppsteinerstraße 47. Wohnungskampf, Hausbesetzung, Wohnkollektiv, in: *Kursbuch* 27/1972, S. 85-97.

13 Vgl. die Dokumentation des *Frankfurter Häuserrats und des AstA der Universität Frankfurt*, Kettenhofweg 51. Wohnungskämpfe in Frankfurt, Frankfurt 1973.

14 Vgl. hierzu den Beitrag von Harald Bodenschatz in diesem Heft.

Begleitet wurden diese Auseinandersetzungen von einer anschwellenden Zahl an Publikationen, Dokumentationen und Analysen aus dem Lager der „68er“, die das Geschehen vor allem mit Hilfe des inzwischen angeeigneten politökonomischen Theorie- und Begriffsvokabulars zu analysieren und zu verstehen suchten.<sup>15</sup> Bereits in den 1960er Jahren hatten sich Theoretiker wie Jane Jacobs, Hans Paul Bahrdt oder Alexander Mitscherlich<sup>16</sup> kritisch mit den Ergebnissen des Nachkriegsstädtebaus und den funktionalistischen Leitbildern der Moderne auseinandergesetzt. Aber nun machte sich eine jüngere Generation von Architekten, Soziologen und Stadtkritikern an die Arbeit, eine Schicht tiefer zu graben und zugleich die eigene Berufspraxis politisch zu definieren. In theoretischer Hinsicht führten jedoch, dies wurde erst nach und nach offenbar, die dogmatisch vorgetragenen kapitalismuskritischen Analysen der marxistischen Theoretiker in Sackgassen.

Beispielhaft hierfür mag ein relativ breit rezipierter Beitrag von Bernd Jansen zur Wohnungspolitik in dem 1972 erschienenen Kursbuch „Planen Bauen Wohnen“ stehen. Der Beitrag zeichnete zunächst die Reliberalisierungstendenzen der bundesdeutschen Nachkriegswohnungspolitik nach und beschäftigte sich dann – mit vorhersehbarem Ergebnis – mit der Wohnungspolitik in der Ära Brandt (Reaktivierung des sozialen Wohnungsbaus, Ausbau des Mieterschutzes, Städtebauförderungsgesetz u.a.): „Es muß nicht mehr ausdrücklich betont werden, daß die neue Wohnungspolitik sich nur in der Form von der alten unterscheidet; Inhalt und Zielrichtung sind identisch. Nach wie vor geht es um die kapitalistische Organisation des Wohnungsmarktes, um den Schutz des Privateigentums und um die Stabilisierung des kapitalistischen Systems [...] Einer wachsenden Zahl von leerstehenden Zweitwohnungen werden auch in Zukunft Millionen Obdachlose und Bewohner von Notquartieren gegenüberstehen.“<sup>17</sup> Die in der 1967 neu gegründeten Architekturzeitschrift ARCH+ wiedergegebenen Analysen zur Wohnungspolitik aus dem Umfeld des Stuttgarter Universitätsinstituts „Bauökonomie“<sup>18</sup> wurden – auch im Kontext der redaktionellen „Tendenzwende“ Mitte der 1970er Jahre<sup>19</sup> – nach und

15 Vgl. exemplarisch *H. G. Helms/J. Janssen*, Kapitalistischer Städtebau, Neuwied/Berlin 1970.

16 *A. Mitscherlich*, Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Frankfurt, 1967.

17 *B. Jansen*, Wohnungspolitik. Leitfaden durch ein kalkuliertes Chaos, in: Kursbuch 27/1972, S. 12-31, hier S. 30.

18 Vgl. *W. Ehrlinger/F. Gschwind*, Modernisierung und Stadtentwicklung – Analysen am Beispiel Stuttgarts und seiner Innenstadt, in: ARCH+ 26/1975, S. 1-27 oder *R. Becker*, Das Bauherrenmodell – oder: den Seinen gibt's der Herr im Schlaf, in ARCH+ 54/1980, S. 19-23.

19 Vgl. hierzu den Rückblick von *N. Kuhnert*, „50 Jahre ARCH+. Projekt und Utopie. Nikolaus Kuhnert im Gespräch mit Stephan Becker, Kristina Herresthal und Anh-Linh Ngo, in: Arch+ 229/2017, S. 7-19, hier S. 10; ARCH+ wollte, so Kuhnert, ab Mitte der 1970er Jahre nicht mehr eine „linke Zeitschrift für linke Intellektuelle“ sein und begann sich mehr und mehr einer breiteren Leserschaft zu öffnen.

nach zwar differenzierter und realitätsnäher, aber ihr Grundproblem bestand fort: Sie blieben abgekoppelt von den praktischen wohnungspolitischen Auseinandersetzungen auf den verschiedenen staatlichen Ebenen und konnten auf die weitere Entwicklung so gut wie keinen Einfluss nehmen. So blieb, wie im Fall der in den 1980er Jahren durchgesetzten fatalen Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit, letztendlich nur der empörte Aufschrei.<sup>20</sup>

Dies galt in ähnlicher Weise auch für die Kritik am exorbitanten Wachstum der Bodenpreise, das sich, obwohl im Grundsatz von jedermann geißelt, auch in den 1970er Jahren nahezu ungebremst fortsetzen konnte. Die 68er lieferten zwar elaboreierte Beiträge zu den Begriffen der Grund- und Differentialrente, konnten aber in die Debatten um eine Bodenrechtsreform und die Möglichkeiten einer (teilweisen) Abschöpfung der Bodenwertzuwächse und Planungswertgewinne nicht eingreifen.<sup>21</sup> Dies blieb den Jusos und linken Sozialdemokraten auf dem „reformistischen“ Flügel der 68er überlassen, die aber letzten Endes ebenfalls zähneknirschend das Scheitern ihres Kampfes für ein sozialeres Bodenrecht eingestehen mussten.<sup>22</sup>

Anders verhielt sich das allerdings auf dem – hier nur kurz zu streifenden – Feld der seit Mitte der 1970er Jahre vor allem auf Initiative von „68er-Architekten“ entstandenen selbstorganisierten Neubau-Wohnungsprojekte. Das Terrassenhaus „Schnitz“ von Peter Faller und Hermann Schröder in Stuttgart-Neugereut (1973/74)<sup>23</sup> etwa oder die Häusergruppe von Doris und Ralph Thut in München Alt-Perlach (1978) waren erste erfolgreiche Pionierprojekte mit dem Anspruch „Selber & gemeinsam pla-



**Abb. 4:** Terrassenhaus „Schnitz“ 1973/74 in Stuttgart-Neugereut; Foto: T. Harlander.

20 Vgl. T. Harlander, Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit – Ende des sozialen Wohnungsbaus?, in: W. Prigge/W. Kaib (Hrsg.), Sozialer Wohnungsbau im internationalen Vergleich, Frankfurt a.M. 1988.

21 Vgl. R. Neef, Die Bedeutung des Grundbesitzes in den Städten, in *Kursbuch* 27/1972, S. 32-66.

22 Vgl. hierzu den Münchner Alt-OB Chr. Ude, Die Alternative oder: Macht endlich Politik!, München 2017, S. 219 ff.

23 P. Faller, Der Wohngrundriss, Stuttgart/München 2002, S. 158 f.

nen, bauen, wohnen“.<sup>24</sup> Auch die Vielzahl der seit den 1980er Jahren folgenden, zu- meist ökologisch innovativen „Gruppenwohnprojekte“ leisteten einen zunächst quantitativ noch weniger, aber in wohnkultureller Hinsicht umso bedeutsameren Beitrag. Gemeinsam war ihnen über die Kosteneinsparungsbemühungen und ökologischen Ansprüche hinaus der Versuch, wie in dem 1989 verabschiedeten „Hamburger Manifest“ des „Wohnbundes“ formuliert wurde, „die Isolation des Einzelhaushaltes zu überwinden, eine höhere Identifikation mit der sozialen und bebauten Umwelt herzustellen, mehr Verantwortung und Kontrolle über die eigenen Wohn- und Lebensbedingungen zu schaffen, informelle Nachbarschaftsnetze, Arbeits-, Kooperations- und Kommunikationsmöglichkeiten zu eröffnen.“<sup>25</sup> Heute sind die in dieser Tradition stehenden „neuen Bauträgertypen“ der Baugemeinschaften/Baugruppen und neuen Wohngenossenschaften in einer immer weiter wachsenden Zahl von Städten längst als wichtige Partner und Innovationsträger einer sozialen und nachhaltigen Stadtentwicklung geschätzt und anerkannt.<sup>26</sup>

So wirkungsarm die theoretischen Auseinandersetzungen der 68er mit der staatlichen Wohnungs- und Bodenpolitik de facto waren, so wichtig waren ihre Forschungen auf zwei anderen Feldern: der Wiederentdeckung vergessener historischer Reformstrategien im Wohnungsbau und der Beschäftigung mit Wohnungspolitiken im Ausland – manchmal auch in Kombination dieser beiden Felder. So war Wien als historische Bühne der Wiener Siedlerbewegung<sup>27</sup> und vor allem der erfolgreichen sozialen Wohnungspolitik des „Roten Wien“ von Interesse. Den Titel „Vergessene Reformstrategien zur Wohnungsfrage“ trug ein 1979 publiziertes ARCH+ Heft (45), in dem Günter Uhlig und der viel zu früh verstorbene Klaus Novy erste Beiträge zu den Entwicklungen der 1920er Jahre und zum Wiener Gemeindewohnungsbau einbrachten.<sup>28</sup> Weiter zurück ins 19. Jahrhundert gingen Gerhard Fehl und Juan Rodriguez-Lores mit ihren Arbeiten zur Planungsgeschichte und den frühen Ansätzen zur „Lösung der Wohnungsfrage“.<sup>29</sup> Die ab Ende der

24 Titel der Projektübersicht durch *M. Hartmann/W. Koblin/R. Nábauer*, München 1978.

25 *Wohnbund e.V.*, Hamburger Manifest, in: *J. Brech* (Hrsg.), *Gemeinsam leben. Gruppenwohnprojekte in der Bundesrepublik Deutschland*, Darmstadt 1990, S. 243-249, hier S. 246.

26 Vgl. *G. Kuhn/T. Harlander*, *Baugemeinschaften im Südwesten Deutschlands*, Stuttgart 2010; *Wüstenrot Stiftung* (Hrsg.)/*S. Dürr/G. Kuhn*, *Wohnvielfalt. Gemeinschaftlich wohnen – im Quartier vernetzt und sozial orientiert*, Ludwigsburg 2017.

27 Vgl. *K. Novy/W. Förster*, *Einfach Bauen. Genossenschaftliche Selbsthilfe nach der Jahrhundertwende. Zur Rekonstruktion der Wiener Siedlerbewegung*, Wien 1991.

28 *K. Novy*, *Der Wiener Gemeindewohnungsbau. „Sozialisierung von unten“*, in: *ARCH+ 45/1979*, S. 9-25; *G. Uhlig*, *Sozialisierung und Rationalisierung im „Neuen Bauen“*, in: *ARCH+ 45/1979*, S. 5-8; vgl. zur Wohnungspolitik der 1920er Jahre auch: *G. Kuhn*, *Wohnkultur und kommunale Wohnungspolitik in Frankfurt am Main 1880 bis 1930*, Bonn 1998.

29 Vgl. exemplarisch *J. Rodriguez-Lores/G. Fehl* (Hrsg.), *Die Kleinwohnungsfrage. Zu den Ursprüngen des sozialen Wohnungsbaus in Europa*, Hamburg 1988.



**Abb. 5:** Bologna, Via S. Caterina 1976; Foto: T. Harlander.

1970er Jahre einsetzende (nachholende) Historisierung des Wohnungs- und Städtebaus durch zumeist aus der Generation der 68er stammende Wissenschaftler führte nach und nach zu einer enormen Zahl hier nicht im Einzelnen zu benennender, räumlich<sup>30</sup> oder auf bestimmte historische Phasen wie die NS-Zeit<sup>31</sup> konzentrierter Studien, die entscheidend zu überfälligen Horizonterweiterungen beitragen.

Horizontenerweiterungen brachte auch die Beschäftigung mit aktuellen Entwicklungen im Ausland, etwa mit den Hausbesetzerbewegungen in Amsterdam („Kraaker“) und London.<sup>32</sup> Einige Städte wie Krakau, Wien, Rotterdam oder Bologna

30 Vgl. zu Berlin H. Bodenschatz, *Platz frei für das neue Berlin!*, Berlin 1987.

31 Vgl. etwa H.J. Reichhardt/W. Schäche, *Von Berlin nach Germania: über die Zerstörungen der Reichshauptstadt durch Albert Speers Neugestaltungsplanungen* (Ausstellungskatalog), Berlin 1984; W. Durth, *Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970*, Braunschweig/Wiesbaden 1986; T. Harlander, *Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine. Wohnungsbau und Wohnungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus*, Basel/Berlin/Boston 1995.

32 Vgl. zur theoretisch-politischen Einschätzung derartiger Bewegungen im internationalen Kontext M. Castells, *Der Kampf in den Städten. Gesellschaftliche Widersprüche und politische Macht*, Berlin 1975.

hatten demgegenüber in der Vorbereitung des mit dem Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 eingeleiteten städtebaulichen Leitbildwandels,<sup>33</sup> der Hinwendung zu den Altbaubeständen und der Neubewertung des baulichen historischen Erbes mit ihren europaweit beachteten Sanierungspolitiken wichtige Schrittmacherrollen gespielt.

Harald Bodenschatz und ich waren in den Jahren 1975/76 in Bologna und haben dort mit unterschiedlichen Schwerpunkten die Merkmale der damaligen Planungspolitiken herauszuarbeiten versucht.<sup>34</sup> Uns faszinierte die Verbindung einer sorgfältig geplanten baulichen Sanierung der Häuser auf der Basis detaillierter historisch-morphologischer Analysen mit dem dezidiert sozialpolitischen Ziel des Erhalts der Bewohnerschaft im historischen Zentrum („la casa come bene sociale“) sowie einer ganzheitlichen Entwicklungsplanung für die Gesamtstadt und das umgebende Territorium, begleitet von einer umfassenden Beteiligung der Bürgerschaft.<sup>35</sup> Damals haben wir allerdings noch nicht geahnt, dass das viel gerühmte „Modell Bologna“ mit den in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre einsetzenden schweren wirtschaftlichen und politischen Krisen<sup>36</sup> schon eher am Ende als am Start in Richtung einer durchgängig sozialen Wohnungspolitik und „Stadt der öffentlichen Dienstleistungen“ angelangt war.

33 Vgl. H. Becker/J. Jessen/R. Sander (Hrsg.), *Ohne Leitbild? Städtebau in Deutschland und Europa*, Stuttgart/Zürich 1998.

34 H. Bodenschatz, *Städtische Bodenreform in Italien. Die Auseinandersetzung um das Bodenrecht und die Bologneser Kommunalplanung*, Frankfurt a. M./New York 1979; T. Harlander, *Regionale Entwicklungspolitik in der Emilia-Romagna*, Frankfurt a. M./New York 1979.

35 H. Bodenschatz/T. Harlander, *Ansätze einer alternativen Urbanistik in Italien*, in: *Leviathan* 4, 1978.

36 Vgl. hierzu *dies.*, *40 Jahre Stadterneuerung Bologna*, in: *Forum Stadt* 4 (2015), S. 357-376.

## Gegen den Kahlschlag – Kampf um Stadterneuerung

In den deutschen Städten schien 1968 die Welt noch weitgehend in Ordnung: Der Sozialstaat kümmerte sich um seine Schäfchen, er sorgte für den Abriss überalterter Bausubstanz, er baute neue, moderne Wohnungen in Großsiedlungen, und er schuf dem fahrenden wie parkenden Automobil den angemessenen Raum. Für all diese Schritte in eine bessere Zukunft gab es reichlich öffentliche Gelder, und es standen leistungsfähige gemeinnützige Baugesellschaften zur Verfügung, die diese Gelder sinnvoll einsetzten. Den Abschied von der „unsozialen“ Stadt der Vergangenheit legitimierte ein verbreitetes städtebauliches Leitbild der funktionalistischen Moderne, das West-Ost-übergreifend von der Fachwelt nicht nur geduldet, sondern mit aller Kraft verfeinert wurde. Um das Programm einer besseren Stadt von morgen auf den Trümmern der alten Stadt von gestern hatten sich Projekte, Akteure, öffentliche Ressourcen und fachliche Gewissheiten gruppiert, deren relativ

stabile und lang dauernde Verkettung ich später etwas sperrig „*Interessenblock im Bauwesen*“ bezeichnen sollte.<sup>1</sup> Damals konnte freilich niemand ahnen, dass das Jahr 1968 die fundamentale gesellschaftliche Krise dieses Blocks einleiten würde.



**Abb. 1:** Titelbild „Deutscher Städtebau 1968“: Gropiusstadt als Verheißung der besseren Stadt von morgen.

1 H. Bodenschatz, Platz frei für das neue Berlin. Geschichte der Stadterneuerung in der ‚größten Mietskasernenstadt der Welt‘ seit 1871, Berlin 1987, S. 11.



**Abb. 2:** Abschied von der ungeliebten alten Stadt: Modell der Innenstadtsanierung von Bad Godesberg; aus: *Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung* (s. A 2), S. 156.

Wenn wir das stolz präsentierte Leistungsbuch unserer Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung mit dem schönen Titel „Deutscher Städtebau 1968“ betrachten (gemeint war, wie immer damals, der westdeutsche Städtebau), so findet sich schon auf dem Titelbild die Verheißung der neuen, besseren Stadt, die sich stolz und unmissverständlich hinter dem chaotischen Vordergrund erhebt. Auch die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, war prominent vertreten. Gezeigt wurde ein Modell der 1962 eingeleiteten „Innenstadtsanierung“ des im Krieg kaum zerstörten Bad Godesberg, das immerhin Kirche und Burg verschonte. „Unter Erhaltung der für die Stadt Bad Godesberg typischen Gebäude des vergangenen Jahrhunderts“, so hieß es dort, wird eine „geordnete städtebauliche Entwicklung auch in der Zukunft gesichert.“<sup>2</sup>

Doch nicht nur Bonn war ein Schaufenster des Westens, auch West-Berlin. Im Buch wurden vor allem die Stadtautobahnen, das moderne Stadtzentrum am

2 *Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung* (Hrsg.), J. W. Hollatz (Bearb.), *Deutscher Städtebau 1968. Die städtebauliche Entwicklung von 70 deutschen Städten*, Essen 1970, S. 157.

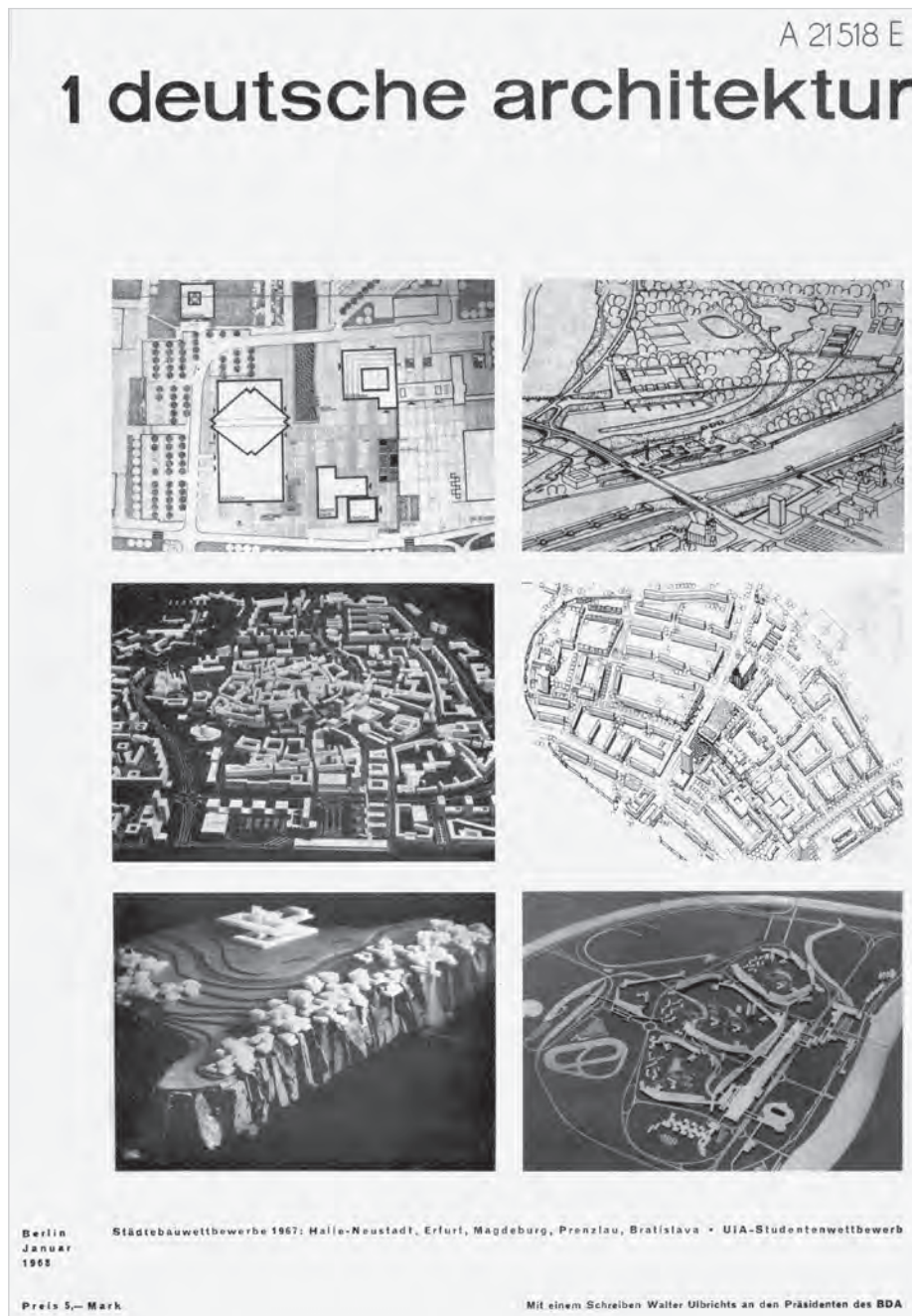


Abb. 3: Titelbild von Heft 1/1968 der Zeitschrift „deutsche architektur“.

Breitscheidplatz und Ernst-Reuter-Platz sowie die Großsiedlungen vorgeführt. Hingewiesen wurde außerdem auf 300.000 überalterte Wohnungen und auf die „übergroßen Dichten in den Innenbezirken“, die reduziert werden müssten.<sup>3</sup> Für die „am meisten herabgewirtschafteten Gebietsteile, die vor 1870 und zwischen 1870 und der Jahrhundertwende entstanden sind“, kam, so hieß es weiter, „nur totaler Abriss in Betracht“. Auch das Märkische Viertel wurde als Sanierungsgebiet präsentiert, wo in einem „überwiegend planlos besiedelten Gebiet“ viele „Notwohnungen und Lauben“ beseitigt werden konnten.

Wenn man das Titelbild von Heft 1/1968 der Zeitschrift „deutsche architektur“ betrachtet, so gewinnt man den Eindruck, dass in der DDR die Verhältnisse nicht so völlig anders waren. Neustädte, Abrisse von Altstädten zugunsten moderner Zentren und autogerechte Straßen springen ins Auge. Die Produktionsverhältnisse in Gestalt von Akteuren aus Partei, Baukombinaten und anderen Institutionen einschließlich ihrer Regelwerke werden in der DDR-typischen Sprache sichtbar. So schrieb Herbert Ricken in Heft 12/1968 zum Thema „Der Architekt – gestern und morgen“ so schön wie geschraubt: „Der Herausbildung der sozialistischen Menschengemeinschaft in der DDR entspricht weder die esoterische Position der künstlerischen Autonomie des Architekten noch die Vorstellung von seiner anonymen Einordnung in einen automatisch ablaufenden Prozeß. [...] In der schöpferischen Auseinandersetzung mit dem Auftraggeber, den Nutzern, Wissenschaftlern, den gewählten Volksvertretern, Ingenieuren und Baufachleuten liegt die große Kraft für die Bewältigung der architektonischen Aufgabe, finden die Phantasie und Schöpferkraft des einzelnen fruchtbare Erfüllung und Anerkennung.“<sup>4</sup>

Im Rückblick erscheint dieser ganze Weg in eine strahlende moderne Zukunft seltsam bizarr: als ein Versprechen, das in der Zeit um 1968 seine Strahlkraft verlor, ja nunmehr als Bedrohung, als Aggression erschien. Der erste und entscheidende Schritt einer neuen Sichtweise war die Frage nach den Akteuren dieser Erneuerung, eine Frage zugleich nach den Profiteuren. In West-Berlin war das der Senat Hand in Hand mit den Baugesellschaften, Architekten und Spekulanten – so die Protagonisten der „Diagnose zum Bauen in West-Berlin“, einer Ausstellung zu den Bauwochen am Ernst-Reuter-Platz im Jahr 1968. In ihrem „Manifest“ hieß es: „Die herrschenden Parteien haben die Stadt gegen ihre erklärten Ziele herabsinken lassen zu einem gigantischen Rendite-Objekt.“ Gefordert wurde unter anderem: „Gesellschaftliche Verfügung von Grund und Boden.“<sup>5</sup> Die Unterzeichner des Manifests

3 Ebd., S. 20 ff.

4 H. Ricken, *Der Architekt – gestern und morgen*. Zur Diskussion über die Entwicklung unseres Berufes, in: *deutsche architektur* 12 (1968), S. 713.

5 *Diagnose zum Bauen in West-Berlin*. Materialien zur Diskussion, Berlin 1968.

sind auch heute noch keine unbekanntenen Personen: etwa Hinrich Baller, Jan Basenge, Dietrich von Beulwitz, Mark Fester, Johann Friedrich Geist, Josef Kleihues, Egbert Kossak, Ingrid Krau, Nikolaus Kuhnert, Helmut Maier, Heiner Moldenschardt, Heide Moldenhauer, Goerd Peschken, Günter Plessow, Jan Rave, Andreas Reidemeister, Jürgen Sawade, Helga und Jörn Schmidt-Thomsen, Volker Theissen, Herbert Zimmermann. Damals stand noch nicht die Kahlschlagsanierung im Zentrum der Aufmerksamkeit der Studentenbewegung, sondern der Bau von Großsiedlungen, vor allem das Märkische Viertel.<sup>6</sup> Aber bereits im Frühjahr 1969 mietete die „Basisgruppe Sanierungsgebiet Kreuzberg“, in der vor allem Studentinnen und Studenten der Architekturfakultät der TU Berlin organisiert waren, einen Laden an der Ecke Oranienplatz/Naunynstraße. Das war wohl der erste Stützpunkt der Studentenbewegung in einem Kahlschlagsanierungsgebiet vor Ort. Das legendäre Buch „Sanierung für wen?“, herausgegeben vom Büro für Stadtsanierung und Soziale Arbeit Berlin-Kreuzberg, erschien schließlich 1971.<sup>7</sup> Damit war der Anstoß zu äußerst heftigen, bis dahin unbekanntenen und undenkbaaren Stadtteilkonflikten gegeben, die die gesamten 1970er Jahre beherrschen sollten.

Meine Auseinandersetzung mit Stadterneuerung begann erst Anfang der 1970er Jahre. Als Franz Hiss, Tilman Harlander und ich das in München begonnene Studium der „Staatswissenschaften“ in West-Berlin als Soziologiestudium an der FU Berlin abschlossen, hatten wir noch keinen fachlichen Bezug zu Stadt und Architektur. Immerhin wohnten wir in einer bürgerlichen „Mietskaserne“<sup>8</sup> und lernten die Vorzüge dieses Gebäudetyps kennen. Was aus uns überhaupt beruflich werden sollte, war damals noch kein Anlass zu besonderer Besorgnis. Jedenfalls erfuhren wir erst am Ende der letzten Gruppenprüfung bei Prof. Sebastian Herkommer im Februar 1972, dass in Aachen an der Architekturfakultät einige Assistentenstellen ausgeschrieben waren. Obwohl wir noch (viel zu) wenig über Architektur und Stadt wussten, wurden wir alle drei ausgewählt, man könnte vielleicht auch sagen, weil wir etwas anderes – nämlich zu gesellschaftlichen Themen – wussten, erhielten wir die Stellen.

Vor diesem Hintergrund konnten wir uns dem neuen Themenfeld Stadt und Architektur ohne Stress, aber durchaus beharrlich annähern. Bodenrente, staatliche Planung, die Rolle der Parteien und Verbände, aber auch Industrieansiedlungen waren unsere ersten Themen, denen aber rasch die Beschäftigung mit einem da-

6 Vgl. dazu den Beitrag von Heidede Becker in diesem Heft.

7 *Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit Berlin Kreuzberg* (Hrsg.), *Sanierung – für wen? Gegen Sozialstaatsopportunisten und Konzernplanung*. Eine Textsammlung, herausgegeben vom Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit Berlin Kreuzberg, Berlin 1971; vgl. auch den Beitrag von Florian Mausbach in diesem Heft.

8 Vgl. dazu den Beitrag von Tilman Harlander in diesem Heft.

mals weltweit als vorbildlich bewunderten Modell des Städtebaus folgte: der Altstadterneuerung von Bologna.<sup>9</sup>

In diesem Kontext vollzog sich ein wichtiger Schritt der eigenen Entwicklung: Die scholastische Aneignung des „Kapitals“ von Karl Marx und anderer Texte wurde Schritt für Schritt konkreter. Die Beschäftigung mit der Grundrente führte zur Frage nach der städtischen Bodenrente und der Rolle der Infrastruktur, die wiederum in das Studium der Debatten über eine Bodenrechtsreform um 1900, aber auch in den frühen 1970er Jahren mündete. Aachen war damals eine Schaltstelle neuen städtebaulichen Denkens. So wurde die junge Zeitschrift ARCH+ vor allem in Aachen produziert.<sup>10</sup> Damals konnte jedoch noch niemand ahnen, dass Aachen auch eine Art Kaderschmiede für die spätere behutsame Stadterneuerung in West-Berlin war. Denn Wulf Eichstätt, Conny van Geisten, Christian Schmidt, aber auch der jüngere Uli Hellweg – alle prägte die Architekturfakultät in Aachen.<sup>11</sup>

Der nächste Schritt führte uns zur Planungsgeschichte, die durch das Engagement von Gerhard Fehl und Juan Rodriguez-Lores in Aachen eine systematische Neuorientierung erfuhr. Verwiesen sei hier nur auf die seit Anfang der 1980er Jahre erschienene „blaue“ Reihe „Stadt – Planung – Geschichte“, die von Gerhard Fehl, Juan Rodriguez-Lores und Volker Roscher herausgegeben wurde und immerhin 19 Bände umfasste.<sup>12</sup> Vor allem die Zusammenschau der Produktionsverhältnisse der Stadt und der in diesem Kontext entstandenen Produkte, also der materiellen Stadt selbst, rückte nun in den Vordergrund. Mit der damit verbundenen sorgfältigen

9 Zum Modell Bologna vgl. *H. Bodenschatz/T. Harlander*, 40 Jahre Stadterneuerung Bologna, in: *Forum Stadt* 42 (4/2015), S. 357 ff. Tilman Harlander und ich lebten damals nicht nur in Bologna, sondern verfassten zum Modell Bologna auch unsere Dissertationen: *H. Bodenschatz*, Städtische Bodenreform in Italien. Die Auseinandersetzung um das Bodenrecht und die Bologneser Kommunalplanung, Frankfurt/New York 1979 und *T. Harlander*, Regionale Entwicklungspolitik in der Emilia-Romagna, Frankfurt/New York 1979.

10 Vgl. ARCH+ Heft 229 (2017), Am Ende: Architektur. 50 Jahre ARCH+. Projekt und Utopie. Zur Aachener Architekturfakultät gehörten seinerzeit auch Adalbert Evers, Horant Fassbinder, Marc Fester, Franz Hiss, Renate Kastorff-Viehmann, Sabine Kraft, Nikolaus Kuhnert, Klaus Novy, Gottfried Pirhofer, Stephan Reiß-Schmidt, Wulf Tessin, Zoltán Szankay und Günter Uhlig, Persönlichkeiten, die in viele andere Städte, auch nach Holland und Österreich, gingen. Viele dieser Kolleginnen und Kollegen wurden Professoren oder beeinflussten die weiteren Debatten und Praxen an anderer Stelle – ein erfolgreicher Marsch durch die Institutionen.

11 Vgl. auch *C. Schmidt-Hermsdorf*, Aachen 1968-1971, in: *W. Eichstätt/K. Kouvelis/E. Pfothenhauer*, Leitbild Behutsamkeit. Texte zu Arbeit und Person des Stadtplaners Cornelius van Geisten, Berlin 2009.

12 Vgl. dazu auch *T. Harlander* (Hrsg.), Stadt im Wandel – Planung im Umbruch. Festschrift für Gerhard Fehl, Stuttgart u.a. 1998; *M. Welch Guerra*, Eine neomarxistische Quelle heutiger Planungsgeschichtsschreibung. Annäherung an die Produktivität eines Aachener Ansatzes, in: *Wüstenrot Stiftung* (Hrsg.), Nachdenken über Städtebau. Bausteine für eine Interpretation im 21. Jahrhundert, Berlin 2013, S. 37 ff.

Betrachtung der „Produkte“ wurde auch eine Haltung korrigiert, die die Beschäftigung mit der gestalterischen Dimension von Stadt und Architektur für überflüssig erachtete. Mit dieser Korrektur war zudem das konzeptionelle Rüstzeug geschaffen, die herrschende Praxis der Stadterneuerung angemessen zu analysieren und zu kritisieren.

Nach Aachen und Bologna kam ich wieder nach Berlin, diesmal an die Technische Universität. West-Berlin war in jenen Jahren das Zentrum der praktischen wie wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Kahlschlagsanierung der Stadtviertel aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, die als „Mietskasernenviertel“ diffamiert wurden.<sup>13</sup> Was uns damals selbstverständlich schien, ist es heute in den Zeiten der Globalisierung paradoxerweise nicht mehr: die Internationalisierung des Streits. Bei Tagungen waren immer Fachleute und Aktivisten aus Wien, Amsterdam und London dabei, auch aus Italien. Mein erstes Tätigkeitsfeld in dieser Richtung war die Mitarbeit an einer Forschung über Stadterneuerung am Institut für Wohnungsbau und Stadtteilplanung (IWOS) der TU Berlin, als dessen Ergebnis das Buch „Schluss mit der Zerstörung“ (1983)<sup>14</sup> erschien. Der Untertitel verdeutlichte diese internationale Dimension: „Stadterneuerung und städtische Opposition in Amsterdam, London und West-Berlin“.

Parallel zur Forschung am IWOS vollzog sich mein nächster persönlicher Schritt: von der reinen Analyse zur planerischen Praxis zusammen mit Johannes Geisenhof, der mit mir 1978 am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin als Wissenschaftlicher Assistent zu arbeiten anfang. Wir gründeten 1980 das Planungsbüro Gruppe DASS, das hauptsächlich in Mittelfranken tätig wurde. Wir erhielten zahlreiche Aufträge vor allem für Vorbereitende Untersuchungen nach dem Städtebauförderungsgesetz in kleinen Städten und Gemeinden,<sup>15</sup> was immer auch die Erarbeitung eines konkreten Handlungspakets umfasste. Unser besonderes Merkmal war die vertiefte Auseinandersetzung mit der Geschichte des zu erneuernden Ortes, auf deren Grundlage wir dann die Erneuerungsempfehlungen entfalteten – behutsam vor allem hinsichtlich der Altbauten, resolut zugunsten des Rückbaus der autogerechten Exzesse der Nachkriegsjahrzehnte. Vom Sozialwissenschaftler zum Stadtplaner – das entsprach durchaus noch dem Praxiskult der Studentenbewegung. Mit diesem Schritt war eine weitere elementare Erfahrung verbunden: Wenn man – als Stadtplaner – qua Beruf dazu gezwungen ist, Lösungsvorschläge

13 Es gab noch ein anderes, zweites Zentrum der Auseinandersetzung um Kahlschlagsanierung: Frankfurt am Main. Dort ging es aber nicht um Mietskasernen.

14 H. Bodenschatz/V. Heise/J. Korfmacher, *Schluß mit der Zerstörung? Stadterneuerung und städtische Opposition in West-Berlin, Amsterdam und London*, Gießen 1983.

15 Vgl. zur Tätigkeit der Gruppe DASS H. Bodenschatz/J. Geisenhof, *Eine Vergangenheit für unsere Zukunft. Planen und Bauen historisch begründet*, Bad Windsheim 2005.



**Abb. 4:** Hausbesetzer in Berlin, Kreuzberg 1981; Quelle: wikimedia commons, Autor: Tom Ordelman (Thor NL).

zu erarbeiten, verändert sich auch die Art und Weise der Analyse. Denn Kritik ohne Handlungsorientierung bleibt oft folgenlos und in den dicken Wänden eines Elfenbeinturmes gefangen.

An der Wende zu den 1980er Jahren erreichten die Kämpfe um Stadterneuerung mit der Hausbesetzerbewegung einen Höhepunkt. Vorreiter waren nun jedoch nicht mehr Vertreter der 1968er Bewegung. Uns blieb aber die Aufgabe, in unseren jeweiligen Institutionen, vor allem an den Universitäten, die Bewegung von außen als „Patron“ zu unterstützen – direkt, soweit es unsere eigenen Studierenden betraf, indirekt durch Sympathiebekundungen sowie eine kritische Öffentlichkeitsarbeit gegen die dominante Stadterneuerungspraxis, und nicht zuletzt durch Lehrveranstaltungen, die das Thema Stadterneuerung beinhalteten.

Mit meiner Habilitationsschrift, dem Buch „Platz frei für das neue Berlin“,<sup>16</sup> das im IBA-Jahr 1987 erschien, konnte ich zwei zentrale Themenfelder, die beide direkte Produkte der Studentenbewegung waren, jetzt auch wissenschaftlich zusammen-

<sup>16</sup> H. Bodenschatz (s. A 1). Im gleichen Jahr veröffentlichte Harald Kessler, der sich ebenfalls mit Stadterneuerung wie mit Planungsgeschichte befasste, in der DDR seine Dissertation: H. Kessler, Die Herausbildung der wissenschaftlichen Disziplin Stadtplanung, Weimar, 1987.

führen: Stadterneuerung und Planungsgeschichte. Das zu Beginn erwähnte Konzept *Interessenblock im Bauwesen*, das sich an die italienische Diskussion über den *blocco edilizio*<sup>17</sup> (wörtlich: Baublock) anlehnte, war in dieser Hinsicht ein Schlüsselkonzept. Mit Interessenblock „ist keine verschworene Geheimgesellschaft gemeint, die in perfekter Absprache untereinander an den Fäden der Politik zieht. Im Gegenteil: Dieser Begriff ist zunächst als Kritik solcher Auffassungen gemeint, die Stadterneuerung als deterministisches Ergebnis des Wollens von Politikern bzw. von vorneherein feststehender Kapitalinteressen begreift. Dagegen ist Stadterneuerung ein Prozeß, um den herum sich Interessengruppen unterschiedlichster Dimension und Bindung in widersprüchlicher Weise kristallisieren, Gruppierungen, die keineswegs homogen sind. Dieser Interessenblock stabilisiert sich um den in einem bestimmten Zeitabschnitt vorherrschenden Typ von Stadterneuerung und kommt erst ins Wanken, wenn dieser Typ in eine Krise gerät.“<sup>18</sup> Das Konzept *Interessenblock* war daher kein eigentlicher Begriff im Sinne einer Definition, keine starre Theorie, sondern ein flexibler Denkraum, der an die zentrale Frage „Sanierung – für wen?“ anknüpfte und dauernd weiterentwickelt werden musste.

In diesem Denkraum war die Thematisierung der gesellschaftlichen kulturellen (Ent-)Wertung der überkommenen Stadt von besonderer Bedeutung.<sup>19</sup> Erst die massive und ritualisierte Diffamierung eines Bautyps bzw. eines städtebaulichen Produkts, in diesem Fall der Mietskaserne, eröffnete die Chance, ein Programm zu entwickeln, das die Mobilisierung öffentlicher Mittel für die Beseitigung eben dieses Bautyps ermöglichte. Ich bin heute noch der Meinung, dass die West-Berliner Kahlschlagsanierung eine der größten Verschwendungen öffentlicher Gelder in der deutschen Städtebaugeschichte darstellte. Immerhin mussten alle Immobilien zunächst erworben, dann alle Mieter umgesiedelt, schließlich alle Bauten abgerissen und neue Bauten mit erheblich niedrigerer Dichte erstellt werden – dies alles mit gewaltigen öffentlichen Subventionen, denn privatwirtschaftlich wäre ein solches Vorgehen absolut undenkbar gewesen. Bis heute wurde eine Gesamtkostenbilanz dieser städtebaulichen Missetat vernebelt.

Ein weiterer wichtiger Aspekt war die Frage des Zusammenhangs von *städtebaulichem Produkt* und *städtebaulichen Produktionsverhältnissen*, konkret von Mietskaserne und den diese ermöglichenden Verhältnissen (Bauspekulation, keine Mietpreisbindung, grenzwertige Hypotheken usw.). Erst die schlichte Erkenntnis, dass viele, wenngleich nicht alle Übel der Mietskasernen (vor allem die

17 Vgl. zur italienischen Diskussion etwa V. Parlato, *Il blocco edilizio*, in: F. Indovina (Hrsg.), *Lo spreco edilizio*, Padua 1972; H. Bodenschatz (s. A 1), S. 262.

18 H. Bodenschatz (s. A 1), S. 10.

19 H. Bodenschatz (s. A 1), S. 11.

Überbelegung) nicht dem Bautyp immanent, sondern den sozio-ökonomischen Verhältnissen der Kaiserzeit geschuldet waren, eröffnete eine neue Sicht auf diesen Bautyp. Selbstverständlich sind auch dominante Wertungen eine gesellschaftliche Tatsache, aber sie sind wandelbar, ohne dass der bewertete Bau deswegen fallen muss. Diese komplexe Materie erfordert gesellschaftliche Auseinandersetzungen, und deren Ergebnisse werden sich neuen Debatten stellen müssen. Die im Kampf gegen die Kahlschlagsanierung aufgewachsene fachliche Generation hat jedenfalls eine fachliche Fehlentwicklung überwunden: die autoritäre Orientierung auf eine *Idealstadt*, die nur auf dem Boden der zerstörten überkommenen Stadt verwirklicht werden kann.

Wir haben allerdings 1987 noch nicht mit aller Klarheit gesehen, dass die behutsame Stadterneuerung der 1980er Jahre in der damaligen Form nur deshalb möglich war, weil die massiven öffentlichen Subventionen, die ursprünglich dem Kahlschlag dienten, nun, wenn auch etwas geschrumpft, der erhaltenden Erneuerung zugeführt wurden. Nach dem unerwarteten Fall der Mauer wurde rasch klar, dass eine Fortsetzung dieses Typs in der erweiterten Kulisse Ost-Berlins nicht mehr möglich war. Als dann vor etwa zehn Jahren Berlin wieder zu wachsen begann, zeigte sich schnell die wachsende Beliebtheit ausgerechnet derjenigen Stadtviertel, die über Jahrzehnte als menschenunwürdig kulturell entwertet worden waren. Damit eröffnete sich ein deutlich veränderter Kampfplatz unter der Losung der *Gentrifizierung* – mit einem ebenfalls veränderten *Interessenblock im Bauwesen*. Doch das ist eine neuere Geschichte...

## **Das Auto, der ADAC und die Politik<sup>1</sup>**

Nach 47 Jahren bringt die erneute Lektüre unseres Buches „Zur sozio-ökonomischen Bedeutung des Automobils“ (Verfasser: T. Krämer-Badoni/H. Grymer/M. Rodenstein) zunächst überraschend Aktuelles zu Tage. Der Elektromotor für Autos wurde schon im Juni 1971 vom damaligen Verkehrsminister Georg Leber (SPD) in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung gefordert: „Die Automobilindustrie weiß, dass wir schließlich erwarten, dass die Bundesrepublik mit der Entwicklung eines Elektromotors nicht zu spät kommt.“<sup>2</sup> Anfang der 1970er Jahre herrschte – ähnlich wie heute – eine Krisensituation, in der von der Automobilindustrie technische Innovationen eingefordert wurden.

Das „Re-Reading“ unseres Buches weckt aber auch Erinnerungen an das, was im Buch nicht zu lesen ist. So tritt die Studentenbewegung auf der Hinterbühne auf: im positiven Sinn, da die Aufbruchstimmung und die Freiheiten, die sie in die Wissenschaft brachte, sich in den Produktionsbedingungen unseres Buches widerspiegeln; aber auch im negativen Sinn, soweit es die Auswahl unseres Themas betraf, mit dem wir uns von den theoretischen Spekulationen im studentischen universitären Milieu distanzieren.

### **Die Arbeitsstelle für verkehrssoziologische Forschung**

Herbert Grymer hielt „Verkehr“ für das Thema der Zukunft und fragte uns, Thomas Krämer-Badoni und mich, im Januar 1970 in München, ob wir nicht mit ihm eine selbständige soziologische Zusammenarbeit begründen wollten. Dies kam unserem marxistisch geprägten Aufklärungsinteresse entgegen, sollte aber auch unseren Lebensunterhalt finanzieren. Statt für den Klassenkampf an Fabrikatoren zu agitieren oder sich theoretisch weiter unfruchtbar über die Möglichkeiten der „Staatsableitung“ aus dem Kapital von Karl Marx zu streiten, beschlossen wir unsere Zeit

1 Dieser Aufsatz ist unter Beteiligung von Herbert Grymer und Thomas Krämer-Badoni entstanden.

2 T. Krämer-Badoni/H. Grymer/M. Rodenstein, Zur sozio-ökonomischen Bedeutung des Automobils, Frankfurt a. M. 1971, S. 273.



**Abb. 1:** Altstadttring München, Tunnelleinfahrt in der Prinzregentenstraße;  
Quelle: <http://deacademic.com/dic.nsf/dewiki/64732> [15.01.2018].

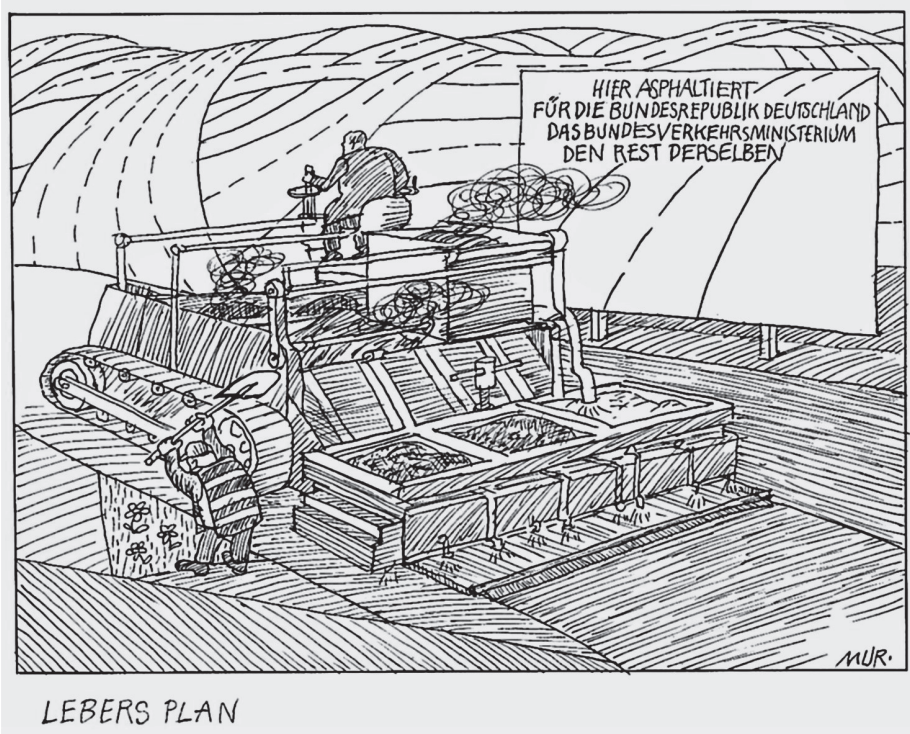
weniger realitätsfernen Bemühungen zu widmen. Wir gründeten die „Arbeitsstelle für verkehrssoziologische Forschung“, um Herrschaft im Verkehr zu untersuchen. Herbert Grymer und Thomas Krämer-Badoni befanden sich in den letzten Semestern ihres Soziologiestudiums, während ich frisch diplomiert und unterfordert bei einem Meinungsforschungsinstitut arbeitete.

Warum war gerade der Verkehr für eine kritische Gesellschaftsanalyse so interessant? Am Beispiel der Automobilindustrie wurde damals die enge Verquickung von Politik und Wirtschaft deutlich sichtbar. Die rasante Zunahme der Anzahl zugelassener Autos erforderte öffentlich finanzierten Straßenbau in bisher unbekanntem Ausmaß. Niemand sollte nach dem Leberplan mehr als 30 Kilometer von einem Autobahnanschluss entfernt wohnen. Die öffentlichen Verkehrsmittel verloren in der Konkurrenz zum Auto an Rentabilität und erhöhten die Preise, so dass es 1968 in Hannover, Bremen, Heidelberg und anderen Städten zu Protesten

und Blockaden von Straßenbahnen und zu den sogenannten Rote-Punkt-Aktionen kam, bei denen Autofahrer sich bereit erklärten, Passanten mitzunehmen. In München wurden wegen des Ausbaus des Altstadttrings Häuser abgerissen. Auch sollte eine Tunnelleinfahrt direkt unter einem klassizistischen Palais aus dem frühen 19. Jahrhundert beginnen, was 1968 zur Gründung der Bürgerinitiative „Münchner Forum“ führte. Im Zuge des U-Bahn-Baus für die Olympischen Spiele 1972 wurden die Fußgänger von oberirdischen Straßenübergängen zugunsten des fließenden Autoverkehrs in den Untergrund verbannt. Das Auto hatte sich mit Hilfe der Politik alle anderen Verkehrsmittel untertan gemacht, war verantwortlich für fast 20.000 Tote jährlich und beeinflusste Umwelt und Gesundheit negativ. Damals, vor Einführung des Katalysators, standen noch die bleihaltigen Abgase im Vordergrund. Zugleich war nach dem Niedergang der Kohle-Stahl-Industrie im Ruhrgebiet die Autoindustrie der neue Job-Motor für das Wirtschaftswachstum.

Als Erstes wollten wir ein Projekt zur Förderung bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft einreichen, das sich mit der „Verhaltenssteuerung durch Verkehrsnormen“ beschäftigen sollte. Als wir uns für unser Forschungsexposee fachkundigen Rat holten, wurden uns die vielen formalen Hindernisse bewusst. Um diesen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen und uns nicht selbst durch eine strenge Fragestellung einzuschränken und einem Professor unterordnen zu müssen, beschlossen wir lieber gleich ein Buch über das Automobil zu schreiben. Die Fokussierung auf Produktion und Nutzung des Autos erlaubte es, alle zentralen Begriffe und Funktionen der kapitalistischen Gesellschaft in den Blick zu nehmen: Ökonomie, Politik, Sozialstruktur und Lebenswelt. Das Exposee schickten wir an den Lektor der damals bekannten und begehrten *edition suhrkamp*. Wir erhielten wunderbarer Weise sofort eine Zusage und einen Vorschuss und machten uns an die Arbeit.

Die Studentenbewegung hatte nicht nur unseren kritischen Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse geschärft, sondern auch unsere Arbeitsweise in dreierlei Hinsicht beeinflusst: Zum einen hatten wir das – aus heutiger Sicht – naive Zutrauen, quasi aus dem Stand heraus ein wissenschaftliches Werk von Belang schreiben zu können; zum anderen waren wir gegen bürgerliches Besitzdenken und gingen davon aus, dass auch das Wissen gemeinsam produziert werden sollte. Das in vielen Diskussionen kollektiv Erarbeitete gehörte deshalb allen drei Beteiligten. Die Texte wurden von einem Hauptverantwortlichen geschrieben, dann aber von den beiden anderen so lange bearbeitet, bis der Text alle zufrieden stellte. Die dritte Wirkung der Studentenbewegung war natürlich, dass wir uns für die theoretische Einbettung der empirischen Phänomene neben den damaligen Heroen der Soziologie, Habermas und Luhmann, vor allem auf Marx bezogen, den wir nicht im Studium, sondern außerhalb der Universität in studentischen Gruppierungen kennengelernt hatten.



**Abb. 2:** „Lebers Plan“; Karikatur in der Süddeutschen Zeitung vom 19. Juni 1971;  
Copyright: Luis Murschetz.

### **Die sozio-ökonomische Bedeutung des Automobils**

Das Buch hatte drei Teile. Der erste Teil war der politischen Ökonomie des Automobils gewidmet. Er wurde von Herbert Grymer verantwortet. Hier kam zunächst die Klassenzugehörigkeit der Automobilbesitzer zur Sprache. 1960 gab es gut vier Millionen, 1971 aber waren es bereits 14 Millionen PKWs (2016 knapp 46 Millionen). Wir untersuchten den Doppelcharakter des Autos als Ware: den Gebrauchswert des Autos in seiner Widersprüchlichkeit als instrumentelles Verkehrsmittel und ästhetische Erscheinungsform; die Vermittlung von Gebrauchs- und Tauschwert über den Fetischcharakter des Automobils und die verschiedenen Typen der Autoreklame bis hin zur Produktion des Tauschwertes. In diesem Zusammenhang wurde die Automobilindustrie als Schlüsselindustrie, von der damals jeder siebente bis achte Arbeitsplatz abhängig war, und ihre Strategie der Produktdifferenzierung vorgestellt.

Im zweiten Teil folgte die von Thomas Krämer-Badoni verantwortete Analyse des ADAC, der mit einer Mitgliederzahl von damals zwei Millionen bereits zu einer von der Politik nicht zu vernachlässigenden Kraft geworden war. Nach theoretischen Überlegungen zu den unterschiedlichen Funktionen der Verbände und Vereine im Staat kamen wir zu dem Ergebnis, dass dieser Verein nicht nur die Mitgliederinteressen bündelte und kontrollierte, sondern daraus auch ein politisches Mandat ableitete, ohne dass in einzelnen Punkten tatsächlich dazu die Mitglieder befragt worden wären. Wir konnten anhand einer Analyse der ADAC-Mitgliederzeitschrift „Motorwelt“ zeigen, wie der ADAC die Formierung dieser Interessen als Forderungen der Mitglieder an die Politik formulierte und zur Förderung der Automobilindustrie einsetzte. Auch die beliebten Autotests dienten primär der Förderung der deutschen Automobilindustrie. Schon damals herrschte die gleiche Mentalität vor, die 2014 zu dem Eklat wegen der vielen gefälschten Abstimmungen über das Lieblingsauto des Jahres führte. Die Reaktion auf unsere Ergebnisse, insbesondere auf die Organisationsanalyse des ADAC, mit der wir zeigen konnten, dass die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit mit der Zeitschrift *Motorwelt* verständlicher Weise einflussreicher war als die formale Vereinsstruktur mit Präsident und Vorstand des Clubs, blieb intern. Allerdings wurde der von uns interviewte Leiter der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit, der bereits als Nachfolger des Präsidenten designiert war, nach Bekanntwerden unserer Ergebnisse übergangen.

Der dritte Teil des Buches befasste sich mit der spätkapitalistischen Verkehrspolitik und lag in meiner Verantwortung. Hier wurde nicht nur der Individualverkehr, sondern auch der Warenverkehr in den Blick genommen. Die Verkehrspolitik befindet sich im Spätkapitalismus in dem Dilemma, sowohl die Transportindustrien im Interesse der Bereitstellung von adäquaten Verkehrsleistungen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung durch Eisenbahnen und Straßen zu steuern, diesen Industrien aber auch selbst Rentabilität und Wachstum zu ermöglichen. Die offizielle Verkehrspolitik nannte diesen Aspekt der Sicherung langfristiger Kapitalverwertung nicht beim Namen, sondern verfolgte eine Reihe von Teilzielen, die dazu systemimmanente Widersprüche enthielten wie die „gesunden Lebens- und Arbeitsbedingungen“, ausgewogene wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verhältnisse in allen Teilen der Bundesrepublik und Vermeidung schädlicher Einflüsse auf die Umwelt. Zudem wurden die Widersprüche zwischen Schiene und Straße beim Wirtschaftsverkehr und beim Individualverkehr und deren Regulierungsversuche thematisiert.

Die Folgekosten der Autos für Umwelt und Gesundheit wurden auch damals nicht der Autoindustrie angelastet, sondern sozialisiert. Man sprach von „sozialen Kosten“. Wir vertraten die These, dass diese Verkehrspolitik eine Politik zu Ungunsten der Menschen in den Städten war und belegten dies mit ihren Auswir-

kungen auf die Stadt München. 1971 hatte sich auch der Städtetag mit seinem Motto „Rettet unsere Städte jetzt“ in diesem Sinn an die Öffentlichkeit gewandt.

Das Buch bemühte sich auf seinen 320 Seiten unter die Oberfläche der Erscheinungen zu schauen. Es hatte zahllose Fußnoten, die zeigten, dass wir uns auf vielfältige kritische Literatur beziehen konnten. Die Fragen, die wir behandelt hatten, lagen in der Luft, denn bereits kurz nach Erscheinen unseres Buches erschien ein weiteres kritisches Buch über das Auto.<sup>3</sup>

### **Folgen des Buches**

Zunächst haben wir es für uns und unsere Zusammenarbeit als einen Erfolg verbucht. Doch es wurde, wie der Verlag erwartet hatte, der 5.000 Exemplare druckte, auch in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit wahrgenommen, zumal 1972 der Club of Rome sein Buch über die Grenzen des Wachstums veröffentlichte und uns 1973 die Ölkrise autoverkehrsfreie Sonntage bescherte. Bereits während der Arbeit am Buch waren wir im Münchner Forum tätig und erhielten im Laufe der Zeit von der Stadt München zwei Aufträge zu den Wohnverhältnissen und zum Wachstumsprozess Münchens und seinen Folgen; eine weitere Studie wurde für das Land Baden-Württemberg durchgeführt. Außerdem schrieben wir auf Basis eines Stipendiums des Instituts Wohnen und Umwelt in Darmstadt ein zweites Buch – nun zusammen mit Rainer Emenlauer – in der edition suhrkamp „Die Kommune in der Staatsorganisation“ (1974). Darin beschäftigten wir uns mit den politischen Möglichkeiten und Grenzen der Kommunen und entwickelten unter anderem die These, dass ihre Einbettung in den Staatsapparat es möglich machte, Probleme von Bundes- und Länderebene auf die Kommunen abzuschieben, ohne dabei gleich mit Legitimationsproblemen konfrontiert zu werden. Ende 1973 lösten wir die Arbeitsstelle für verkehrssoziologische Forschung auf. Unser Autobuch hatte uns Zutritt zu den neugegründeten Sektionen der Stadtsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und der lokalen Politikforschung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft verschafft, wo wir auf Gleichgesinnte und neue Themen trafen. Alle drei promovierten wir anschließend mit Themen, die nichts mehr mit dem Auto zu tun hatten, und erhielten an verschiedenen Orten Professuren.

Thomas Krämer-Badoni hat sich als einziger von uns in Bremen weiterhin mit dem Autoverkehr auseinandergesetzt. In Konsequenz unseres kritischen Autobuches führte er Forschungsprojekte und Untersuchungen zum „Leben ohne Auto“ durch, die auch in der Öffentlichkeit viel beachtet wurden. Dabei ging es um die

3 H. Dollinger, Die totale Autogesellschaft, München 1972.

Entwicklung eines Stadtquartiers für Personen, die auf den Besitz eines Automobils verzichteten. In Bremen gab es einen fertigen Projektplan, der allerdings einer tiefgreifenden Immobilienkrise zum Opfer fiel. In mehreren deutschen Städten entstanden jedoch kleinere Bauprojekte für Bewohner, die ohne Auto leben wollten. Außerdem ging Thomas Krämer-Badoni zwischen 1994 und 1999 eine intensive Forschungs Kooperation mit dem Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie im Rahmen eines BMBF Förderschwerpunktes „Ökologische Forschung in Stadtregionen und Industrielandschaften (Stadtökologie)“ ein.

Herbert Grymer wandte sich an der Bergischen Universität Wuppertal im Studiengang Sozialwissenschaften in zahlreichen Forschungs- und Planungsprojekten der Frage zu, ob und wie die Bürger in der Gestaltung der Wohngebiete und Stadtteile mitwirken können. Es zeigte sich, dass dies immer wieder möglich war. Jedoch war es mit erheblichem Moderationsaufwand verbunden, nicht nur für die Interessen von Betroffenen zu planen, sondern mit ihnen Wohngebiete und Stadtteile dauerhaft lebenswert zu gestalten. Die Verbindung von stadtsoziologischem Wissen mit den Erfahrungen und Ideen von Bürgern erwies sich so oft als produktiv, wenn auch zeit- und kostenintensiv.

Für mich war das damals neue Phänomen der städtischen Bürgerinitiativen bedeutsam. Ich machte es, um es theoretisch – politisch wie soziologisch – einzuordnen, zu meinem Dissertationsthema. Im Kontext der seit Mitte der 1970er Jahre in München bestehenden Gruppe von feministischen Wissenschaftlerinnen arbeitete ich dann an sozial- und gesundheitspolitischen Themen und unterstützte damit die Gründung der Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Die Beschäftigung im Institut für Stadt- und Regionalplanung an der TU in Berlin seit 1979 wiederum lenkte mein Interesse auf den Zusammenhang von Gesundheit und Stadtplanung, dem ich meine Habilitation widmete, sowie auf die von Planung und Architektur nicht beachtete „Reproduktionsarbeit“, die damals noch fast ausschließlich von Frauen verrichtet wurde.

In den Jahren nach Ende der Studentenbewegung traten andere Theorien der Gesellschaft als die des Spätkapitalismus in den Vordergrund. Ich weiß noch, dass ich dies als eine Befreiung empfand, denn zahlreiche gesellschaftliche Phänomene ließen sich differenzierter anders erklären. Gleichzeitig dachte ich in den Anfangsjahren im etablierten Wissenschaftsbetrieb mit etwas Wehmut an den quasi paradisischen Zustand gemeinsamer Wissensproduktion beim Auto-Buch. Nun schrieb man allein und diskutierte bestenfalls mit anderen über das fertige Resultat. Von der Beschäftigung mit dem Autoverkehr habe ich mir jedoch eine besondere Aufmerksamkeit für Verhaltensweisen im Straßenverkehr bewahrt, so dass ich schnell das für die jeweilige Stadt typische Verkehrsverhalten identifizieren kann. Das Auto-Buch war schon vergessen, als es mir bei meiner Bewerbung für die Pro-

fessur für Stadt-, Gemeinde- und Regionalforschung 1988 an die Goethe-Universität Frankfurt geholfen hat, denn hier gehörte ich mit den Kollegen Josef Esser und Joachim Hirsch zu einer Einheit, in der Marx als Klassiker der Soziologie unterrichtet wurde und die kapitalistische Gesellschaftsanalyse in modernisierter Form als Fordismus/Postfordismus gelehrt und theoretisch weiterentwickelt wurde.

Mit etwas Genugtuung können wir heute sagen, dass unser Auto-Buch seinen eigenen Weg in die Verkehrswissenschaft gefunden hatte. Ich hörte einmal sagen, dass es ein Klassiker der empirischen Verkehrsforschung geworden sei. Uns dreien hat es, obgleich es damals nicht unsere Absicht war, den Weg in das Wissenschaftssystem und zu neuen interessanten Aufgaben geebnet.

## **Rebellion & Reflexion. Baukultur 1967 ff.<sup>1</sup>**

Als ich im Sommer 1967 zur Aufnahmeprüfung nach Darmstadt kam, war kaum vorstellbar, dass diese Stadt zwanzig Jahre zuvor ein Trümmerfeld gewesen war. Nach zwei Jahrzehnten waren vielerorts noch Narben des Weltkriegs zu erkennen, die den städtischen Alltag zwar prägten, aber nicht mehr beeinträchtigen konnten. Die beschädigten Bauten der Hochschule waren größtenteils, auch in Selbsthilfe der Studierenden und Lehrenden, wieder hergestellt und im alten Hauptgebäude Räume für die Architekturfakultät eingerichtet worden. Mit dem als politisch unbelastet geltenden Bauhistoriker, Denkmalpfleger und Kirchenbaumeister Karl Gruber war 1945 ein Dekan ernannt worden, der eine solide Kontinuität in der Ausbildung von Architekten verkörperte, während der im selben Jahr 1945 berufene Architekt Ernst Neufert, ab 1925 Bürochef von Walter Gropius beim Bau des Bauhaus in Dessau, den Bezug zur 1933 angeblich abgebrochenen Entwicklung der Moderne in Deutschland herstellte und sich als gelebte Kontinuität der Avantgarde stilisierte. Dass er seit 1938 zu den engsten Mitarbeitern Albert Speers gehört hatte, erfuhr ich erst später. Ab 1946 Aushängeschild und Star der Architekturfakultät, vertrat er in der Entwurfs- und Baukonstruktionslehre einen bis ins Detail nach Norm und Form regulierten Funktionalismus.

1948 wurde der Münchner Architekt Theo Pabst berufen, auf Gruber folgte 1955 der Stadtplaner Max Guther, zuvor Stadtbaurat in Ulm. Wie in anderen Hochschulen prägten erfahrene Pragmatiker des Wiederaufbaus, welche ihre fachliche Autorität aus ihrer langjährigen Berufspraxis bezogen, die Ausbildung der nachwachsenden Generation. Als Forschung galt ihnen die Arbeit in ihren privaten Büros, für die man, je nach Auftragslage, zeitweise auch Studenten einstellte.

1 Am 29. November 2017 hielt Werner Durth an der Technischen Hochschule Darmstadt vor weit über 1.000 Gästen seine Abschiedsvorlesung. Sie wird hier in Auszügen abgedruckt. Von 1967 bis 1975 studierte Werner Durth Architektur und Städtebau, Soziologie und Philosophie an der Technischen Hochschule Darmstadt und an der Universität Frankfurt. Nach Professuren in Mainz und Stuttgart kehrte er 1998 nach Darmstadt zurück und übernahm dort das neu eingerichtete Fachgebiet Geschichte und Theorie der Architektur.

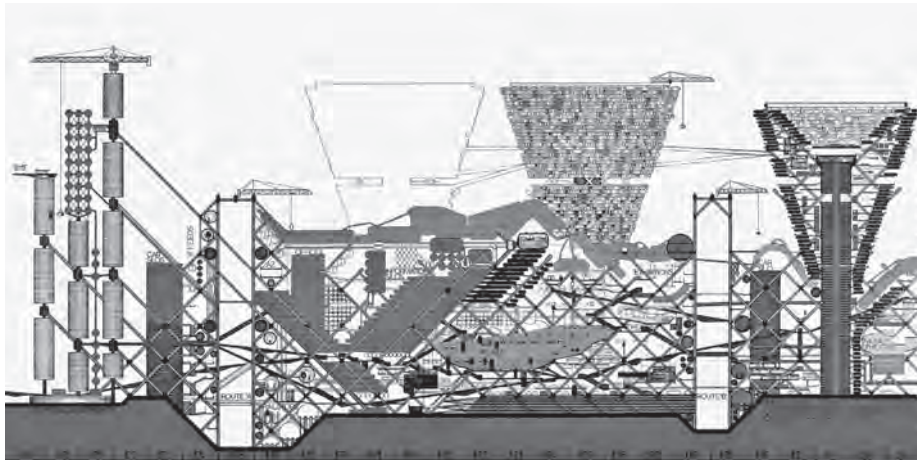
Von dieser Vorgeschichte wusste ich nichts, als ich im Herbst 1967, vor einem halben Jahrhundert, mein Studium begann. Aus dem über Jahrzehnte bewährten Erfahrungswissen der Professoren resultierte ein Fächerkanon, der mir und den meisten Erstsemestern selbstverständlich plausibel gültig erschien, gerade auch durch die Vielfalt der Lehrangebote in den technischen, historischen und künstlerischen Fachgebieten. Das Studium eröffnete einen Kosmos an Möglichkeiten, der damals jedoch merkwürdig abgeschnitten schien vom umgebenden Alltag. Grundlage war die Kombination von Entwurfslehre und Baukonstruktion, vermittelt im Geist einer universellen Moderne, in der vom Reihenhaus über die Großsiedlung bis hin zum Hochhaus nach dem Bild und Begriff des International Style die Welt gleichförmig gestaltbar erschien: präzise, optimal nutzbar, auf neuestem Stand der Technik – und deshalb auch schön.

Doch wir spürten, dass eine neue Zeit begann. Die Nachkriegszeit war zu Ende, der Wiederaufbau abgeschlossen. Jenseits der Welt kultivierter Routine eröffnete sich 1967 eine neue, abenteuerliche Welt architektonischer Experimente, von denen jedes einen Sprung in die Zukunft zu bedeuten schien. Es war wohl ein Glücksfall, dass das Aufkommen ästhetischer Oppositionsbewegungen gegen die inzwischen selbst schon Geschichte gewordene, durch Standards und Normen verregelte, einseitig funktionalistische Moderne à la Neufert einherging mit einem Wechsel der Generationen unter den Professoren.

Seit 1965 brachte der Stuttgarter Architekt Max Bächer frischen Wind in den Fachbereich, hielt rhetorisch brillante Vorträge über neue Tendenzen in der Architektur, organisierte und moderierte die Reihe der Mittwochsvorträge, die rasch zu einer freiwilligen Pflichtveranstaltung wurde, da hier in Werkberichten aktuell und glaubwürdig individuelle Positionen vorgestellt wurden, um in Abkehr von der massenhaften Eintönigkeit gängiger Baupraxis neue Perspektiven zu eröffnen. In der Auswahl der Personen und Projekte offenbarte sich Bächers Neigung zu einer skulptural körperhaften Architektur, die sich dem Begriff des Brutalismus zuordnen ließ, der auf den *Béton brut* als unverkleideten Baustoff verwies.

Mit einer geradezu diametral entgegengesetzten Konzeption einer offenen, leichten, wandlungsfähigen Architektur machte 1967 Günter Behnisch Furore. Im selben Jahr 1967 als Nachfolger von Ernst Neufert nach Darmstadt berufen, stellte er hier seinen Beitrag zum Wettbewerb für das Olympiagelände in München vor, das bis 1972 in eine weiträumige Zeltlandschaft über einem sorgsam modellierten Bodenrelief verwandelt werden sollte.

Unverkennbar bezog sich dieses Konzept auf den deutschen Beitrag zur Weltausstellung in Montreal, der im selben Jahr 1967 weltweit Anerkennung gefunden hatte. Euphorisch berichtete die internationale Presse mit Blick auf das schwebende Dach von einem freundlichen neuen Deutschland, von einem „Swinging Ger-



**Abb. 1:** Archigram: Plug-in City; Quelle: Archiv GTA, TU Darmstadt.

many“, in Anspielung auf „Swinging London“, wo sich in dieser Zeit um 1967 eine Kulturrevolution mit globalen Folgen auszubreiten begann.

Von der Pop Art bis zur Pop Music durchdrang eine mitreißend farbenprächtige, übermütig fröhliche Popkultur alle Lebensbereiche, besonders wirkmächtig durch eine Musik, die durch neue Aufnahme- und Verfremdungstechniken zuvor nie gehörte Klangräume eröffnete, durch den brandneuen Stereosound in unendliche Sphären gesteigert. In unserem Metier der Architektur wurde dieses neue Lebensgefühl unbegrenzter Freiheit und globaler Aufbruchsstimmung getragen von einer Welle der Technikbegeisterung und Fortschrittseuphorie, in der neue Lebens- und Erlebnisräume für künftig grenzenlos mobile Menschen entworfen wurden. Die Gruppe Archigram stellte ihre Plug in City vor, riesige Stahlgerüste, in die nach Bedarf Wohnzellen eingeklinkt werden konnten. In Japan entwarf die Gruppe der Metabolisten um Kenzo Tange Großprojekte nach dem Vorbild natürlicher Tragwerke, gleichzeitig zeichnete der Schweizer Walter Jonas seine Trichterstadt als schwebende Terrassenlandschaft. Solche Konzepte wurden nicht als Architektur-Utopien, sondern als greifbare Alternativen zum Alltag in den auswuchernden Ballungsräumen präsentiert, als konkret vorstellbare Möglichkeitsräume, die auf ihre Verwirklichung warteten. Doch mit welcher Wirklichkeit hatten wir es damals zu tun?

Erinnern wir uns. Dem Wiederaufbau folgte ein als Wirtschafts-Wunder empfundener Wohlstand, in dem man sich gemütlich einrichten konnte. Die meisten meiner Kommilitonen waren wie ich wohl behütet, bescheiden, doch ohne Not aufgewachsen, als sie 1967 das Studium begannen. Doch irgendetwas stimmte da nicht

mehr. Die Vorbilder waren brüchig geworden, eigene Orientierung war gefragt. Die Eltern waren älter geworden, bemerkten eher resigniert als zornig, wie die Erlebniswelten der Generationen auseinandertraten, wenn das Zimmer nebenan mit unverständlichen Postern dekoriert wurde, wie sie auch in den Wohngemeinschaften hingen, von denen die Eltern lieber nichts wissen wollten. In anfangs noch bemühten Gesprächen wurde deutlich, dass Erfahrungen nicht mehr zu vermitteln waren, wenn man begeistert von Festen oder Konzerten berichten wollte, deren Musik von den Eltern nur als Lärm empfunden wurde, obwohl sie den inzwischen erwachsenden Kindern neue Welten und ein Gefühl von Zugehörigkeit erschloss. Ich bin überzeugt: Ohne diese mentale Ermutigung durch die internationale Kulturrevolution der Songs und Sounds wären das Selbstbewusstsein, die Zuversicht und die oft auch anmaßende Frechheit der Rebellion der 68er Jahre als Aufstand gegen die verkrusteten Verhältnisse in Staat und Gesellschaft nicht möglich gewesen.

Nach Bildung der Großen Koalition Ende 1966 brachte die Außerparlamentarische Opposition in Demonstrationen auch massenhaft Studenten auf die Straße. Die von der APO geschürte Furcht vor einem autoritären Polizeistaat wurde 1967 befeuert durch den Tod des Studenten Benno Ohnesorg. Überraschend und bezeichnend war, dass an der Trauerprozession in Darmstadt Professoren und Studierende gemeinsam teilnahmen. Anfang 1968 vermehrten sich die Kundgebungen und Debatten. Lehrveranstaltungen wurden unterbrochen, Hörsäle besetzt. Im April trieb das Attentat auf Rudi Dutschke die Proteste voran, im Mai fuhren Reisebusse zur Demo gegen die Notstandsgesetze nach Bonn: Die Demokratie sollte verteidigt, der Gefahr autoritärer Herrschaft begegnet werden.

Was im Großen galt, sollte nun auch im Alltag der Studierenden gelten. Forderungen nach einer Studienreform, die mehr Aktualität, Mitbestimmung, Wahlfreiheit und Gruppenarbeit erlaubte, wurden zum zentralen Thema. Doch der antiautoritäre Aufstand gegen die Ordinarienherrschaft verlief in Darmstadt mangels Feindbild relativ harmlos. Dies galt erst recht für die Architekturfakultät.

Während das Studium erfreulich offen und weitgehend selbstbestimmt erfolgen konnte, hatte sich in wenigen Jahren der gesellschaftliche Kontext radikal verändert. Bald war die Stimmung desaströs. Die breite öffentliche Kritik am Bau-Boom der 1960er Jahre, zuvor Thema der studentischen Protestbewegung, richtete sich zunehmend aggressiv gegen die Architekten, mit pauschaler Schuldzuweisung für die Folgen von Fehlplanungen und spekulativen Investitionen, die in den neuen Vorstädten zu Fluktuation und Leerstand, in den Zentren zu Verfall und Hausbesetzungen führten. In Frankfurt und anderenorts wurden aus den Protesten bald militante Konflikte.

Auch in Darmstadt wurden Häuser besetzt und von der Polizei geräumt. Und es gab weitere Konflikte. Die als Pilotprojekt zur Erweiterung der Stadt noch von



**Abb. 2:** Demonstration gegen Stadtzerstörung in Darmstadt; Foto: *Archiv Werner Durth*.

Ernst May geplante Großsiedlung Neu-Kranichstein kam wegen mangelnder Nachfrage und Infrastruktur über den ersten Bauabschnitt nicht hinaus, Bürger protestierten gegen die unerträglichen Lebensbedingungen auf der Dauerbaustelle. Die allzu optimistischen Prognosen zur Stadtentwicklung erwiesen sich als Irrtum. Bald richteten sich die Proteste auch gegen die Verkehrsanbindung des neuen Stadtteils, Demonstrationen und Kundgebungen gegen Stadtzerstörung und den Verkauf der Innenstadt zwecks Ansiedlung eines Einkaufszentrums lösten sich ab – dauernd unterwegs, tags studiert und demonstriert, nachts diskutiert und gelesen, wenig geschlafen.

Um das wirre Geschehen ringsum begreifen zu können, wurden in selbstorganisierten Seminaren sozio-ökonomische Determinanten der Stadtentwicklung, in Kapitalkursen Grundbegriffe der Gesellschaftstheorie diskutiert, zu Blockseminaren Gäste aus anderen Universitäten eingeladen. Man studierte die ersten Hefte der neuen Fachzeitschrift ARCH+ zur Rationalisierung von Planung, versuchte die Informationstheoretische Ästhetik zur Objektivierung von Entwurfsprozessen zu verstehen, verschlang Literatur zur Semiotik. Ein Horror intellektuellen Unvermögens ging um.

Um für die autodidaktische Aufrüstung unserer Begriffsapparatur festeren Boden zu gewinnen, bildeten sich Fahrgemeinschaften zum Philosophischen Seminar der Universität Frankfurt, um von Kant über Hegel endlich auch Marx begreifen zu können. Unser Lehrmeister war Alfred Schmidt, später Nachfolger von Jürgen Habermas. In dieser Zeit exzessiver Wissbegierde kam die Berufung von Thomas Sieverts auf den Lehrstuhl für Städtebau gerade recht. Durch ein Pressefoto seiner Festnahme bei einer Demo in Berlin mit Vorschusslorbeeren versehen, durch seine Gastprofessur in Harvard wissenschaftlich geadelt, brachte Sieverts die systemtheoretisch begründete Methode der Urban Dynamics aus den USA mit, die computergestützte Prognosen zur Stadtentwicklung mit hohem Präzisionsgrad in variablen Szenerien ermöglichen sollte.

Das hatte gerade noch gefehlt, zwischen Häuserkampf und Erkenntnistheorie, Baustoffkunde und Kybernetik. Den wissensgierigen Größenwahn der Studierenden wusste Sieverts zu bändigen, indem er uns zu Programmierkursen verpflichtete, um auf der Höhe der Zeit zu sein. Im Surren des Rechenzentrums an der Rheinstraße begann für uns 1971 das digitale Zeitalter. Neben den zeitlich und räumlich weit ausgreifenden Quantitativen Methoden der Stadtplanung lernten wir die ebenfalls aus den USA importierten Analysen von Kevin Lynch zum Bild der Stadt in den Köpfen der Bewohner und den Begriff des Image einer Stadt kennen, der uns bald in unserer Diplomarbeit 1973 beschäftigen sollte. Nach Analysen der Stärken und Schwächen Darmstadts wurde darin das Bild der Stadt aus der Perspektive der Bewohner sowie die Überhöhung des werbewirksamen Image als „Stadt der Künste“ und der „Großstadt im Walde“ untersucht, um daraus Konsequenzen für eine neue Wertschätzung des Bestands in den Altbauquartieren abzuleiten, was aber in schroffem Gegensatz stand zu den expansiven Planungen der 1960er Jahre, die den Abbruch vieler Altbauten voraussetzen.

In diesem Widerspruch lässt sich unsere Arbeit im Rückblick als Symptom des damals einsetzenden Paradigmenwechsels in Architektur und Stadtplanung deuten, der mit den Thesen des Club of Rome zu den Grenzen des Wachstums die Vorstellung geradlinigen Fortschritts abzulösen begann durch ein Denken in kybernetischen Systemen, Rückkopplungen, Reversibilität von Entscheidungen und Einführung des Prinzip Recycling auch im Planen und Bauen. In der Erkenntnis, dass nicht das Neueste stets das Beste ist, sondern aus dem Bestand durch Kenntnis und Nutzung seines Potenzials bessere Alternativen entfaltet werden können, lagen weitreichende Konsequenzen für eine neue Baukultur, die anstelle der Mechanik von Abriss und Neubau Perspektiven behutsamer Stadterneuerung und kontextuellen Entwerfens eröffnete, stets auf den Ort und seine Geschichte, die Bewohner und ihre Bedürfnisse bezogen. Damit war eine neue Phase gesellschaftlicher Entwicklung erreicht, die der Soziologe Ulrich Beck später als Reflexive

Moderne bezeichnete, damals schon verbunden mit Debatten um Energieeffizienz und Nachhaltigkeit, Ökologie und Zukunftsfähigkeit der Städte. Eine andere Zukunft hatte begonnen.

Andererseits wurden mit der Kritik am naiven Fortschrittsglauben und am verkürzten Begriff der Moderne Tendenzen regressiver Sehnsucht nach einer verklärten Vergangenheit gefördert, die ab 1973 unter dem Schlagwort der „Nostalgiewelle“ diskutiert und bald im Bild der Städte sichtbar wurden. In meiner Dissertation untersuchte ich die Folgen der zunehmend verschärften interkommunalen Konkurrenz um Zuwanderung und Kaufkraftströme, unter der die Kommunen aus fiskalischen Gründen gezwungen waren, sich im Kontrast zum International Style zielgruppengenau ein neues Image zu verpassen und die eigene Geschichte neu erfinden zu lassen, nun als eine vom Alltag abgespaltene, oftmals auch trügerische Wirklichkeit inszeniert.<sup>2</sup> Nicht zufällig war der Beginn meiner Forschungen eng verbunden mit dem Start der Europäischen Kampagne für Denkmalschutz 1975, auf dem ersten Höhepunkt des Wertewandels in Richtung Nostalgie. Der Aufruf zur historisierenden Bebauung des Römerbergs auf dem Stützenraster der Tiefgarage vor dem Neubau des Technischen Rathauses, im Wahlkampf 1977 von der SPD gefordert, in diesem Jahr 2017 vollendet, verstärkte den Impuls, präzise nachzufragen, welche Schichten der Geschichte in welchen Zyklen auf- oder abgewertet, behutsam bewahrt oder wütend vernichtet werden: Fragen nach der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte von Bauten, ja, ganzer Städte, die ich im Rückblick auf die langen Wellen des Wandels seit der Jahrhundertwende und der Katastrophe des Ersten Weltkriegs zu untersuchen begann, um mir die damals aktuelle, drastische Entwertung der Leistungen des Wiederaufbaus nach 1945 erklären zu können.

Mit Fragen nach den Leitbildern und Konzepten, Ausgangsbedingungen und Strategien der Planung um 1945 wandte ich mich an Max Guther, ehemals Stadtbaurat von Ulm. „Ach“, meinte er, „da gibt es viel wichtigere Leute, die haben schon vor 1945 unter Speer mit der Planung für die Nachkriegszeit begonnen. Frag die doch selbst.“ Wie das? „Ganz einfach, die lade ich ein, Du musst nur gut vorbereitet sein.“ 1980 eingeladen, ließen sich mit Rudolf Hillebrecht, Heinz Schmeißner und Walther Schmidt maßgebliche Planer des Wiederaufbaus zwei Tage lang im Seminarraum der Fachgruppe Stadt von mir befragen, vermittelten Kontakte zu Kollegen aus dem Arbeitsstab Speers, in dem bereits seit 1943 wesentliche Grundzüge der Stadtentwicklung für die folgenden Jahrzehnte erarbeitet wurden.<sup>3</sup> Die personellen und konzeptionellen Kontinuitäten über die so genannte „Stunde Null“ hinweg wurden ein zentrales Thema meiner Forschungen. Die Folgen mei-

2 W. Durth, Inszenierung der Alltagswelt. Zur Kritik der Stadtgestaltung, Gütersloh 1977.

3 Die Gespräche sind dokumentiert in: Stadtbauwelt, Heft 72 (1981).





**Abb. 4:** Kirchenbau von Otto Bartning; Quelle: *Otto-Bartning-Archiv, TU Darmstadt.*

wie Taut, Bartning, Gropius, Scharoun und vielen anderen ihrer Zeit noch heute die Qualität unserer Lebensformen, in denen wir uns als Nachgeborene behaglich eingerichtet haben. Die Revolution der radikalen Moderne hat ihre Kinder in den Alltag entlassen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fehlte die revolutionäre Emphase. Die totalitäre Herrschaft Hitlers und der Totale Krieg mit Bombenterror und Völkermord bewirkten zum Schluss eine Schockstarre, lähmten hochfliegende Phantasien und Zukunftspläne in den Jahren der Not. Eindringlich forderte Otto Bartning gemeinsam mit Eugen Kogon und Walter Dirks in den 1946 erschienenen Frankfurter Heften dazu auf, die deutsche Not als selbstverschuldetes Elend anzuerkennen, sich der grausamen Wirklichkeit zu stellen, sie nicht aus Scham oder Zorn zu verdrängen oder gar das Verlorene und Zerstörte durch Nachahmung so wiederherstellen zu wollen, als sei nichts geschehen. In demonstrativer Selbstbescheidung, gemeinsam mit den Ärmsten, den Flüchtlingen, Verschleppten und Vertriebenen sei Schritt um Schritt eine gemeinsame Zukunft aufzubauen. Dazu hat Bartning Vorschläge gemacht, durch einfachen Siedlungsbau, durch Errichtung von Notkirchen als Treffpunkte für Geflüchtete, als Orte der Integration und Identifikation durch gemeinsames, praktisches Tun. Im Rückblick auf die Anfänge einer demo-

kratischen Baukultur in den Jahren nach 1945 war es mir wichtig, meinen Abschied mit der Ausstellung zum Leben und Werk Otto Bartnings zu verbinden, Architekt und Aufklärer, Kritiker und Kosmopolit, Pionier und fast ein Prophet.<sup>5</sup>

Im Übergang aus den Jahren der ärgsten Not in den damals noch ängstlich als Wirtschafts-Wunder bestaunten Wohlstand mit geschäftigem Wiederaufbau im Schatten des Kalten Kriegs und atomarer Bedrohung notierte Bartning 1950 als Stimmungsbild: „All dieses aber, der übergeschäftige Lärm, der sentimentale Seufzer wie der letzte Schrei, entspringt der Angst vor der einfachen Wirklichkeit. Und das Erzeugnis dieser Angst ist, was wir mit dem Sammelwort Kitsch bezeichnen. Denn Kitsch heißt, mit unechten Mitteln sich und anderen etwas vortäuschen, etwa eine andere Zeit, eine unerreichbare Lebensstufe, eine verlorene Vergangenheit, halbe Gefühle, schwankende Werte. Je tiefer im Gemüt die Lebenslüge und die geheime Lebensangst wurzeln, desto üppiger wuchert und blüht der trügerisch tröstende Kitsch.“<sup>6</sup> So Otto Bartning. Der Mut zur Wirklichkeit ist und bleibt die Voraussetzung verantwortlicher Zukunftsgestaltung, in Erkundung der Wege zwischen Utopie und Nostalgie.<sup>7</sup>

5 Nach Stationen in Berlin und Karlsruhe wird die Ausstellung „Otto Bartning (1883-1959) – Architekt einer sozialen Moderne“ vom 19. November 2017 bis 18. März 2018 in Darmstadt gezeigt.

6 O. Bartning, Kitsch ist Lebensangst, 1950, zitiert in: J. Posener, Otto Bartning. Zum hundertsten Geburtstag des Baumeisters am 12. April 1983 (Schriftenreihe der Akademie der Künste, Berlin, 1983, S. 37).

7 Zur vollständigen Fassung siehe W. Durth, Skizzenbuch. Eine Biographie in Bildern, Darmstadt 2017.

## **Unbedingt modern – Glücksversprechen Großsiedlungsbau**

1968 studierte ich im zehnten Semester Architektur an der Technischen Universität Berlin (TUB) und dachte über ein Thema für die Diplomarbeit nach, um ein aus den Fugen geratenes Studium am Lehrstuhl von Oswald Mathias Ungers abzuschließen. Gemeinsam mit den Kommilitoninnen Ellinor Euler und Viktoria Waltz entschied ich mich für: „MV Sanierung als Strategie: Aspekt Wohnen und Wohnfolge“.<sup>1</sup> Wir wollten den Protesten von Neubewohnern des Märkischen Viertels (MV, rund 16.500 Wohnungen gebaut 1964-1974) im Norden West-Berlins nachgehen und gemeinsam mit ihnen Schritte zur Verbesserung der Lebenssituation im Gebiet entwickeln. Damit war eine der thematischen Weichen für mein späteres Berufsleben gestellt.

### **1967/68 – Turbulenzen an der Architekturfakultät der TUB**

Bereits in der ersten Hälfte der 1960er Jahre hatte sich die Berliner Studentenschaft mit Protesten gegen Vietnamkrieg und Notstandsgesetze politisiert. Auch der Lehrstuhl Ungers demonstrierte am 2. Juni 1967 gegen den Besuch des Schahs von Persien, in dessen Verlauf der Student Benno Ohnesorg erschossen wurde. Die von da an bundesweit verschärfte Studentenrevolte richtete sich gegen verkrustete autoritäre Strukturen, Tabus und Konventionen sowie gegen die Verdrängung der Geschichte des deutschen Faschismus. Während viele Professoren politische Diskussionen für unvereinbar mit Lehre und Wissenschaft hielten, engagierten sich die Studenten für eine gesellschaftskritische Reform der Studiengänge.

Auch an der Architekturfakultät der TUB rumorte es. Im Zentrum der Debatten standen die gesellschaftliche Aufgabe und das Berufsbild des Architekten.<sup>2</sup> In

1 Die Überarbeitung der Diplomarbeit wurde vervielfältigt: Autorenkollektiv *H. Becker / E. Euler / V. Waltz*, Versuch der Sanierung des Märkischen Viertels als Beispiel einer Strategie zur Demokratisierung in der Stadt- und Regionalplanung, Berlin o.J. (1970).

2 Dazu *H. Frank*, Krise oder Wende? West-Berliner Architekturdebatten um 1967/68, in: *Radikal modern. Planen und Bauen im Berlin der 1960er-Jahre*. Katalog, Berlinische Galerie 2015, S. 170–177; *M. Wegener*, Bindungen, in: *Arch+ 181/182* (2006), S. 115–117.

selbstorganisierten „Coop-Seminaren“ stellten wir den Architekten als technokratischen Baukünstler und Erfüllungsgehilfen von Auftraggebern in Frage. Wir vermissten die Einbettung gesamtgesellschaftlicher Bezüge in die Lehre, beklagten Theoriefeindlichkeit und forderten ein Architekturverständnis, bei dem auch Disziplinen wie Soziologie, Sozialpsychologie, politische Ökonomie, Wahrnehmungstheorie u. a. Berücksichtigung finden sollten. Bereits im Dezember 1967 kam es zu einem Eklat: Das von Ungers initiierte und mit hochrangigen Referenten besetzte internationale Symposium „Architekturtheorie“ endete im Tumult, als Studenten das Transparent „Alle Häuser sind schön. Hört auf zu bauen!“ entrollten.

Ein knappes Jahr später berichtete der „Spiegel“: „Jung-Architekten formierten sich zum Aufstand gegen die Herrschaft von Bau-Bonzen und -Bürokraten.“<sup>3</sup> Der Senat hatte Architekten des Jahrgangs 1932 und jünger aufgefordert, ihre Arbeiten bei den Berliner Bauwochen zu präsentieren. Stattdessen gründeten diese, darunter die Assistenten von Ungers, die Aktion 507 (nach einem Raum in der TU Berlin benannt). Sie hielten „die kritische Analyse des Baugeschehens und der Arbeitsbedingungen in Westberlin für weitaus wichtiger“ als die Präsentation ihrer Arbeiten im Rahmen der offiziellen Ausstellung – so die Aussage im „Manifest“ zu der von ihnen organisierten Anti-Ausstellung „Diagnose zum Bauen in West-Berlin“. Ihr Protest richtete sich gegen die Allianz von Politik und expandierender Bauwirtschaft, gegen Filz und Spekulantentum.

Seit Beginn der 1960er Jahre – die dramatische Wohnungsnot der Nachkriegsjahre war durch imposante Aufbauleistungen überwunden – wirkte der staatlich subventionierte Massenwohnungsbau als Schlüsselbereich der Konjunktursteuerung. 1963 war in West-Berlin mit dem ersten Stadterneuerungsprogramm die durchgreifende Flächensanierung der Arbeiterquartiere mit beträchtlichen Abrissquoten gestartet und gleichzeitig der Bau von Ersatzwohnungen in den industriell gefertigten Großsiedlungen an der Peripherie (Märkisches Viertel, Gropiusstadt, Falkenhagener Feld) forciert worden. Sozial- und Wohnungspolitik setzten der „Rückständigkeit“ (Katrin Zapf) in den Altbauquartieren die Fortschrittlichkeit und das Glücksversprechen des Wohnens im Sozialen Wohnungsbau entgegen.

Gemeinnützige Wohnungsunternehmen agierten als Bauträger sowohl der Flächensanierung als auch des Großsiedlungsbaus. Auf wohnungswirtschaftlichen Druck wurden die Siedlungsprojekte noch in der Planungsphase massiv verdichtet. Beispielsweise musste Ungers seinen Entwurf für das Märkische Viertel überarbeiten: Aus ursprünglich 350 Wohnungen in 3- bis 6-geschossigen Gebäuden wurden 1.300 in Gebäuden mit 8-16 Geschossen – eine Forderung, die ihm seine Macht-

3 Slums verschoben, in: Der Spiegel 37 (09.09.1968).

losigkeit gegenüber dem Bauherrn bewusst machte und Zweifel am Berufsstand aufkommen ließ.<sup>4</sup>

Dem industrialisierten Massenwohnungsbau waren auch die Studienprojekte am Ungers-Lehrstuhl gewidmet. Wir beschäftigten uns mit der Optimierung von Megastrukturen, überbauten Straßen und Plätze, entwickelten Wohnungssysteme in Stahl, Großtafeln und Raumzellen. Der Lehrstuhl diente auch als kleine Verlagszentrale. Auf der lehrstuhleigenen Rotaprint-Maschine wurden nicht nur Ergebnisse der Lehre publiziert, sondern auch studentische Flugblätter gedruckt. Doch das Klima wurde rauer. Studenten provozierten mit Unterrichtsboykott und Respektlosigkeit bis hin zur Abgabe eines leeren Blattes als Diplomarbeit.

Die Inhalte der studentischen Seminare verlagerten sich auf kapitalismuskritische Analysen und die Aufarbeitung interdisziplinärer Inhalte. Die einen setzten sich mit Semiotik, Kybernetik, Netzplan- und Systemtechnik auseinander. Anderen ging es vor allem um politische Ökonomie (Grundrente) oder die Demokratisierung soziotechnischer Systeme. Studenten, die sich mit dem Thema Wohnen beschäftigten, diskutierten sozialpsychologische, pädagogische und partizipatorische Ansätze. Texte und Diagramme traten an die Stelle des Entwurfs, künstlerische Ambitionen waren verpönt, Zeichnen galt als anstößig. Bereits 1968 war Ungers nur noch selten an der TU anzutreffen, der Lehrstuhl wurde von seinen Assistenten verwaltet. Als er sich auch von ihnen nicht mehr vertreten fühlte,<sup>5</sup> nahm er im Frühjahr 1969 den Ruf an die Cornell-University in Ithaca (USA) an. Nur wenige der ersten Ungerschen Schüler-Generation wurden entwerfende Architekten.<sup>6</sup>

### **„Sanierung des Märkischen Viertels“**

Das Märkische Viertel (MV), als architektonisch-städtebauliches Prestigeprojekt geplant und präsentiert, geriet gerade deswegen stärker in die kritische Berichterstattung der Medien als die zu gleicher Zeit gebaute Gropiusstadt. In den ersten Jahren nach Einzug beschwerten sich Bewohner des MV – zum großen Teil Sanierungsverdrängte – über ein Leben auf der Baustelle, den Mangel an Einrichtungen der sozialen und kulturellen Infrastruktur sowie unbefriedigende Verkehrsanbindung. Dem Gewinn an Wohnkomfort standen deutlich höhere Mieten, der Verlust ihres Kiezes mit preiswerten Läden, Kneipen und Dienstleistungen sowie ein ins Negative gekipptes Image der neuen Adresse gegenüber. Als problematisch erwies sich die Politik der Wohnungszuweisungen mit überdurchschnittlich hohen

4 J. Cegl, Oswald Mathias Ungers, Köln 2007, S. 223.

5 Ebda., S. 250.

6 M. Wegener (s. A 2), S. 115.



**Abb. 1:** „Märkisches Viertel“ in Berlin, Anfang der 1970er Jahre; Quelle: <http://www.staedtefotos.de/bild/Deutschland~Berlin~Stadtansichten/48778/das-maerkische-viertel-kurz-mv-in.html> [10.01.2018].

Anteilen armer Arbeiterhaushalte und kinderreicher Familien. Für deren Kinder gab es nicht genug Plätze in Kindertagesstätten und in nur drei Schulen. Mietrückstände und Räumungsklagen häuften sich.

Das Viertel wurde zum Ort einer Vielzahl von Initiativen und kreativen Protestformen. Wie wir entdeckten auch andere Studenten das MV als Aktions- und Forschungsfeld. Studenten und Lehrer der Pädagogischen Hochschule gaben gemeinsam mit Bewohnern die Märkische-Viertel-Zeitung (MVZ) heraus, ein von der politischen Polizei misstrauisch kontrolliertes Kommunikationsmedium. Sich als revolutionär verstehende Aktivisten – darunter die Konkret-Redakteurin Ulrike Meinhof, die zeitweise im MV wohnte – versuchten, das Viertel als Agitationsbasis für die „Aufrüttelung des Proletariats“ aufzubauen. Politisch engagierte Filmschaffende wie Max Willutzky und Helga Reidemeister begannen 1968 soziale Kämpfe und Aktionen im MV zu dokumentieren.

Unter dem Motto „Gegenplanung zur ‚vorhandenen Fehlplanung‘“ ging es unserer Diplomgruppe darum, der Situation vor Ort auf den Grund zu gehen und ex-



**Abb. 2:** Plakat zum dokumentarischen Spielfilm „Der Lange Jammer“ über eine Mieterinitiative im Märkischen Viertel von Max Willutzky (1973). Der Titel bezieht sich auf den Beinamen des langgestreckten Gebäudes von René Gagès und Volker Theissen.

emparisch die Sanierungsbedürftigkeit einer Neubausiedlung aufzudecken. Wir befassten uns mit theoretischen Ansätzen der antiautoritären Erziehung (aus Soziologie, Sozialpsychologie, Psychoanalyse und Pädagogik), sprachen mit Vertretern von Initiativen und Planungsbeteiligten, untersuchten die kleinfamilienorientierten standardisierten Wohnungsgrundrisse bezüglich ihrer Nutzbarkeit, ermittelten den tatsächlichen Bedarf an Plätzen in Kindertagesstätten, nahmen die vorhandenen Kinderspielplätze kritisch aufs Korn und arbeiteten internationale Erfahrungen mit Abenteuerspielplätzen auf.

Den uns selbst (aus gut gemeintem missionarischen Eifer) auferlegten Anspruch auf Agitation und Aufklärung konnten wir (natürlich) nicht einlösen. Unsere Diplomarbeit bestand – wie viele Arbeiten dieser Zeit – nicht aus Entwurfszeichnungen und Modellen, sondern aus Text mit bis zu sechsstelliger Dezimalklassifikation, tabellarischen Übersichten, Grundrissanalysen der Wohnungen, Fotos von spielenden Kindern – die meisten abseits der niedlichen konventionellen Spielplätze.

Der von uns für den Titel gewählte Sanierungsbegriff – im Grunde handelte es sich um quantitativen und qualitativen Nachholbedarf – hat sich zwei Jahrzehnte später für viele Großsiedlungen nachhaltig bestätigt. Ende der 1970er Jahre



**Abb. 3:** Standfoto aus dem DEFA-Spielfilm „Die Architekten“ über ein in der Großsiedlung Marzahn tätiges Architektenkollektiv von Peter Kahane/Regie und Thomas Knauf/Drehbuch (1990). Die Zeitschrift Arch+ druckte einen Auszug aus dem Drehbuch im Themenheft (103/1990) „Architektur ohne Architekten“.

noch reagierten Politik und Verwaltung auf Kritik an den Siedlungen mit Abwehr und formelhafter Rechtfertigung, beispielsweise auf die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung der Lebensverhältnisse in der Gropiusstadt, die der Berliner Senat 1973 beim Deutschen Institut für Urbanistik in Auftrag gegeben hatte.<sup>7</sup>

### **Großsiedlungen – schwieriges Erbe und Zukunftspotenzial**

Erst als sich die Wohnungsunternehmen Mitte der 1980er Jahre nicht nur mit Leerständen und Vermietungsschwierigkeiten als Folge von Wohnberechtigungsregelungen und Negativimage, sondern auch mit Bauschäden und hohem Instandsetzungsbedarf konfrontiert sahen, wurden die schon länger thematisierten Probleme wie Maßstabslosigkeit der solitären Großfiguren („Wohnmaschinen“), normierte Wohnungsgrundrisse, unwirtliche öffentliche Räume, fehlende Infrastruktur, unpersönlich-rigide Hausverwaltung usw. politisch ernst genommen. Nach der Wende 1989 verstärkte sich der Handlungsdruck durch den erheblichen Modernisierungsbedarf der riesigen Plattensiedlungen<sup>8</sup> des komplexen Wohnungs-

<sup>7</sup> H. Becker/K. D. Keim (Hrsg.), Gropiusstadt. Soziale Verhältnisse am Stadtrand, Stuttgart 1977.

<sup>8</sup> Die Ostberliner Siedlung Marzahn ist mit rund 58.000 Wohnungen dreimal so groß wie das Märki-

baus in Ostberlin (u. a. fensterlose Innenküchen, desolate Haustechnik, kümmerliche Außenanlagen).

Die Maßnahmen, die Mitte der 1980er Jahre durchgeführt wurden, um die westlichen Quartiere attraktiver zu machen, deuten bereits auf eine Abkehr vom Modell der funktionalistischen Moderne. Baulich-städtebaulich wurden nicht nur die Bauschäden beseitigt, sondern auch das Wohnumfeld qualifiziert, Infrastruktureinrichtungen ergänzt, funktionslose Park- und Waschwäuser sowie Erdgeschosszonen umgenutzt, Hauseingänge und Fassaden vielseitiger gestaltet. „Kunden(=Mieter)orientierung“ lautete nun ein Managementziel der Wohnungsunternehmen. Mieter wurden an den Planungsmaßnahmen beteiligt, Quartiers- und Mieterbeiräte ins Leben gerufen. Insoweit lassen sich die Maßnahmen als noch schüchterne Vorboten für den Leitbild- und Strategiewechsel im Städtebau zur „kompakten und nutzungsgemischten Stadt“<sup>9</sup> erkennen, der in den 1990er Jahren vollzogen und sowohl für die Konzeption neuer Stadtteile als auch für die Modernisierung der Plattenbausiedlungen prägend wurde.

Als sich Teile mancher Großsiedlungen durch Wegzug mobilerer Haushalte und einseitiger Belegungspolitik zu „sozialen Brennpunkten“ entwickelt hatten, reagierte der Staat 1999 mit dem ambitionierten Programm „Soziale Stadt“, um der sozialräumlichen Spaltung der Städte entgegenzuwirken. Die in den „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“ eingesetzten Mittel für Quartiermanagement, nicht-investive Projekte und integrierte Stadtentwicklungskonzepte halfen und helfen, die Lebensverhältnisse zu stabilisieren. Diese Herausforderung besteht verstärkt, denn jahrzehntelanger Stillstand im Sozialen Wohnungsbau, Auslaufen der Bindungen und Verkauf durch die öffentlichen Hände haben die für die Versorgung ärmerer Haushalte notwendigen Wohnungsbestände bedrohlich schrumpfen lassen.

Im Lauf der Geschichte eines halben Jahrhunderts konnten in den Großsiedlungen Missstände korrigiert und neue Qualitäten erzeugt werden. Für die meisten Bewohner stimmt heute die Wohnung in ihrer Siedlung mit ihrem Wohn- und Lebensmodell überein, sie ist ihr Zuhause. Doch in „Zeiten beschleunigten Wandels“ müssen Modelle und Strategien zur Anpassung entwickelt werden. Verfahrensinnovation und experimentelle Projekte sind in diesem Zusammenhang gefragt. Wichtige Handlungsfelder bleiben die Stärkung der lokalen Ökonomie sowie der Ausbau der Bildungsinfrastruktur. Was früher als „Sonderwohnform“ bezeichnet

sche Viertel. Mehr als 50% der Ostberliner Bevölkerung wohnen in einer Plattenbauwohnung.

9 J. Jessen/D. Zupan, Leitbildwechsel. Wie kommt Neues in die Stadtplanung?, in: Forum Stadt 44 (1/2017), S. 59-77; D. Zupan, Von der Großsiedlung der Spätmoderne zum kompakten nutzungsgemischten Stadtquartier, in: Informationen zur Raumentwicklung 3/2015, S. 183-199.

wurde, gehört heute im Zuge der Pluralisierung von Lebensstilen zur Normalität. Die standardisierten kleinfamilienorientierten Wohnungsgrundrisse bieten kaum Nutzungsflexibilität, doch ließe sich hier manches durch innovative Vermietungspraktiken, Umzugsmanagement und einfache Umbauten bewerkstelligen (z.B. für Wohngemeinschaften, Werkstätten, Start-ups).

Das Verständnis von Stadt und die Anforderungen an urbane Räume dürften sich in Zukunft noch weiter vervielfältigen und wandeln. Der Wille zu Eigenregie und Einmischung, wie er sich in Aktivitäten von Raumpionieren und Initiativen der digitalaffinen Generation manifestiert, eröffnet neue Perspektiven auch für die Großsiedlungen. Möglicherweise bieten sie geeignetere Entwicklungs- und Aneignungsräume als die alte Stadt – vorausgesetzt Veränderungen werden nicht durch Konventionen und Routinen blockiert.

## „Da ging's aus wie 's Schießen zu Hornberg“<sup>1</sup> Entwurfslehre à la 68

„Sie verdienen das Zehnfache in Ihrem Büro und Sie verbringen dort mehr Zeit, als an der Hochschule. Sie lassen Ballettschulen entwerfen, die die Gesellschaft nicht braucht. Mit welcher Berechtigung lehren Sie hier überhaupt?“ Rolf Gutbrod hatte man vorgeladen. Rolf Gutbrod, diesen berühmten Architekt, der die Stuttgarter Schule nach dem Krieg bis 1968 geprägt hatte, der verehrt wurde, ja sogar eine große Schar Jünger hatte. Nun war er in die Vollversammlung des ASTA gekommen, saß vorn neben einem Tisch, hinter dem ein paar Studenten eine Art Präsidium bildeten. Die Mehrheit im Saal rekrutierte sich vorwiegend aus den unteren Semestern. Sie war den Plakaten gefolgt, die mit großen Lettern dazu aufforderten, „massenhaft“ zu kommen. Eine kleine Gruppe verteilte die „Rote Fahne“, eine Zeitung, die als theoretisches Fundament die Aktion begleiten sollte. Auf dem Wandschrank entlang der Saallängsseite hatte ein Student Platz genommen, um mit revolutionären Parolen, wie von einer erhöhten Kanzel aus, die Verhandlungen zu würzen.

Gutbrod, in elegantem Tuch gekleidet, gerade einem silberblauen Porsche Targa entstiegen, begriff überhaupt nichts. Ebenso erging es einem nicht geringen Teil der Erstsemester, deren Haarschnitt offenbarte, dass sie kurz zuvor noch ihren 18-monatigen Wehrdienst abgeleistet hatten. Andere, die begriffen hatten, was die Stunde geschlagen hatte, kamen im Langhans-und-Teufel-Look und wussten auch sprachlich mitzuhalten. Einige wenige Frauen waren auch dabei, deren Namen sofort jeder wusste. Irrlichternd waldorften sogar einige wenige Gutbrodianer am Raum vorbei, mehr oder weniger ratlos dem Schauspiel folgend.

Ich habe das so in Erinnerung, wohl wissend, wie sehr Zeitzeugen Zauberkünstler der Geschichte sind. So meine ich mich auch genau an Rainer Hascher<sup>2</sup> zu erinnern (wie ich mit kurzem Haarschnitt), dem plötzlich der Geduldsfaden riss. „Wann kann man hier endlich Architektur studieren?“ rief er konsterniert.

1 Friedrich Schiller, Die Räuber. 1 Akt.

2 Architekt Rainer Hascher (Jg. 1950), Mitinhaber des Büros Hascher Jehle Architects mit Hauptsitz in Berlin, 1989-2014 Inhaber des Lehrstuhls Konstruktives Entwerfen und klimagerechtes Bauen an der TU Berlin.

Man belehrte uns, die Architektur, wie sie bislang verstanden wurde, sei nicht mehr als ein Abbild des Spätkapitalismus und gehöre allein schon deshalb abgeschafft. Es sei völlig naiv zu glauben, dass das Entwerfen von Gebäuden wie bislang den Kern der Architektur bilde. Ohnehin würde es zukünftig nur noch große Planungsbüros geben. Diese arbeiteten nach wissenschaftlichen, primär soziologischen Grundlagen. Jedes künstlerische Handeln spiele in die Hände des Kapitals und habe das schon immer getan.

Eigentlich hätte ich auch gerne, dem einsamen Rufer Rainer Hascher gleich, ein Studium aufgenommen, in dem man lernte, ganz naiv gesagt, schöne Häuser zu bauen. Für Le Corbusier, Wright oder Mies zu schwärmen, wäre aber der kitschigen Vorstellung gleich gekommen, einem Sonnenuntergang beizuwohnen. So bekamen der Morphologische Kasten, (oder auch Zwicky-Box) und andere Kreativitätstechniken die Hauptrolle in dem Drama, während dem 6B-Stift nicht einmal die Statistenrolle übrig blieb. Doch über allem stand die Abschaffung des Systems, was zunächst einmal in der Besetzung von Lehrstühlen Ausdruck fand. Während die Wände der Architekturfakultät mit linken Parolen übersät waren, blieben die Obergeschosse, in denen die Bauingenieure studierten, von Schmierereien und politischen Plakaten verschont. Die Studenten dort hatten anderes im Sinn, besuchten Vorlesungen und Seminare nach Stundenplan oder spielten in der Cafeteria Skat. Obwohl in einem Haus zusammen, schien es so, als wären beide Fakultäten Welten voneinander getrennt. War diese Trennung nicht auch Zeichen eines wesenhaften Unterschieds, der zeigt, wie unterschiedlich das Denken und Handeln beider Berufe noch heute ist?

Dabei hätte sich doch angesichts der Ablehnung alles Künstlerischen und der Hinwendung zur Theorie und Wissenschaft die Möglichkeit angeboten, zu einer symbiotischen Zusammenarbeit zu gelangen. Und wie oft wurde, bis in die Gegenwart, die Zusammenführung beider Schulen beschworen, vor dem Hintergrund, dass beide auch „zusammen“ ein gemeinsames Ziel bei der Planung und Realisierung einte? Vielleicht ist es der Wesensunterschied zwischen beiden wie bei Mann und Frau des Wetterhäuschens. Obwohl grundsätzlich verbunden, kommen sie doch nie zusammen: er für den Regen, sie für die Sonne, aber beide gemeinsam für das Wetter. Könnte es nicht sein, dass in der Differenzierung des Denkens und Handelns auch ein entscheidender Vorteil zu sehen ist? „Nein“, werden noch heute mehrheitlich die Architekten antworten, bei gleichzeitigem Lamentieren über ihren Kompetenzverlust.

Die Vereinigung der gesellschaftlichen Gruppen sowie die Abschaffung der Vorstellung unterschiedlicher Begabungen waren Kernpunkte der 68er. Alle können alles. So erklärt sich die Auffassung, es ließen sich ästhetische Regeln durch die Erforschung der Umstände entdecken, die etwa beim Betrachter eine besondere

Aufmerksamkeit beim Anblick und Gebrauch von Gegenständen und Räumen bewirken. Diese könnten dann als quantifizierbare Kriterien in einen Anforderungskatalog einfließen. Dadurch wird der „Künstlerarchitekt“ obsolet, wie überhaupt diese Bezeichnung zum Schimpfwort avancierte. Auf der anderen Seite wurde damit der Weg für künstlerisch unbegabtere Personen frei, die nun von sich aus überzeugt waren, dass Entwerfen mit Begabung überhaupt nichts zu tun habe. Plötzlich konnten alle entwerfen, und in der Folge ergänzten nicht wenige Lehrstuhlinhaber für seitherige Spezialfächer ihre Widmung mit „und Entwerfen“, obwohl die Mehrzahl dieser Professoren gleichzeitig nicht müde wurde, darauf hinzuweisen, dass in der Architektur keine Entwerfer benötigt werden, weshalb die Lehrinhalte zugunsten bestimmter Wissensgebiete geändert werden sollten. Dies geschah auch in der Folge.

Der ursprüngliche Enthusiasmus der Revolution verblasste allmählich. Schon nach den ersten Semestern wurden Überlegungen angestellt, ob für den späteren Beruf, wie immer er sich gestalten werde, nicht doch irgendwelche Leistungsnachweise von Wert seien. So begannen wir in Gruppen theoretische Abhandlungen, etwa über Bauphysik oder Baukonstruktion, aufzuschreiben. In einer Art Selbstfindungsphase benoteten wir unsere Arbeit selbst und ließen uns durch die entsprechenden Lehrpersonen die Note bestätigen (was nicht immer gelang).

Inzwischen geisterte das Zauberwort Planungstheorie durch die Fakultät. Diese sei nun, so ihre Urheber, der endgültige Schritt, den Entwurf in ein objektives mathematisches Modell zu gießen. Unendliche Tabellen, Listen und Diagramme bestimmten den Weg zum gesicherten Plan. Da begann ich darüber nachzudenken, was der eigentliche Grund war, der mich veranlasst hatte, Architektur zu studieren. Nach dem Abitur hatte ich mich mit einer Mappe voll Aquarellen und Zeichnungen an der damaligen TH beworben. Der Wehrdienst kam dazwischen, aber der Anspruch auf den Platz blieb. Für die Neuen zählte die Abiturnote. Künstlerische Begabung? Absage...

Wenn diese naive Vorstellung, Architektur habe etwas mit Kunst zu tun, nun keinen Bestand mehr haben sollte, fand ich es naheliegend, mich ausschließlich der Architekturgeschichte zu widmen, weshalb ich mich für ein Stipendium an der TH Wien für Denkmalpflege bewarb. Schließlich konnte man in diesem Bereich ungeniert von Baukunst sprechen und kam direkt mit ihr in Verbindung. Nach zwei Semestern hatte ich zwar viel gelernt, aber das Studium selbst war doch, nüchtern betrachtet, formal und trocken. In Stuttgart war die Revolution wie das Hornberger Schießen zu Ende gegangen. Zwar hatte, wie man damals sagte, die „DIN-A4-Architektur“ nach wie vor große Bedeutung, zaghafte fand auch das Zeichnen von richtigen Plänen, wie auch das Bauen von Modellen wieder Eingang in eine nunmehr leicht geordnete Lehre.

Bezogen auf das Entwerfen waren meine Kenntnisse mit Abschluss des Studiums dürftig. Ich hatte Glück, dass mich Ernst Gisel in sein Büro aufnahm und ich dort all das lernen und erfahren durfte, was ich im Studium versäumt hatte. Damals wurde mir auch bewusst, dass eine ausgezeichnete Note im Studium überhaupt nichts über die wirkliche Eignung im späteren Beruf aussagt.

War die Flucht der Architekturfakultäten hin zu scheinbar exakten Wissenschaftsgebieten nicht gleichzeitig eine Flucht weg von der vermeintlichen Unwissenschaftlichkeit des Entwerfens, gepaart mit der Sorge, im universitären Betrieb nicht ernst genommen zu werden? Diese Haltung führte letztendlich zu der Aufspaltung des Berufsbildes in spezialisierte Bereiche, die von ihren Vertretern wie eigene Territorien betrachtet werden: Stadtplanern, Raumplanern, Hochbauarchitekten, Innenarchitekten, Landschaftsarchitekten usw. Seither bewachen die Kammern mit Argusaugen die Abgrenzung der Claims, um sicherzustellen, dass zum Beispiel Architekten keine Außen- oder Freianlagen entwerfen oder als „Hochbauarchitekten“ im Städtebau tätig sind. Dabei ist doch die wesentliche Eigenschaft dieses Berufes gerade im Gegenteil zu finden: im Generalistentum.

Sicher bin ich mir heute, dass die Zeit der 1968er Jahre für eine Ausbildung an einer Architekturfakultät, wenigstens jener in Stuttgart, mehrheitlich zu mangelhaften Ergebnissen geführt hat. Als Mitte/Ende der siebziger Jahre die Projekte der Tessiner Architekten in Deutschland publik wurden, fiel es uns wie Schuppen von den Augen, wie dort in einer ungeheuren Kraft und Schönheit etwas existierte, wovon wir glaubten, vielmehr wovon uns glauben gemacht wurde, dies sei nicht mehr möglich. Plötzlich war mit aller Macht die Architektur zurück. Aber die Architektur der siebziger Jahre in Deutschland konnte da, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht mithalten. Seelenlose Kisten, wie sie Bloch beschrieben hatte, wie auch die Unwirtlichkeit der Städte waren das Ergebnis einer nur nach Zahlen und Optimierung orientierten Planungsphilosophie. Das war und ist immer noch die Folge der Geringschätzung des Entwerfens als der Voraussetzung für Baukunst.

Geblichen ist jedoch als Positivum die erworbene Unerschrockenheit gegenüber Institutionen und Hierarchien; eine Eigenschaft, die im Umgang mit Ämtern, Regeln und Forderungen in der Berufspraxis von großem Wert ist. Auch das Nachdenken darüber, was Gesellschaft ausmacht, was sie bereichert, was ihr schadet, fehlt der Architektur von heute. Wo immer heute von Architektur gesprochen wird, sind damit mehrheitlich einzelne Gebäude gemeint, die sich durch raffinierte Gestaltung von den Nachbarn, dem Quartier und der Stadt als Ganzes abzusetzen suchen. Das Denken und Handeln für eine soziale Gesellschaft ist uns abhanden gekommen. Der Architektur täte es gut, wenn sie sich dieser Tugenden erinnerte, denn das steht doch ganz am Anfang des Entwerfens .

## **Von Sturm und Drang zu Amt und Rang**

„Wir können uns die Reichen hier nicht leisten“. So empfängt 2017 das alternative Kreuzberg das neue Metropolitan Orania Hotel am Oranienplatz in Kreuzberg SO36. Der Hotelier dagegen schwärmt vom Glanz der 1920er Jahre, als der Oranienplatz mit dem großzügigen Eckgebäude im Jugendstil einer der elegantesten Orte der Stadt war. Der bereits um 1850 von Peter Joseph Lenné angelegte Oranienplatz hat viele Wandlungen erlebt.

### **Sanierung – für wen?**

Unweit des Oranienplatzes verlief die Mauer, als wir 1970 als Architekturstudenten der TU neben dem heutigen Orania Hotel einen leerstehenden Laden mieteten. Um wissenschaftliche Theorie und gesellschaftliche Praxis zu verbinden, gründeten wir als „Basis-Gruppe“ dort ein „Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit“. Es war die Zeit der „Sanierung und Entwicklung von Stadt und Land“ durch große Verkehrsbauten, neue Hochschulen, Kliniken und Flächensanierungen modernisierungsbedürftiger Altstadtquartiere. Der West-Berliner Flächennutzungsplan zeigte statt des Oranienplatzes ein Autobahnkreuz. Kreuzberg SO36 mit seinen gemischt genutzten Hinterhöfen, Wohnungen ohne Bäder, Toiletten im Treppenhaus und Kohleöfen sollte abgerissen werden, um modernen Neubauten zu weichen, wie sie in jenen Tagen am Kottbusser Tor und im Märkischen Viertel in die Höhe wuchsen. Es war auch die Zeit sozialer Unruhe, der Studentenbewegung und außerparlamentarischer Opposition und erster Bürgerinitiativen gegen die Maß- und Rücksichtslosigkeit des städtebaulichen und sozialen Umbaus.

Unsere „Basisgruppe“ betrieb Feldforschung durch Befragung der Bewohner des Kreuzberger Sanierungsgebiets und entwickelte zugleich technische Vorschläge für kostengünstige einfache Sanierungsmaßnahmen im sozialen Interesse der Bewohner und des insgesamt erhaltenswerten Baubestandes. In der Textsammlung „Sanierung – für wen?“ veröffentlichten und übersetzten wir wissenschaftliche Beiträge zur Stadterneuerung aus Europa und den USA. Zugleich mobilisierten wir Widerstand gegen die zwangsweise Umsiedlung der Bewohner des Sanierungsgebiets und den Kahlschlag des gewachsenen Quartiers mit seiner hohen architektonischen und urbanen Qualität. Den Höhepunkt bildete die Kampagne zum Erhalt

des Bethanien-Krankenhauses am Mariannenplatz. Der pittoreske Backsteinbau der berühmten Architekten Persius und Stüler ist heute ein Baudenkmal samt Apotheke Theodor Fontanes. 1970 sollte er für spekulativen Wohnungsbau abgerissen werden. Die Demonstration, in der Ärzte und Krankenschwestern in weißen Kitteln mitzogen, wurde gekrönt von einem Wagen mit der Bethanien-Silhouette unter kreisenden Geiern. Dass rote Fahnen und Mao-Bilder den Zug begleiteten, spiegelte den Geist der 68er-Zeit, so bizarr es heute erscheint.

### **13 Mäuse für Deng**

Es war die Zeit des Vietnam-Kriegs, der den Blick für die Entwicklungen der Dritten Welt weitete und Anteilnahme weckte für den gesellschaftlichen Wandel, der wie ein Beben die ganze damalige Welt ergriff. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 und das zum kriegerischen Grenzkonflikt am Ussuri 1969 zuge-spitzte Zerwürfnis Chinas und der Sowjetunion beunruhigten die Welt und führten zur diplomatischen Öffnung Chinas.

Nach dem Diplom 1971 war ich mit einem der Kreuzberger Mitstreiter als Planer in Düsseldorf tätig, doch lockten uns und meine Frau Neugier und Abenteuerlust. Mit einem 2-Jahresvertrag als Lektoren im Fremdsprachen-Verlag Peking reisten wir ins unbekannte China. Anfang Januar 1976 erlebten wir in Peking die Trauer um den verstorbenen Zhou Enlai und den Streit um seine Nachfolge als Ministerpräsident. Der designierte Nachfolger Deng Xiaoping wurde zum Ziel der kulturevolutionären Linksradi-kalen um Maos Frau Djiang Tjing. Deng wurde als „kapitalistischer Machthaber in der Partei“ kritisiert und wegen seiner pragmatischen Haltung („Ob die Katze schwarz oder weiß ist, ist mir egal, Hauptsache sie fängt Mäuse“) als schwarz-weiße Katze karikiert. Als die Kollegen unserer deutschen Abteilung im Fremdsprachen-Verlag Deng in Wandzeitungen kritisieren mussten, zeichnete auch ich eine kleine Wandzeitung mit einem Zitat Maos, das ich in einer Rede Zhou Enlais entdeckt hatte und zierte es mit 13 kleinen Mäusen: „Ihr sollt euch zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben. Seid offen und ehrlich und befasst euch nicht mit Verschwörungen und Ränken. Mao Tsetung.“

Nach Maos Tod im Juli 1976 wurde ich an einem Sonntag im Oktober in die Druckerei gerufen, dieses Zitat aus dem Englischen ins Deutsche zu übersetzen, ergänzt um den Satz: „Ihr sollt keine Viererbande bilden!“ Mit dem Zitat wurde in allen Zeitungen Chinas der Sturz der „Viererbande“ verkündet. Deng Xiaoping wurde 1977 rehabilitiert, um – so Helmut Schmidt – das größte Reformwerk der Geschichte zu beginnen. Dem Sieg der Reformer aber ging voraus, dass die Bevölkerung im April 1976 offen Partei ergriff, als sie am Volkstrauertag zu Hunderttausenden mit Kränzen und Blumen zum Platz des Himmlischen Friedens strömte, um mit der

demonstrativen Trauer um Zhou Enlai ihren Unmut über die Machtambitionen von Maos Frau Djang Tjing zu bekunden – Trauer, die die Welt veränderte.

Als wir Ende 1977 China über die Hochhausstadt Hongkong verließen, blickten wir zurück auf ein Peking, das uns mit seinen eingeschossigen Hofhäusern, winkligen Gassen, Fahrrädern, Transportkarren und Lastkraftwagen als riesiges Dorf erschien, in der Mitte der Kaiserpalast und Staatsbauten im sinosowjetischen Stil. Heute dominieren Hochhäuser und Autostraßen die dynamisch wachsende Metropole. Als Deng Xiaoping den Architekten Ioh Ming Pei nach Peking als Ratgeber zur Pekinger Stadtentwicklung einlud, empfahl dieser ein Verbot für Hochhäuser in einem 1-km-Radius um den Kaiserpalast.



**Abb. 1:** Peking 1976: Florian Mausbach im Friendship Hotel Youji Binguan mit Rollbild zum Sturz der Viererbande; Linolschnitt: Ursula Mausbach, 1976.

## Supraurbia

Als Architekt der Erweiterung des Berliner Zeughauses berichtete Pei, wie er den Auftrag für das Hochhaus der Bank of China in Hongkong erhielt. Nicht er, sondern sein in New York lebender Vater wurde von der Pekinger Führung gefragt, ob er ihnen verzeihen könne, dass er als Bankier einst China verlassen musste und ob sein Sohn in Hongkong die Bank of China bauen dürfe. Peis Vater antwortete: Erstens Nein, zweitens Ja. In Hongkong konkurrierte I. M. Peis Bank of China mit Norman Fosters Hongkong Schanghai Bank im Höhenwettbewerb, den Pei gegen die einstige Kolonialbank trotz geringerer Mittel durch eine genial sparsame Stahlkonstruktion gewann. Seine Honorarforderungen orientierte er an Fosters Honorar für den Reichstag.

Das Thema Hochhäuser fasziniert mich bis heute. Nach der Rückkehr in die Heimat und dem Zweiten Staatsexamen in Städtebau erhielt ich 1982 als Baurat der Stadt Frankfurt am Main als erstes ein Gestaltgutachten zur Frankfurter Innenstadt auf den Tisch. Ganz anders als Prof. Martin Einsele, der weitere Hochhäuser in Frankfurts City strikt ablehnte, empfahl ich als Existenzbedingung der Finanz- und Verkehrsmetropole die Weiterentwicklung der Hochhaus-City unter Beachtung schutzwürdiger Gründerzeitquartiere wie Westend und Bahnhofsviertel:



**Abb. 2:** Frankfurt am Main: Projektzeichnung „Campanile“; Quelle: [www.fay.de/de/?sev\\_projekte=hochhaus-campanile](http://www.fay.de/de/?sev_projekte=hochhaus-campanile).

Erhaltung und Entwicklung. Erst als persönlicher Referent des Planungsdezernenten, später als Leitender Baudirektor half ich, diesen Leitsatz durch Erhaltungssatzungen für Gründerzeitquartiere und historische Ortskerne sowie einen neuen Hochhaus-Entwicklungsplan umzusetzen.

Die Idee eines freistehenden Hochhauses als „Campanile“ neben dem einst als „Kathedrale des Verkehrs“ gefeierten Frankfurter Hauptbahnhof entwickelte ich zunächst heimlich mit einem Frankfurter Architekten – ein gemischtes Hotel- und Bürohochhaus mit Kino und Ladenpassage im Sockel und Aussichtsrrestaurant in der Spitze als höchstes und erstes Stahlhochhaus in Europa. Später wurde die Baugenehmigung für den fertig geplanten Turm gekippt, als die Grünen in der Stadtregierung mitwirkten – sie hatten im Wahlkampf mit dem Plakat „Kein Haus höher als ein Baum“ geworben. Der gescheiterte Campanile aber gab den Anstoß zum Messeturm von Helmut Jahn und einer neuen Frankfurter Hochhausgeneration über 150 Meter. Heute feiern die Frankfurter – auch die Grünen – ihre Hochhaus-Silhouette mit „Wolkenkratzer-Festivals“. Der gemeinsam mit Jochem Jourdan entwickelte Vorschlag für einen Campanile an der Großmarkthalle im Frankfurter Ostend wurde zwei Jahrzehnte später wieder aufgegriffen – als Standort für die Europäische Zentralbank.

### **Erinnerungs- und Gedenkkultur**

In den 1980er Jahren erlebte die Stadt Frankfurt am Main nach Jahren der Bauspekulation und Häuserkämpfen eine Rekultivierung: Der Römerberg erhielt mit einer Fachwerkzeile ein historisches Gesicht, die Alte Oper wurde als Konzerthaus wieder aufgebaut und am Main entstand das Museumsufer. Zum öffentlichen Streit kam es um die Erweiterung der Stadtwerke am Börneplatz, dem Gelände der von Max Beckmann verewigten, 1938 zerstörten Synagoge. Der Bebauungsplan aus den 1950er Jahren sah ein Parkhaus vor. Der Wettbewerb war bereits ausgeschrieben, als Salomon Korn, junger Architekt des jüdischen Gemeindezentrums im Westend, protestierte. Im Preisgericht weckte ich Salomon Korns Interesse – er war als Gast geladen – für einen Entwurf, der durch Verzicht auf ein Wohnhaus Raum für einen neuen Börneplatz als Gedenkstätte bot. Ich rannte ins Rathaus, um den Oberbürgermeister ins Preisgericht zu bitten. Dr. Wallmann kam, ließ sich den Entwurf erläutern und versprach in der Pressekonferenz zum Wettbewerb ein Denkmal für die ermordeten Frankfurter Juden auf einem neuen Börneplatz neben dem Jüdischen Friedhof. Jahre später errichtet, war es wohl das erste Holocaust-Mahnmal in Deutschland. Ein Zeichen gegen die Unfähigkeit zu trauern.

### **Mit Filzstift und Bronze Stadt gestalten**

1990 wurde ich vom Rat der Stadt Bielefeld zum Bau- und Planungsdezernenten gewählt, verantwortlich für Stadtplanung, Verkehr, Hochbau, Bauaufsicht, Denkmalschutz und Stadtvermessung. Es gibt keinen schöneren Beruf für einen Architekten und Stadtplaner, im unmittelbaren Kontakt mit Kommunalpolitik und Bürgerschaft im Kleinen und Großen Stadt zu gestalten. Ein neuer Flächennutzungsplan sollte her. Angesichts des Verwaltungs- und Zeitaufwandes schlug ich stattdessen ein Stadtentwicklungskonzept vor. Ein erst verspotteter „Filzstiftplan“ wurde schrittweise konkretisiert, in allen Ortsteilen erörtert, schließlich vom Rat als „Räumliches Stadtentwicklungskonzept“ förmlich beschlossen – als eine auch vom Regierungspräsidenten anerkannte Grundlage für Änderungen des Flächennutzungsplans.

Öffentlichem Ärger über den Bearbeitungsstau bei Bebauungsplänen konnte – damals etwas Neues – durch Beauftragung freier Planer abgeholfen werden. Architektur- und Städtebau-Wettbewerbe mit überregionalen Teilnehmern wie Hans Kollhoff und Mario Campi erregten Aufmerksamkeit über Ostwestfalen hinaus. Ein Wahrzeichen für den neugestalteten Jahnplatz aber erwies sich als schwierigste Aufgabe: etwas Grünes, etwas Abstraktes oder ein Denkmal für Turnvater Jahn? Nach zwei gescheiterten Wettbewerben bat ich einen jungen Bildhauer um einen

Entwurf für eine markante Uhr als kleinsten gemeinsamen Nenner. Eine Bielefelder Traditionsfirma gewann ich als Mäzen. Heute schmückt die „Alcina-Uhr“, ein kunstvoll-dekorativer, acht Meter hoher Bronze-Keil, den Mittelpunkt der Stadt als Treffpunkt für Besucher und Verliebte.

### ***Bauen für die Berliner Republik***

Bundesbau- und Umzugsminister Klaus Töpfer ernannte mich 1990 zum Präsidenten der Bundesbaudirektion, später erweitert zum Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), verantwortlich für die Bauten des Bundes in Berlin, der Bundesstadt Bonn und im Ausland. Hauptaufgabe war die bauliche Vorbereitung des Umzugs von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin. Töpfer traf die erste wichtige Entscheidung zur Weiternutzung der Staatsbauten aus DDR und „Drittem Reich“. Es war unsere Aufgabe, erfahrene Architekten, Planer, Projektsteuerer und Baufirmen für die nach Berlin umziehenden Ministerien auszuwählen. Bei Neu- und Erweiterungsbauten wurden internationale Wettbewerbe ausgeschrieben. Für die Bauten im Spreebogen – Bundestag und Kanzleramt – war die Bundesbaugesellschaft tätig, die nach Fertigstellung der Bauten im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) aufging. Nach der Wiedervereinigung waren diplomatische DDR-Grundstücke in aller Welt in Bundesbesitz gelangt, über deren Weiterverwendung befunden werden musste. Die wieder aufgelebten Staaten des ehemaligen Ostblocks erforderten den Bau neuer Botschaften und Kulturinstitute.

Wie soll sich Deutschland in seinen neuen Bauten repräsentieren – in Berlin und im Ausland? Ein deutlicher Wandel des staatlichen und gesellschaftlichen Selbstverständnisses von der Bonner zur Berliner Republik spiegelte sich auch in der Architektur, schon im ersten Berliner Staatsbau des Bundespräsidialamtes mit seiner klassisch-geometrischen Form und steinernen Fassade. Oder im Kanzleramt, das in seiner mächtigen Palastgestalt mit Ehrenhof und abstrahierter Säulenfront Bundeskanzler Schröder bei seinem Einzug sagen ließ: „Hier wird nicht geherrscht, sondern regiert.“

Alle Bundesbauten wurden und werden künstlerisch ausgestaltet. Um einen „historisch kontaminierten“ Bau wie Goebbels Propagandaministerium als Arbeits- und Sozialministerium atmosphärisch zu erneuern, half eine großzügige Kunstgestaltung und eine neue lichte Halle von Josef Paul Kleihues mit großem Wandbild von Daniel Buren. Auf Wunsch von Minister Riester sollte der steinerne Hof als Pausenhof freundlich begrünt werden. Ein gartenkünstlerischer Wettbewerb zeigte Blumenbeete und Wasserbecken. Beim Besuch nach Fertigstellung empfing mich schon in der Halle Friedhofsgeruch. Aus Kostengründen waren aus Blumenbeeten dauergrüne Buxbeete in Grabesgröße geworden, Naturstein-Sitze

am Kopfende – das Bild eines Soldatenfriedhofs. Offenbar sträubt sich das denkmalgeschützte Haus gegen zu viel Heiterkeit.

Zu unseren schönsten Aufgaben gehörten Kulturbauten wie die Erneuerung und Erweiterung des barocken Zeughauses als Deutsches Historisches Museum sowie die Bauten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, mit Höhepunkten wie dem Wiederaufbau des Neuen Museums und dem Wettbewerb für das Berliner Schloss als Humboldtforum. Hier gäbe es viele Anekdoten zu erzählen.

### ***Ruhestand***

Als Bürger, nicht als Beamter, gründete ich zusammen mit dem DDR-Bürgerrechtler Günter Nooke eine Initiative für ein Denkmal der Friedlichen Revolution. Es soll, so hat es der Bundestag beschlossen, als Denkmal der Freiheit und Einheit „von unten“ auf der Schlossfreiheit entstehen, auf dem leeren Sockel des ehemaligen wilhelminischen Nationaldenkmals der ersten deutschen Einheit „von oben“.

Heute als Pensionär verfolge ich mit Interesse und Engagement Berlins Stadtentwicklung, gelegentlich als Journalist, auch als Vereinsvorsitzender eines ArchitekturClubs mit Veranstaltungen zu Baukultur und Stadtentwicklung. Berlin ist nach Jahren des Wiederaufbaus und der Konsolidierung als vereinte Hauptstadt in eine neue Wachstumsphase getreten mit neuen großen Herausforderungen und Möglichkeiten. Die rasch wachsende Bevölkerung braucht bezahlbaren Wohnraum. Früher in Ost und West zum Abriss bestimmte Gründerzeitquartiere haben sich zu attraktiven Wohn- und Startup-Standorten entwickelt. Die Stadt wird dichter und drängt in die Höhe. Berlin – in seinem Wesen Preußen und Amerika – ist eine Hochhausstadt. Sie hat keine empfindliche historische Stadtsilhouette wie Köln, Hamburg und München. Zwangsläufig wird der wachsende wirtschaftliche Druck rund um die Knotenpunkte des öffentlichen Verkehrs zu Hochhaus-Citys führen, den Marktplätzen der globalisierten Welt. Wohnhochhäuser an Wasserlagen, Parks und Stadträndern bieten Chancen für Berlin als metropolitanen Wohnort. Neue Wohn- und Arbeitsquartiere sollten von der Beliebtheit gemischter Gründerzeitviertel lernen. Die Stadt wächst über ihre Grenzen hinaus. Eine koordinierte Regionalentwicklung kann Berlin und Brandenburg zu einer dynamischen europäischen Metropolregion machen. Berlin ist eine Stadt des Ostens. Mit der weiteren Entwicklung der Staaten Mittel- und Osteuropas – Chinas neue Seidenstraße sucht über sie ihren Weg nach Europa – rückt Berlin mehr und mehr in die geographische Mitte Europas – als Mittler zwischen Ost und West.

## AUTORINNEN / AUTOREN

**Heidede Becker** (\*1943); Studium an der Fakultät für Architektur der TU Berlin (1963-1970) und Promotion zum Dr.-Ing.; wiss. Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Urbanistik Berlin (1970-2006; Themen: Stadterneuerung, Städtebau, integrierte Stadtteilentwicklung); Mitherausgeberin der Stadtbauwelt (1986-1990), diverse Lehraufträge an FU, HdK und Humboldt-Universität (1976-1996); ab 2006 freiberufliche Tätigkeit in der Stadtforschung (Planungs-, Haus- und Quartiersgeschichte), Mitglied der DASL.

**Harald Bodenschatz** (\*1946); Studium der Staatswissenschaften bzw. Soziologie an der LMU München (1967-1969) und der FU Berlin (1969-72); Lehre an der RWTH Aachen und an der TU Berlin seit 1972 in den Studiengängen Architektur sowie Stadt- und Regionalplanung; 1995-2011 Universitätsprofessor für Planungs- und Architektursoziologie an der TU Berlin, jetzt assoziiertes Mitglied des Center for Metropolitan Studies an der TU Berlin und Angehöriger des Bauhaus-Instituts für Geschichte und Theorie der Architektur und der Planung an der Bauhaus-Universität Weimar; Forschungen und Publikationen zum Städtebau. Mitherausgeber der Zeitschrift Forum Stadt.

**Kerstin Dörhöfer** (\*1943). Studium der Architektur an der TU Berlin und der TH Wien (1962-1969); Architektur- und Städtebaupraxis in Berlin; wiss. Assistentin und Promotion zum Dr.-Ing. am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin; Professorin für Stadt- und Regionalentwicklung sowie Soziologie und Ökonomie des Städtebaus an der Fachhochschule Aachen (1981-86), für Architektur und Urbanistik an der Universität der Künste Berlin (1986-2008), Key-Professorin im Projektbereich „City and

Gender“ der International Women's University im Rahmen der EXPO 2000; Forschungen und Publikationen zu Wohnungs- und Städtebau, Architektur- und Stadtentwicklung, Geschlechterverhältnissen und Raumstrukturen.

**Werner Durth** (\*1949); Studium der Architektur und Stadtplanung, Soziologie und Philosophie an der TH Darmstadt und der Universität Frankfurt (1967-1975); Promotion 1976, danach Lehraufträge für Urbanistik und Stadtsoziologie an der Hochschule für Gestaltung in Bremen und an der Universität Hannover (1976-1981); Professor für Umweltgestaltung an der Universität Mainz (1981-1993); Institutsdirektor und Professor für Grundlagen Moderner Architektur und Entwerfen an der Universität Stuttgart (1993-1998); Professor für Geschichte und Theorie der Architektur an der TU Darmstadt (1998-2017); Forschungen und zahlreiche Publikationen zur Architektur und Stadtplanung.

**Tilman Harlander** (\*1946); Studium der Soziologie, Volkswirtschaft, Politikwissenschaft und Psychologie an der LMU München (1967-1969) und der FU Berlin (1969-1972); 1972-1997 Lehr- und Forschungstätigkeit an verschiedenen Architektur- und Planerfakultäten in Aachen, Dortmund und Lima; 1989-1997 Aufsichtsratsvorsitzender der Aachener städtischen Wohnungsgesellschaft GEWOG; 1997-2011 Universitätsprofessor für Architektur- und Wohnsoziologie an der Architekturfakultät der Universität Stuttgart; seit 2011 freiberuflich tätig; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Architektur- und Wohnsoziologie, Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung, Wohnungspolitik; Mitherausgeber der Zeitschrift Forum Stadt.

**Johann Jessen** (\*1949); Studium der Architektur mit Schwerpunkt Stadtplanung an der TH Darmstadt; nach dem Diplom 1975 freiberufliche Tätigkeit als Stadtplaner; 1978-1990 Lehr- und Forschungstätigkeit an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg als wiss. Mitarbeiter am Studiengang Stadt- und Regionalplanung und in der Arbeitsgruppe Stadtforschung; 1992-2016 Professor für Grundlagen der Orts- und Regionalplanung an der Fakultät Architektur und Stadtplanung der Universität Stuttgart; Zahlreiche Beiträge zur Stadt- und Planungsforschung; Mitherausgeber der Zeitschrift *Forum Stadt*.

**Thomas Krämer-Badoni** (\*1944); Studium der Rechtswissenschaft 1964-1967 in Heidelberg und Frankfurt, 1967-1971 Studium der Germanistik, Soziologie und Theaterwissenschaft an der LMU in München; 1970 Gründung der Arbeitsstelle für verkehrssoziologische Forschung (mit H. Grymer und M. Rodenstein) zur Durchführung sozialwissenschaftlicher Auftragsforschung in den Schwerpunkten Verkehrswissenschaft, Wohnungsmarkt, Kommunal- und Regionalwissenschaft; 1973-1975 Stipendiat am „Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“ in Starnberg (Abt. Habermas); 1978-2008 Professor für Stadt- und Regionalsoziologie an der Universität Bremen.

**Arno Lederer** (\*1947); nach dem Architekturstudium in Stuttgart und Wien Mitarbeiter in den Büros Ernst Gisel, Zürich und Berger Hauser Oed, Tübingen; seit 37 Jahren Arbeit als selbständiger Architekt. Die Bauten und Wettbewerbsbeiträge des Büros Lederer Ragnarsdóttir Oei sind vielfach ausgezeichnet. Er war Professor an der Hochschule für Technik, Stuttgart und an den Universitäten Karlsruhe und Stuttgart und ist als Mitglied in zahlreichen Beiräten tätig.

**Florian Mausbach** (\*1944); Architektur- und Städtebaustudium an der TU Braunschweig und TU Berlin; 1975-77 Planer in Düsseldorfer Büros; 1976-1977 Lektor im Verlag für Fremdsprachige

Literatur Peking; 1979-1981 Städtebaureferendariat beim Land Hessen; 1981-1990 Stadtplaner bei der Stadt Frankfurt a.M.; 1990-1995 Bau- und Planungsdezernent der Stadt Bielefeld; 1995-2009 Präsident der Bundesbaudirektion bzw. des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung in Bonn/Berlin; Vorsitzender des Vereins ArchitekturPreis Berlin e.V. und des deutsch-polnischen Fördervereins Villa Wolf e.V. zum Wiederaufbau des modernen Erstlingswerks (1926) von Ludwig Mies van der Rohe in Gubin.

**Michael Müller** (\*1946); Studium der Kunstgeschichte, Archäologie, Philosophie, Soziologie und Psychologie in Frankfurt a.M., Wien und London (1965-1974); Lehre an der Hochschule für Gestaltung in Offenbach am Main seit 1973 im Studiengang Architektur; 1977-2011 Universitätsprofessor für Kunstwissenschaft und Kulturwissenschaft an der Universität Bremen; Gründungsmitglied von Architop, dem Bremer Institut für Architektur, Kunst und städtische Kultur (2002) und dem Bremer Zentrum für Baukultur, bzb (2003); Forschungen und Publikationen zur Kunst- und Architekturgeschichte, Kulturtheorie, Ästhetik, Avantgarde, Faschismus, Massenkultur und Stadt.

**Marianne Rodenstein** (\*1942); Studium der Soziologie, Volkswirtschaft und Wirtschaftsgeschichte an der LMU München und der FU Berlin; danach freiberufliche Tätigkeit in der „Arbeitsstelle für Verkehrssoziologische Forschung, München; Promotions- und Forschungsstipendien am Max-Planck-Institut zur Erforschung der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg, Abt. Habermas (1972-1977); wiss. Mitarbeiterin am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin (1979-84); Lehrstuhlvertretungen u.a. an der RWTH Aachen. 1988-2007 Universitätsprofessorin für Stadt-, Regional- und Gemeindesoziologie sowie Sozialpolitik an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Mitherausgeberin der Reihe *Stadt, Raum und Gesellschaft*; Beiratsmitglied der Stiftung *Maecenia* für Frauen in Wissenschaft und Kunst.

Nina Gribat/Philipp Misselwitz

# Vergessene Schulen der Architektur- und Stadtplanungslehre

Architektur- und Planungsgeschichte wird vor allem über einen Fokus auf gebaute Werke, heroische Baumeister und wegweisende Entwürfe vermittelt. Doch beim Blick auf die 1960er und 1970er Jahre wird deutlich, dass wesentliche Neuerungen in Architektur und Planung sich oft mit anderen Mitteln als dem gebauten Werk artikulieren. Aber aufgrund der auf gebauten oder gezeichneten Entwürfen basierenden Erinnerungskultur geraten diese oft in Vergessenheit.

In unserem kürzlich erschienenen Buch „Vergessene Schulen: Architekturlehre zwischen Reform und Revolte um 1968“ verfolgen wir daher einen anderen Ansatz der Erinnerung und Geschichtsschreibung. Wir fokussierten unsere Arbeit auf die damals vor allem von jungen Studierenden entwickelten Ideen zur Veränderung der Architektur- und Stadtplanungslehre und ihre kritische Reflexion der Berufspraxis. Im Vordergrund standen Fragen nach der gesellschaftlichen Relevanz der Architektur- und Stadtplanung, nach wissenschaftlichen Methoden und Theorien des Entwerfens, nach alternativen Produktionsbedingungen in Bau und Planung. Diesen Fragen ist eines gemeinsam: Sie haben nach wie vor eine große Aktualität.

Unser Fokus auf die 1960er und 1970er Jahre entspringt also weniger einem historischen Interesse. Vielmehr möchten wir mit den damaligen Themen einen Beitrag leisten zu unseren heutigen Debatten um eine zeitgemäße und zukunftsweisende Lehr- und Berufspraxis in Architektur und Stadtplanung.

Unsere Untersuchungen begannen mit einem Seminar über die „Vergessene Stuttgarter Schule“ im Sommersemester 2011. Den Impuls bekamen wir von Wolfgang Schwinge, der Anfang der 1970er Jahre als Student die sogenannte „Lehre ohne Professoren“ an der Architektur fakultät der Universität Stuttgart durchlebte und mitgestaltete. Zu dieser Zeit fanden so gut wie keine offiziellen Lehrveranstaltungen statt. Viele Professoren waren nicht anwesend. Die Studierenden entwickelten ihre Studienpläne und Studieninhalte weitestgehend eigenständig. Diese „wilden Jahre“ haben in der offiziellen Geschichtsschreibung der Fakultät kaum Beachtung gefunden, obwohl der Einfluss auf heutige Lehrformen in der Architektur- und Städtebaulehre kaum zu leugnen ist. Uns wurde bewusst, dass viele der Lernformen und Ansätze wie Gruppen- und Projektarbeit sowie die Möglichkeit, selbst gestellte, gesellschaftlich relevante Aufgaben zu bearbeiten, auf die Forderungen der damals Studierenden zurückgingen. Im Kontext der allgemeinen Studentenunruhen, die auch in Stuttgart zu einer Politisierung und Radikalisierung führten, entwarfen sie eine radikale Studienreform und entwickelten Ideen für ein gänzlich neues Berufsbild. Interdisziplinarität und Wissenschaftlichkeit waren wichtige Themen. In einer stetigen Gratwanderung zwischen Rationalisierungsbestrebungen und Politisierung wurden damals leidenschaftliche Debatten über die gesellschaftliche Relevanz von Architektur und Stadtplanung geführt, die wir

in unserer eigenen Gegenwart – die Fakultät für Architektur und Stadtplanung Stuttgart befand sich in dieser Zeit in einem Prozess mühseliger und bürokratischer Studienreform – vermissten.

Nach unserem beruflichen Wechsel an die TU Berlin bezogen wir zusammen mit Helmut Görlich fortan die Geschehnisse an der TU Berlin mit ein. Damit erweiterte sich auch unser zeitdiagnostisches Spektrum. Es wurde schnell deutlich, dass die Dynamiken der Bewegungen an beiden Universitäten sehr unterschiedlich verliefen, trotz einiger unverkennbarer Parallelen. Themen wie Stadtteilarbeit und der Bezug zur aktuellen Stadtentwicklungspolitik waren in Verbindung zum Kahlschlagsanierung in Kreuzberg und zum Bau des Märkischen Viertels in Berlin stärker ausgeprägt, während in Stuttgart in Verbindung zu den Entwicklungen an der Hochschule für Gestaltung Ulm und Theoretikern wie Max Bense ein deutlicher Schwerpunkt auf den Rationalisierungsbestrebungen des Entwurfs lag. Beiden Orten gemein war ein ausgesprochener Fokus auf selbstorganisierte Lehrformate, die sich im Detail zwar unterschieden, grundsätzlich aber von ähnlichen Überlegungen hinsichtlich der Inhalte und Organisationsformen ausgingen und von einem Pendeln zwischen Reform und Revolte getragen waren.

In beiden Kontexten, Berlin und Stuttgart, schien sich jedoch der Protest zunächst an der Figur des „Künstlerarchitekten“ und an dem weitgehend unhinterfragten Vertrauen auf die weitreichende Kraft von Ästhetik und Gestaltung in Architektur und Stadtplanung zu entzünden. Die Studierenden sahen Aufgabenstellungen wie den Entwurf einer „Villa am See“ als genauso unzeitgemäß an wie das Gebaren der Professoren, das sich durch geschmäckerliche Korrekturen mit einem weichen Bleistift ausdrückte. Sie forderten hingegen fundierte wissenschaftlich-methodische Herangehensweisen, die sich an gesellschaftlich relevanten Problemstellungen orientierten. Anstatt des Primats von Intuition und Erfahrung sollten wissenschaftliche Erkenntnisse und rationale Entscheidungs-

prozesse neue Grundlagen von Entwurf und Planung werden. Diese Forderungen hatten einerseits disziplinäre Öffnungen zu ganz unterschiedlichen Fächern als auch gänzlich andere Arbeitsweisen zur Folge. Die Idee eines entwerfenden Künstlers sollte durch interdisziplinäre Gruppenarbeiten ersetzt werden.

Die mit Abstand wichtigsten Schlüsselquellen für uns als Nachfolgeneration blieben die Erinnerungen und privaten Archive der Zeitzeugen selbst. Über einen Zeitraum von mehr als fünf Jahren führten wir Gespräche mit fast 40 Zeitzeugen, die in Architektur und Stadtplanung an den Universitäten in Berlin und Stuttgart in verschiedenen Formen aktiv waren. Wichtig war uns, durch deren Auswahl möglichst verschiedene Positionen mit einzubeziehen und sowohl mit Anführerinnen und Anführern, Aktivistinnen und Aktivisten als auch Sympathisanten sowie Gegner der Studentenbewegung an den Architekturfakultäten der TU Berlin und der Universität Stuttgart zu sprechen. Oft standen die Personen seit Jahrzehnten nicht mehr in direktem Kontakt zueinander. Auch waren ihre Erinnerungen bruchstückhaft und teils widersprüchlich. So folgten auf Interviews Adress- und, wenn möglich, Archivrecherchen, um Empfehlungen oder Hinweisen nachzugehen. Wir sind auf frühere Studentenführerinnen und Studentenführer gestoßen, die unterschiedliche Reformprozesse begleitet haben. Wir haben Personen kennengelernt, die sich derartig radikalisiert hatten, dass sie in den angolanischen Bürgerkrieg gezogen sind oder sich zu den Werk tätigen ans Fließband begaben. Es gab aber auch jene, die unter den zu dieser Zeit obligatorischen Marx'schen Kapital-Schulungen in der Grundlehre an der Universität Stuttgart und den Aktivitäten der verschiedenen Politgruppen an der TU Berlin litten, die nichtsdestotrotz Architektinnen und Architekten werden wollten und wiederum andere, die mit dieser Zeit eine besondere Form der Selbst- und Menschwerdung verbinden.

Erst nach einigen Jahren entstand die Idee, unsere Recherche als Buch zu veröffentlichen.

Wir entschieden uns gegen den Versuch einer chronologischen Nacherzählung der Geschehnisse, sondern für eine offenere Strukturierung nach Themen. Die Interviews wurden in thematische Abschnitte dekonstruiert und diese dann miteinander in Bezug gesetzt.

Der erste Abschnitt des nun vorliegenden Buches „Zeitzeugen und Fundstücke“ besteht folglich aus einer Aneinanderreihung von Interviewausschnitten, durch die die Zeitzeugen unkommentiert zu Wort kommen. Die Vielfalt der Ansätze, Konflikte und Widersprüche bleiben so als besondere Qualität erhalten. Fundstücke aus verschiedenen Archiven wie Flugblätter, Zeichnungen, Diagramme, Briefe und Fotos illustrieren die Aussagen und geben einen eigenen Einblick in die Ansätze, Experimente und Kämpfe dieser Zeit. Durch ein solches Vorgehen hoffen wir, die Jahre um 1968 als einen offenen Suchprozess zu reflektieren, getragen von teils sehr unterschiedlichen Akteuren, die in sich ständig dynamisch verändernden Netzwerken organisiert waren und mit teils sehr unterschiedlichen Mitteln und Ansätzen operierten.

Um Leserinnen und Lesern eine Orientierungshilfe zu bieten, konstruierten wir aus Informationen der Interviews und Archivrecherchen eine Zeitleiste. So entsteht ein grober Überblick der wichtigsten Aktionen und Bezüge zu zeitgeschichtlichen Ereignissen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Da unser eigenes Hauptinteresse der Bezug zu aktuellen Debatten blieb, baten wir Personen aus den Generationen der Nachgeborenen einige Schlüsselaspekte der damaligen Zeit aus heutiger Zeit vertieft zu betrachten und zu kontextualisieren. Diese Essays, zusammengefasst im Abschnitt „Querverbindungen und Einordnungen“, werfen einzelne Schlaglichter auch über den gewählten Horizont von Berlin und Stuttgart hinaus. Im letzten Buchabschnitt entsteht anhand von Erklärungen zu ausgewählten zeittypischen Begriffen und Personen im Glossar noch einmal ein eigenes Panorama der Zeit um 1968.



**NINA GRIBAT / PHILIPP MISSELWITZ / MATTHIAS GÖRLICH (Hrsg.), *Vergessene Schulen: Architekturlehre zwischen Reform und Revolte um 1968*, Leipzig: SpectorMag 2017, 192 S., 32,- €.**



## Bewahren, was uns verbindet.

Denkmale verbinden Menschen über Ländergrenzen und Generationen hinweg miteinander. Sie stiften Identität, prägen das Werteempfinden, sind lebendige Orte der Erinnerung, Wahrzeichen, Mahnmale oder Zufluchtsorte. Denkmale sind mehr als nur Steine – sie sind

ein Stück unserer Heimat, die zu Stein geworden ist. Darum ist Denkmalschutz unser Dank an die Vergangenheit, die Freude an der Gegenwart und unser Geschenk an die Zukunft. Helfen auch Sie mit, dieses Geschenk zu erhalten.



### Ihre Spende hilft!

**Spendenkonto**  
Commerzbank AG  
BIC: COBA DE FF XXX  
IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400

[www.denkmalschutz.de](http://www.denkmalschutz.de)

